

# E & W

Erziehung & Wissenschaft 06/2015  
Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW

GEW



Cybermobbing

BERND SCHORB



# Medienkompetenz als Kompass

Heranwachsende medienkompetent zu machen, ist seit 30 Jahren eine wohlfeile Forderung, die besonders an Erziehende, vor allem an Lehrkräfte gerichtet wird. Sie sollen Mädchen und Jungen befähigen, sowohl die Chancen neuer Medien zu nutzen als auch deren Gefahren zu erkennen und zu vermeiden. Klar ist: Das Internet ist heute integrierter und konstitutiver Bestandteil unseres Alltags. Neue Medien sind fast schon zu einem weiteren Körperorgan – zumindest fast jedes Jüngeren – geworden, das nur noch nicht eingewachsen ist. Das Smartphone – und mit ihm die Social Networks – begleitet nicht nur junge Menschen überall, es verbindet sie auch potenziell mit allen anderen und bezieht sie in die virtuelle Welt ein.

Doch mit der „digitalen Revolution“ hat sich auch das soziale Leben verändert. Kommunikation und Zusammenleben werden im erweiterten Lebensraum der Netzwelt einerseits von Menschen gesteuert, andererseits beeinflussen sie das Verhalten vor allem der allermeisten Jugendlichen erheblich. Die neuen Medien – und über sie Regierungen und Konzerne, die sie beherrschen und von ihnen profitieren – greifen nicht nur in unseren Alltag ein, sondern können auch unsere Persönlichkeit entkleiden und enteignen. Allein das macht deutlich, dass jeder Heranwachsende Urteilskraft entwickeln muss, will er nicht der Netzwelt hilflos ausgeliefert sein. Medienkompetenz wird so zu einer Schlüsselkompetenz. Das betrifft auch den Umgang mit Cybermobbing. Die um YouTube, Facebook, Twitter, WhatsApp etc. erweiterte Welt kennt weiterhin die gleichen Probleme wie früher: Denn die Geschichte der Schule war und ist begleitet von Leidensgeschichten, in denen Schülerinnen und Schüler ihre Klassenkameraden gedemütigt und gequält haben. Hier fehlte und fehlt den Akteuren zunächst soziale Kompetenz. Aber der entscheidende Unterschied zu früher ist, dass jedes Handeln und seine Folgen in den Internet-Plattformen des virtuellen Raumes öffentlich, für jeden Zweck zu verwenden und zu missbrauchen – und

dazu noch von Dauer – sind. Junge Menschen sollten deshalb zu souveränem Handeln in den sozialen Netzwerken befähigt werden, sich von diesen nicht steuern zu lassen, sondern sie sich so zu eigen zu machen, dass sie auch in der Lage sind, kritische Informationen zu verbreiten. So wie sie von Netzmonopolisten – z. B. Google oder Apple – nicht gewollt sind. Medienkompetenz müsste sich daher auf drei Bereiche konzentrieren:

- Erstens: Junge Menschen müssen wissen, wie die vernetzte Welt funktioniert, wie Daten wandern, wie man auf sie zugreifen, sie manipulieren kann und vor allem, welche finanziellen und politischen Interessen dahinter stehen und welchen Stellenwert der Mensch dabei einnimmt.
- Zweitens: Schülerinnen und Schüler müssen in der Lage sein, die Wissensbestände digitaler Medien zu überprüfen, einzuordnen sowie Informationen auszuwählen. Das setzt voraus, dass sie sich an ethisch-moralischen Maßstäben orientieren können.
- Drittens: Mädchen und Jungen müssen sich auch mit der neuen Technologie vertraut machen, um mit Sprache, Bildern, Tönen und Symbolen, im Austausch mit anderen Menschen, soziale Realität gestalten zu können.

Und nicht zuletzt sollten junge Erwachsene in der Lage sein, sich gegen den totalen Zugriff der Medienkonzerne politisch zu wehren ebenso wie gegen die Überwachung durch die Nachrichtendienste. Sie sollten von den Regierungen einfordern, sie davor zu schützen, um so die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben in der Mediengesellschaft zu schaffen.

Ein bisschen viel verlangt von der Schule? Ja, wenn sie das alles allein zu bewerkstelligen hätte. Aber: Medienkompetenz müssen in einer demokratischen Gesellschaft alle erwerben in den, mit und auch gegen die Medien.

Bernd Schorb,  
Professor für Medienpädagogik, Leipzig

# Inhalt

**Prämie  
des Monats  
Seite 5**

## Gastkommentar

Medienkompetenz als Kompass

Seite 2

## Impressum

Seite 3

## Auf einen Blick

Seite 4

## Prämie des Monats

Seite 5

## Schwerpunkt: Cybermobbing

1. Mobbing im Netz: „Zutiefst verletzend“
2. Interview mit Thomas Kutschaty: „Schwerwiegende Beeinträchtigung“
3. Studie: „Alltagsphänomen“ Cybermobbing
4. Interview mit Klaus Seifried: „Anonymität enthemmt“
5. Statements: „Vertrauensvolles Klima ist wichtig“
6. Projekte im Netz: Prävention professionalisieren

Seite 6

Seite 10

Seite 12

Seite 14

Seite 16

Seite 18

## Für ein besseres EGO

1. Das Projekt Kita
2. SuE-Tarifrunde: Tarifverhandlungen fortgesetzt – Streiks auch

Seite 20

Seite 22

## Serie „Prekäre Arbeit“

1. Neue Randbelegschaften
2. GEW-Kommentar: Wir sagen nein!

Seite 24

Seite 25

## Schule

1. Schulleitungen: Unattraktiv!
2. Schule ohne Rassismus: „Kultur des Hinschauens“
3. Interview mit Sanem Kleff: „Tausende positive Aktivitäten“
4. Belastung von Horterzieherinnen: Politisches Alarmsignal
5. Interview mit Heinz Reinders: „Stress am Übergang“

Seite 26

Seite 29

Seite 30

Seite 31

Seite 42

## Hochschule

1. Neue GEW-Studie: Überlastet durch Bologna
2. Interview mit Theresia Bauer: „Es gibt keinen Grund, länger zu warten“
3. Mindestlohn: „Dumpinglöhne für Doktoranden“

Seite 32

Seite 33

Seite 36

## Serie „Willkommen in Deutschland“

Engagement unter widrigen Bedingungen

Seite 38

## Berufliche Bildung

Sprachförderung: Lesen lernen in der Berufsschule

Seite 40

## Internationales

Bildung für alle: UN-Bildungsziele verfehlt

Seite 44

## Leserforum

Seite 45

## Diesmal

Seite 48

## Titel: Werbeagentur Zimmermann

## IMPRESSUM

### Erziehung und Wissenschaft

Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 67. Jg.

Herausgeber:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

im Deutschen Gewerkschaftsbund

Vorsitzende: Marlis Tepe

Redaktionsleiter: Ulf Rödde

Redakteurin: Helga Haas-Rietschel

Redaktionsassistentin: Renate Körner

Postanschrift der Redaktion:

Reifenberger Straße 21

60489 Frankfurt am Main

Telefon 069 78973-0

Fax 069 78973-202

renate.koerner@gew.de

www.gew.de

facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft

twitter.com/gew\_bund

Redaktionsschluss ist in der Regel  
der 7. eines jeden Monats.

Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich.

Gestaltung:

Werbeagentur Zimmermann,

Hedderheimer Landstraße 144

60439 Frankfurt

Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich Euro 7,20 zuzüglich Euro 11,30 Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung:

Stamm Verlag GmbH

Goldammerweg 16

45134 Essen

Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller

Telefon 0201 84300-0

Fax 0201 472590

anzeigen@stamm.de

www.erziehungundwissenschaft.de

gültige Anzeigenpreisliste Nr. 39

vom 01.01.2015,

Anzeigenschluss

ca. am 5. des Vormonats

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main



ISSN 0342-0671

Die E&W wird auf 100 Prozent chlorfrei  
gebleichtem Recyclingpapier gedruckt.

## Hilfe für Nepal

Die jüngsten Erdbeben in Nepal haben nicht nur Tausende Menschenleben gekostet, sondern auch das Bildungswesen des Landes schwer getroffen. Zirka 90 Prozent der Schulen sind zerstört, über 50 Lehrerinnen und Lehrer umgekommen. Regulärer Unterricht findet derzeit für die rund 950 000 Schülerinnen und Schüler kaum statt. Um den Erdbebenopfern zu helfen und den Schulbetrieb möglichst bald wieder aufnehmen zu können, arbeiten die drei nepalesischen Bildungsgewerkschaften eng zusammen. Ihre Mitglieder verzichten auf einen Teil ihres Gehalts, um die Erdbebenopfer zu unterstützen (s. S. 44).

Helfen auch Sie mit! Ihre Spende an den Heinrich Rodenstein Fonds der GEW unterstützt Kinder, Lehrkräfte und die Aufbauarbeit vor Ort.



Nepal in Trümmern – darunter vergraben: Tausende Menschen.



**Heinrich Rodenstein Fonds**  
SEB Bank Frankfurt/Main  
IBAN: DE97 5001 0111 1707 2747 00  
BIC: ESSEDE5F  
Stichwort: Erdbebenhilfe Nepal  
[https://www.gew.de/Hilfe\\_fuer\\_Nepal.html](https://www.gew.de/Hilfe_fuer_Nepal.html)

## GEW Hessen ruft Lehrkräfte zum Warnstreik auf

Die GEW Hessen ruft verbeamtete Lehrkräfte am 16. Juni im Rahmen des landesweiten Aktionstages des DGB in Wiesbaden zum Warnstreik auf. Der Grund: Direkt nach dem Abschluss des Tarifvertrages für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im Land Hessen hat die Landesregierung eine 18-monatige Nullrunde für die Beamten angekündigt. Damit weigert sich die schwarz-grüne Koalition, das von Arbeitgebern und Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes am 15. April vereinbarte Tarifergebnis auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen. Zum Hintergrund: Hessen gehört nicht der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) an und handelt daher gesondert einen Tarifvertrag aus. „Mit der angedrohten Nullrunde sollen Beamtinnen und Beamte erneut von der allgemeinen Gehaltsentwicklung abgehängt und deren Einkommen auf Dauer drastisch abgesenkt werden“, kritisiert Birgit Koch, Vorsitzende der GEW Hessen. „Aber wir lassen uns nicht abhängen.“

Mehr Infos: HLZ, Zeitschrift der GEW Hessen, 5/2015 (das Heft liegt dieser E&W für alle GEW-Mitglieder in Hessen bei)

## 1. Mai: „Arbeit wertschätzen“

Zum 1. Mai haben sich 402 000 Menschen an mehr als 470 Veranstaltungen und Kundgebungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) beteiligt und für die Wertschätzung der Arbeit demonstriert. Die DGB-Kundgebungen standen unter dem Motto „Die Arbeit der Zukunft gestalten wir!“. Der „Tag der Arbeit“ jährte sich in Deutschland zum 125. Mal.

GEW-Vorsitzende Marlis Tepe, Hauptrednerin während der Mai-Kundgebung in Kiel, appellierte an die Adresse der Arbeitgeber, die Berufe im Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) aufzuwerten (s. S. 20 ff.): „Die höheren Anforderungen an die Beschäftigten müssen sich endlich in einer deutlich besseren Eingruppierung widerspiegeln.“



Foto: Ulf Stephan, Arbeiterfotografie Kiel

Marlis Tepe

## NRW: Tarifabschluss wird auf Beamte übertragen

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben sich in Nordrhein-Westfalen (NRW) mit der rot-grünen Landesregierung darauf geeinigt, das Tarifergebnis für die Landesangestellten auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen. Eine Kröte mussten die Gewerkschaften allerdings schlucken: Die Besoldung wird nicht zeitgleich angepasst. „Die zeitliche Verzögerung der 1:1-Übertragung ließ sich vor dem Hintergrund aktueller Rechtsprechung nicht verhindern“, erklärte die nordrhein-westfälische GEW-Vorsitzende Dorothea Schäfer. Auf folgendes Vorgehen hat man sich verständigt:

- Die Besoldung wird um 2,1 Prozent angehoben, jedoch erst zum 1. Juni 2015 und nicht – wie für die Angestellten – bereits ab 1. März 2015.
- Der weitere Gehaltsanstieg um 2,3 Prozent, mindestens aber um 75 Euro erfolgt zum 1. August 2016 (Angestellte zum 1. März 2016).
- Zudem haben die Verhandlungspartner für das Wahljahr 2017 vereinbart, das noch zu verhandelnde Tarifergebnis 1:1 zu übernehmen, allerdings erst drei Monate später.

## NRW: Mogelpackung L-EGO

Die GEW Nordrhein-Westfalen (NRW) hält den Ende März zwischen der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) und dem Deutschen Beamtenbund und Tarifunion (dbb) erzielten Kompromiss für den Einstieg in eine tariflich geregelte Entgeltordnung für angestellte Lehrkräfte (L-EGO) für eine „Mogelpackung“. Die Gewerkschaft hatte die tarifbeschäftigten Lehrkräfte deshalb am 20. Mai zu einer Protestaktion in Düsseldorf aufgerufen und übergab der Landesgeschäftsstelle des Arbeitgeberverbandes symbolisch ein „Mogelpaket“. Die GEW hatte das Angebot der Arbeitgeber seinerzeit abgelehnt (s. E&W 5/2015, S. 26-33). Die Vorsitzende der GEW NRW, Dorothea Schäfer, erklärte: „Wir wollten den Arbeitgebern klar machen: Eine Mogelpackung zur Eingruppierung tarifbeschäftigter Lehrkräfte, die sogar Verschlechterungen beinhaltet, nehmen wir nicht hin!“ Durch die Anbindung des Tarifvertrages an die Besoldungsregelungen sollte die Bezahlung angestellter Lehrkräfte nach Gutsherrenart fortgesetzt werden, kritisierte Schäfer.

# Mitmachen lohnt sich ...

... für jedes neu geworbene GEW-Mitglied erwartet Sie eine MusicMan Soundstation.\*

## Prämie des Monats Juni: MusicMan Soundstation



Neues Mitglied werben und Prämie online anfordern  
unter [www.gew.de/Praemienwerbung.html](http://www.gew.de/Praemienwerbung.html)

\*Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder der GEW-Landesverbände Niedersachsen und Thüringen.

Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordern Sie den Prämienkatalog an!

Per E-Mail: [mitglied-werden@gew.de](mailto:mitglied-werden@gew.de) | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211

oder per Coupon:

Bitte in Druckschrift ausfüllen.	<input type="text"/>	<input type="text"/>
	Vorname/Name	GEW-Landesverband
	<input type="text"/>	<input type="text"/>
	Straße/Nr.	Telefon <span style="float: right;">Fax</span>
	<input type="text"/>	<input type="text"/>
	PLZ/Ort	E-Mail

**Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:**

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

# „Zutiefst verletzend“

**// Für die Jugendlichen ist es besonders dramatisch, wenn sie im Netz fertig gemacht werden: Jeder bekommt es mit, die Spuren im Netz lassen sich nie ganz löschen. Auch Lehrkräfte sind Opfer. //**

Oft hat Lea (Name geändert) nachts wachgelegen und gegrübelt: „Wer macht so etwas?“ Und: „Was habe ich falsch gemacht?“ Am Anfang glaubte das Mädchen noch an einen bösen Scherz, als sie sich bei schülerVZ einloggte und dort plötzlich in ihrem Profil las: „Du bist so

hässlich!“ Jemand hatte das Passwort für ihren Account geknackt und verbreitete dort fiese Kommentare über sie. Kurz darauf folgten massive Drohungen. „Ich war total schockiert“, erzählt Lea. Die damals 13-Jährige sprach mit ihrer Vertrauenslehrerin, die das Mädchen zu den

**Cybermobbing – Beleidigungen im Netz, die nicht selten zu Ausgrenzungen in der realen Welt führen, sind für die Betroffenen besonders schlimm: „Das große Publikum macht die psychischen Ausmaße so dramatisch,“ so Sozialpsychologin Catarina Katzer vom Bündnis gegen Cybermobbing e. V.**

Eltern schickte und diese an die Polizei verwies. Es stellte sich heraus: Die Übeltäterin war ein Mädchen, das im selben Sportverein aktiv war. Heute weiß die inzwischen 16-Jährige: „Wir fanden beide den gleichen Jungen toll, damit konnte sie nicht umgehen.“

Im Zeitalter von Facebook, WhatsApp & Co. hat sich Cybermobbing zu einem ernsthaften Problem an Schulen entwickelt: Studien gehen davon aus, dass jeder dritte Jugendliche schon einmal im Netz beleidigt oder bloßgestellt wurde. Lea schildert den Fall ih-

rer Freundin Sophie, die ihrem Freund ein Nacktfoto von sich aufs Handy geschickt hatte: „Das machen viele Mädchen.“ Entweder wollten sie zeigen, wie toll sie aussehen – oder gäben dem Druck ihres Freundes nach. Als Sophie später Schluss machte, war der Junge gekränkt, wollte sich rächen: Er postete das Nacktbild auf Facebook und verschickte es über WhatsApp. „Die ganze Schule hat es gesehen“, berichtet Lea. „Darunter einige Lehrkräfte, auch Leute aus dem Nachbarort.“ Sophie wurde als „Schulschlampe“ abgestempelt und sei bei allen „unten durch“ gewesen. „Damit muss man erst mal leben können.“ Für Sophie sei das eine „schwierige Phase“ gewesen, sie habe sich selbst wehgetan, mit einem Messer ihre Haut geritzt. Lea konnte ihre Freundin überreden, sich den Eltern anzuvertrauen. Jetzt macht die 16-Jährige eine Therapie.

Die Jugendliche kennt noch weitere Beispiele aus ihrer Gesamtschule in Hessen: In einer 8. Klasse sei ein Mädchen im Netz zuerst massiv beleidigt und dann ausgegrenzt worden. Die gemobbte Schülerin wurde aus der WhatsApp-Klassengruppe ausgeschlossen, auf Facebook lud jemand zu einer „Abrissparty“ bei ihr Zuhause ein: Abends standen mehrere Jugendliche vor ihrer Haustür, klingelten oder riefen auf ihrem Handy an. „Ich weiß nicht, was mit meiner Generation los ist“, wundert sich die 16-Jährige. Warum müsse sich jeder auf Social Media präsentieren, andere bloßstellen und auf ihnen rumhacken?

### Heimlich gefilmt

Auch Lehrkräfte sind Opfer von Cybermobbing-Attacken. Immer wieder kommt es vor, dass sie im Internet beschimpft, verunglimpft und gedemütigt werden. So finden sich etwa auf YouTube wacklige Videos, die Jugendliche heimlich mit ihrem Handy im Klassenzimmer gefilmt haben. Beispiel: Eine Lehrerin marschiert schnurstracks auf einen Schüler zu, beugt sich über den Tisch und brüllt aus voller Kehle: „Das Handy kommt weeeeeeg!“ Der kurze Film wurde 28 500 Mal angeklickt, darunter standen beleidigende Kommentare. Das Prinzip ist oft ähnlich:

Schülerinnen und Schüler provozieren ihre Lehrkräfte so lange, bis diese ausflippen, machen davon Fotos oder Videos – und stellen diese ins Netz.

In Leas Klasse beispielsweise wurde der Physiklehrer im Netz lächerlich gemacht. Wenn er im Unterricht „komisch“ guckte, machten Mitschüler heimlich peinliche Schnapshots. Die Bilder, von blöden Sprüchen begleitet, gingen über WhatsApp an die gesamte Klasse. Einige fanden das witzig, andere reagierten nicht. Bis sich Lea und einige andere ein Herz fassten und ihre Klassenlehrerin informierten. Es kam zur Aussprache, die Jugendlichen wurden aufgefordert, sämtliche Fotos auf ihren Handys sofort zu löschen. Außerdem mussten sich alle Schülerinnen und Schüler bei dem bloßgestellten Lehrer entschuldigen. „Er war sehr verletzt“, sagt Lea, „und richtig wütend.“

Beleidigungen und Ausgrenzungen werden im Internet oft als besonders schlimm empfunden. Sozialpsychologin Catarina Katzer vom Bündnis gegen Cybermobbing e. V.\*: „Das große Publikum macht die psychischen Ausmaße so dramatisch.“ Cybermobbing leide sich vom traditionellen Begriff des Mobbing ab. Das heißt: Es geht nicht um einen einmaligen Vorfall, sondern es ist ein längerer Prozess, bei dem der Täter sein Opfer „richtig fertig machen“ will. Doch sobald ein gemeiner Kommentar oder ein peinliches Foto im Netz auftauchen, handele es sich um eine dauerhafte Schädigung. „Das Opfer wird immer wieder mit den Taten konfrontiert.“ Früher hätten nur die Klassenkameraden mitbekommen, wenn ein Schüler gehänselt wurde. Heute könne jeder das Nacktfoto einer Mitschülerin auf Facebook sehen. „Mobbing in der Schule ist schlimm“, so Sozialpsychologin Katzer, „aber es hat ein Ende.“ Das sei beim Cybermobbing anders: Selbst wenn ein cybergemobbtes Mädchen in seiner Not die Schule wechselt, reiche es, wenn die neuen Mitschüler den Namen googelten: Die brüskierenden Fotos tauchten wieder auf, der Ruf sei ruiniert: „Die Betroffenen werden das Stigma des Opfers nicht los.“ Es gebe keinen Schutzraum mehr. Katzer: „Das Smartphone ist immer dabei und daher auch die Täter.“

Am weitesten verbreitet im Netz sind Beleidigungen. Auch Lügen werden häufig online in die Welt gesetzt – zum Beispiel, dass „Julia auf bestimmte Sexpraktiken steht“, „Lisa in ihren Lehrer verknallt“ oder „Leon schwul ist“. Die Software mache es auch leicht, Bilder mit ein paar Klicks zu fälschen, stellt die Sozialpsychologin fest. Davon betroffen seien auch Lehrkräfte. Sie würden im Netz zum Beispiel als Nazis dargestellt, ihre Fotos mit einer rechten Parole unterlegt. Das Opfer gerate in die schwierige Situation, sich rechtfertigen zu müssen. Das Problem: „Es bleibt immer etwas hängen.“ Das gelte auch für Denunziationen und Verleumdungen auf Bewertungsportalen, etwa, dass ein Lehrer „seine Schüler schlägt“ oder „Mädchen angrabscht“. „Das kann einen Pädagogen in Verruf bringen.“ Im Internet stößt man auch auf Fälle von Schülern, die das Bild ihres Lehrers in ein Videospiel fügten und ihn auf diese Weise virtuell töteten. Oder das Foto einer Lehrerin in einen Pornofilm montierten. Die Hemmschwelle, so Expertin Katzer, sei bei Mobbing im Netz sehr niedrig. Vor allem, weil die Folgen nicht direkt zu spüren sind: „Es geht easy, schnell und anonym.“ Trotzdem können die Folgen für die Opfer dramatisch sein (s. Interview S. 14 f.).

### „Fast ein Tabuthema“

In der Realität sind Lehrkräfte meist überfordert, wenn sie es mit Cybermobbing zu tun haben. Viele Kolleginnen und Kollegen wüssten nicht, wie sie damit umgehen sollten, sagt GEW-Vorstandsmitglied Ilka Hoffmann. Das gelte übrigens auch, wenn sie selbst im Netz beleidigt oder gedemütigt werden. Ein Problem sei, dass sie sich schämen, mit anderen offen darüber zu reden, so die Gewerkschafterin: „Es ist fast ein Tabuthema.“ Viele Lehrkräfte hätten Angst davor, als schlechte Pädagogen dazustehen. Von den Schülerinnen und Schülern gemobbt zu werden, widerspreche auch dem eigenen Idealbild. „So etwas verletzt zutiefst.“

Die GEW-Schulexpertin kritisiert, dass es zu wenig Beratungsangebote für Lehrkräfte gebe. Auch in der Aus- und Fortbildung müsse der Umgang mit Cybermobbing stärker berücksichtigt werden. „Es tut sich etwas, doch es reicht

noch nicht.“ Themen wie Datenschutz oder Persönlichkeitsrechte müssten im Unterricht eine größere Rolle spielen, ebenso wie soziales Lernen. Schließlich könne die Lösung nicht sein, eine Konferenz einzuberufen und den Täter der Schule zu verweisen, findet Hoffmann. Stattdessen seien pädagogische Konzepte notwendig. Und: Die Schulen bräuchten konkrete Anleitungen, wie sie Schritt für Schritt bei einem Cybermobbing-Fall vorgehen können.

Auch die pädagogische Leiterin der EU-Initiative Klicksafe\*\*, Birgit Kimmel, sieht hier große Defizite. Inzwischen gebe es zwar einiges Präventionsmaterial, doch für den Ernstfall fehle ein Interventionskonzept: Was macht man zuerst? Wer übernimmt welche Aufgaben? Wie werden Schulsozialarbeiter und Schulpsychologen eingebunden? Müssen strafrechtliche oder zivilrechtliche Schritte eingeleitet werden? „Eigentlich müsste man ein Notfalltelefon einrichten“, fordert die Medienpädagogin, „damit die Schulen schnell Erste Hilfe leisten können.“ In der Regel hätten die Lehrkräfte keine Erfahrung im Umgang mit Cybermobbing und handelten „aus dem Bauch“ heraus – nicht

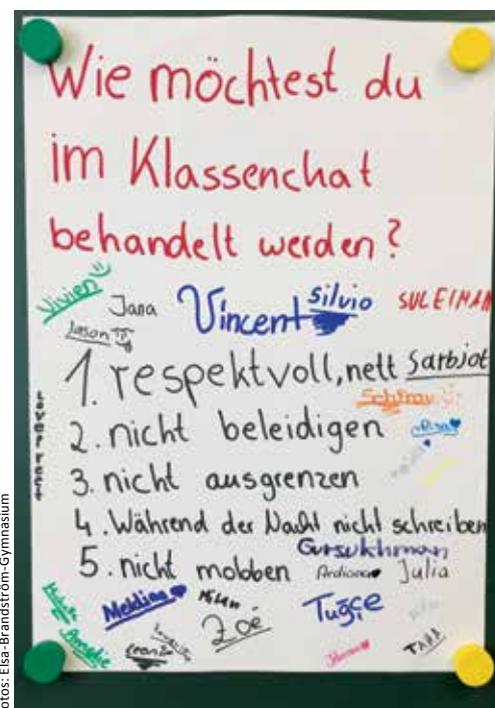


Foto: Elise Brandström-Gymnasium

**GEW-Schulexpertin Ilka Hoffmann: „Themen wie Datenschutz oder Persönlichkeitsrechte müssten im Unterricht eine größere Rolle spielen, ebenso wie soziales Lernen.“**

immer die richtige Strategie. „Es gibt viele Fallstricke“, warnt Kimmel. „Und häufig ist das Problem, dass in solche Fallen getappt wird.“ So sei es zum Beispiel nicht ratsam, die Eltern von Täter und Opfer zu früh zusammenzubringen. Meist gehe es dabei nur um Schuldabwehr, das eigentliche Problem gerate in den Hintergrund. Auch werde oft zu schnell die Polizei eingeschaltet, „wenn eigentlich ein pädagogisches Vorgehen notwendig wäre“. Solange aber kein Straftatbestand vorliegt, unternehme die Polizei nichts (s. Interview S. 10). Auch ein Anwalt könne häufig wenig ausrichten. Viel wichtiger sei in so einem Fall, gemeinsam mit der Klasse zu überlegen, wie der Täter seine Tat wiedergutmachen könnte.

### Nutzen abwägen

Die Polizei sei zu alarmieren, wenn mit massiver Gewalt gedroht wird oder sich das Mobbing im Netz über einen längeren Zeitraum erstreckt. „Mitunter mag eine Klage sinnvoll sein. Allerdings kann das ein sehr langer Prozess werden. Deshalb sollte man den Nutzen für das Opfer gut abwägen“, betont Kimmel.

Häufig sei der schulische Fokus stärker darauf gerichtet, die Täter zu bestrafen, als den Opfern zu helfen. Dabei sei das Wichtigste, dass das Mobbing sofort aufhört. Sei zum Beispiel ein Obenohne-Foto im Umlauf, sei zuallererst das betroffene Mädchen zu schützen. Außerdem müssten die Lehrkräfte so schnell wie möglich Kontakt zum Webanbieter aufnehmen – und sich darum kümmern, dass das rufschädigende und verletzende Bild aus dem Netz entfernt wird, fordert Kimmel. Bei Facebook sei das möglich, bei WhatsApp nicht. In so einem Fall führe kein Weg daran vorbei, alle Schülerinnen und Schüler explizit aufzufordern, die Bilder auf ihren Smartphones zu löschen. Es gelte, die Jugendlichen für die Verletzlichkeit des Einzelnen zu sensibilisieren – und an ihre Verantwortung zu appellieren.

Diese Erfahrung hat auch Marco Fileccia vom Elsa-Brändström-Gymnasium in Oberhausen gemacht. Als vor Jahren in seinen Klassen die ersten Lehrer- und Schüler-Beleidigungen auf schülerVZ auftauchten und böse SMS versendet wurden, war dem Oberstudienrat schnell klar: „Darum müssen

wir uns kümmern.“ Die erste Regel laute: Rede darüber! Ein guter Klassenlehrer merke im Prinzip, wenn in der Klasse etwas schief laufe oder Mädchen und Jungen gezielt fertig gemacht würden, glaubt Fileccia. Trotzdem kann er gut verstehen, dass Schülerinnen und Schüler ihren Lehrern nicht alles anvertrauen wollten. Gerade wenn es sich um Nacktfotos oder peinliche Gerüchte handele. „Als Lehrer muss ich Noten geben, bin hierarchisch in einer ganz anderen Position.“ Deshalb werden an seiner Schule seit Jahren Jugendliche zu Medienscouts ausgebildet, mit sehr guten Erfahrungen. Die Acht- und Neuntklässler ziehen durch die Klassen, klären auf, geben Tipps – und stehen als Ansprechpartner bereit. „Dadurch ist die Hemmschwelle nicht so hoch.“ Die Schülerinnen und Schüler können die Scouts auf dem Schulhof ins Vertrauen ziehen – ohne dass gleich Lehrkräfte, Eltern oder Polizei etwas davon erfahren. Wichtig sei in jedem Fall, unterstreicht Fileccia, erst einmal Beweise zu sichern und den Zugriff der Täter auf das Opfer zu blockieren, zum Beispiel durch eine neue Handynummer. Darüber hinaus entscheiden die Jugendlichen gemeinsam, wem der Vorfall gemeldet werden muss. „Die Cybermobbing-Fälle in den vergangenen Jahren haben wir auf diese Art gut gelöst“, berichtet der Pädagoge. Selten hätten bewusst verletzende Absichten dahinter gesteckt. Meist seien die Täter naiv gewesen oder hätten sich nicht genug in die Lage ihre Mitschüler hineinversetzt. Deshalb sei der respektvolle Umgang miteinander ein wichtiges Thema im Unterricht, ebenso sei es unerlässlich, auf die Gefahren des Netzes hinzuweisen. Lea jedenfalls lässt im Internet längst nicht mehr alle an ihrem Leben teilhaben. Die Zahl ihrer Freunde habe sie bei Facebook von 1 000 auf weniger als die Hälfte reduziert, meint die 16-Jährige: „Eine krasse Schutzmaßnahme.“

Kathrin Hedtke,  
freie Journalistin

\*[www.buendnis-gegen-cybermobbing.de](http://www.buendnis-gegen-cybermobbing.de)  
\*\*[www.klicksafe.de](http://www.klicksafe.de)



Jugendliche für die Verletzlichkeit des Einzelnen zu sensibilisieren – und an ihre Verantwortung zu appellieren, das versucht auch Lehrer Marco Fileccia vom Elsa-Brandström-Gymnasium in Oberhausen. Seine erste Regel im Gespräch mit seinen Klassen zu den Folgen des Cybermobbing: „Rede drüber!“

# „Schwerwiegende Beeinträchtigung“

// Der nordrhein-westfälische Justizminister Thomas Kutschaty (SPD) fordert, dass „Cybermobbing“ als Straftatbestand klassifiziert wird. //

**E&W:** Warum brauchen wir ein Gesetz gegen Cybermobbing?

**Thomas Kutschaty:** Mit zunehmender Nutzung des Internets, insbesondere der sozialen Netzwerke, greift auch das Phänomen des Cybermobbings immer weiter um sich. Wir kennen Studien, nach denen jeder siebte Jugendliche der Altersstufe zehn bis 18 Jahre schon einmal im Internet gemobbt wurde. In absoluten Zahlen sind das mehr als eine Million Fälle. Die Folgen können Depressionen sein, Angst, zur Schule zu gehen, sogar Suizide. Da muss sich die Politik fragen, ob unser Strafrecht noch zeitgemäß ist. Ich bin der Auffassung: Es bedarf einer Veränderung.

**E&W:** Ab wann wird eine Flegelei unter Jugendlichen ein Fall für den Staatsanwalt?

**Kutschaty:** Wir wollen Schulhöfe nicht kriminalisieren. Es geht auch nicht um einen „Streich“ im Netz. Die Grenze ist überschritten, wenn das Mobbing in der Absicht begangen wird, die Lebensgestaltung des Opfers schwerwiegend zu beeinträchtigen.

**E&W:** Die Justizministerkonferenz hat 2014 ebenfalls ange-regt, die Rechtslage zu überprüfen. Wie weit ist die Diskus-sion gediehen?

**Kutschaty:** Es hat sich einiges getan. In Berlin werden seit ge-raumer Zeit Gespräche mit Netzunternehmen und Verbän-den über die Frage geführt, wie man Fälle von Mobbing im In-ternet schneller melden und die Einträge löschen kann. Mein Eindruck ist: Die Betreiber haben erkannt, dass auch sie in der Verantwortung stehen, mitzuwirken. Zugleich diskutieren Rechtspolitiker über die Anpassung von Normen etwa bei der Strafzumessung. Verdient eine Beleidigung im Internet nicht einen anderen Strafrahmen als die klassische Beschimpfung im Treppenhaus? Es gibt aber auch Überlegungen, einen eigen-ten Straftatbestand zu schaffen.

**E&W:** Ist der strafrechtliche Bedarf mit den Bestimmungen gegen Beleidigung, Verleumdung, üble Nachrede nicht ge-deckt?

**Kutschaty:** Was im virtuellen Raum geschieht, hat eine ganz an-dere Qualität. Wenn zwei oder drei Jugendliche auf dem Schul-hof verbal aneinander geraten, dann bleibt das in der Regel im Kreis der Beteiligten. Wenn sie das im Internet machen, haben Millionen andere Menschen Gelegenheit, darauf zuzugreifen. Was man jemandem persönlich sagt, ist irgendwann erledigt, aber das Netz vergisst nicht. Es ermöglicht zudem die unkon-trollierte Verbreitung von Inhalten bis hin zum „Shitstorm“.

**E&W:** Kann man mit dem Mittel des Strafrechts Tätern bei-kommen, die oft noch gar nicht strafmündig sind?

**Kutschaty:** Das Phänomen tritt nicht nur unter 12- bis 14-Jähri-gen auf, sondern auch unter älte-ren Jugendlichen und Erwachse-nen. Abgesehen davon kann es auch für Kinder wichtig sein, zu wissen: Was ich jetzt tue, kann bei einem ein bis zwei Jahre Älteren schon bestraft werden. Ich erhoffe mir einen erzie-herischen Effekt – auch auf das Verhalten von Strafunmün-digen.

**E&W:** Was lernen wir aus internationalen Erfahrungen? Ein-zelne US-Bundesstaaten haben sich mit einer solchen Gesetz-gebung versucht, aber nicht durchweg mit Erfolg.

**Kutschaty:** Das Problem ist die Definition. Wir alle benutzen den Begriff Cybermobbing, aber was bedeutet er im straf-rechtlichen Sinn? Das wird jetzt die Aufgabe des Gesetzgebers sein, eine Definition zu finden, die hinreichend präzise und klar ist, um ein Gesetz rechtlich bestandskräftig zu gestalten.

**E&W:** Hätten Sie einen Vorschlag?

**Kutschaty:** Für mich ist die Absicht des Täters entscheidend, die Lebensgestaltung des Opfers schwerwiegend zu beeinträchtigen. Als Indiz könnte etwa eine besonders aggressive, hartnäckige Tatausführung gelten.

**E&W:** Ist es ein Problem für deutsche Strafverfolger, dass die Anbieter vielfach im Ausland sitzen?

**Kutschaty:** Wann immer jemand in Deutschland geschä-digt wird, der Tatort in Deutschland liegt oder ein Täter aus Deutschland kommt, gilt das deutsche Strafrecht. Natürlich stellt die Internetkriminalität neue Herausforderungen an den Gesetzgeber. Wir haben in Nordrhein-Westfalen (NRW) die Arbeit der Strafverfolger gut aufgestellt. Im Landeskrimi-nalamt und in der Justiz gibt es inzwischen auf Cyber-Krimina-lität spezialisierte Abteilungen.

**E&W:** Bis wann könnte die Diskussion in einen Gesetzentwurf münden?

**Kutschaty:** Der Ball liegt momentan im Spielfeld des Bundes-justizministers. Wir sollten bis Ende dieses Jahres noch Vor-schläge des Bundes abwarten. Sollten sie ausbleiben, womit ich nicht rechne, könnte NRW auch eine eigene Gesetzesiniti-ative im Bundesrat starten.



Thomas Kutschaty

Foto: Justizministerium NRW

Winfried Dolderer,  
Historiker und Publizist

ab  
**3,90%**<sup>1)</sup>

gebundener Sollzinssatz p. a.,  
effektiver Jahreszins  
ab 3,97 %

**Beispiel:**

Sollzinssatz (gebunden)	4,89 % p. a.
Effektiver Jahreszins	5,00 %
Nettodarlehensbetrag	7.500,- Euro
Monatliche Rate	224,76 Euro
Laufzeit	36 Monate

## Für mich: Der BBBank-WunschKredit mit B-Tarif für den öffentlichen Dienst<sup>2)</sup>

<sup>1)</sup> Gültig vom 01.05. bis 30.06.2015; Kondition freibleibend; bonitätsabhängig,  
2.500,- Euro bis max. 50.000,- Euro, Vertragslaufzeit von 12 bis 84 Monaten;  
Voraussetzung: Bezügekonto.

<sup>2)</sup> Voraussetzung: Bezügekonto; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied.

### Erfüllen Sie sich jetzt Ihre Wünsche!

Mit dem BBBank-WunschKredit und Top-Konditionen  
speziell für den öffentlichen Dienst:

- WunschBeträge von 2.500,- bis 50.000,- Euro
- WunschExtras wie z. B. die kostenfreie Sondertilgung
- WunschRate oder WunschLaufzeiten

### Mehr Informationen? Gerne!

Tel. 0 800/40 60 40 160 (kostenfrei)  
oder [www.bbbank.de/wunschcredit](http://www.bbbank.de/wunschcredit)



**BB** Bank

Die Bank für Beamte  
und den öffentlichen Dienst

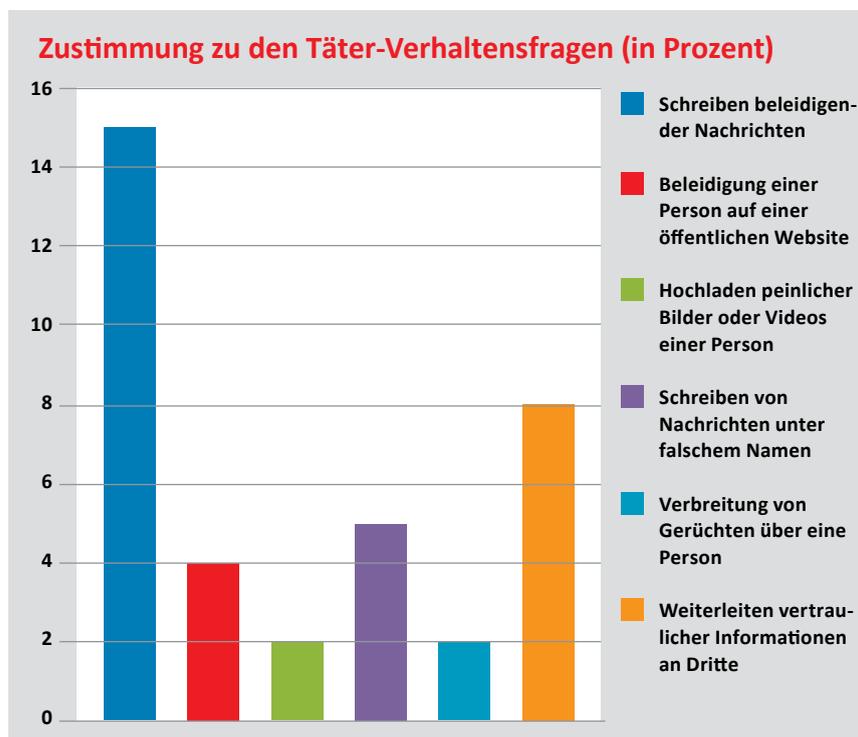
# „Alltagsphänomen“ Cybermobbing

// **Cybermobbing unter Kindern und Jugendlichen im Schulalltag: Was sagt die Forschung? Ergebnisse einer aktuellen Studie.** //

In den Medien wird Cybermobbing oft mit tragischen Einzelfällen in Verbindung gebracht, die im Suizid betroffener Jugendlicher endeten. International Aufmerksamkeit erregte beispielsweise der Selbstmord der US-amerikanischen Schülerin Megan Meier nach gezieltem Mobbing über Myspace im Jahr 2006. Ihr Tod führte in der Folge zu einer Verschärfung der Gesetze in Missouri und einer breiten Diskussion weit über die USA hinaus. Trotz der Tragik solcher Fälle: Es handelt sich dabei eher um Ausnahmen. Nur wenige Betroffene sehen keinen anderen Ausweg als Selbstmord.

Allerdings muss man davon ausgehen, dass inzwischen Cybermobbing sehr viele Jugendliche als „Alltagsphänomen“ trifft – allein schon deswegen, weil heute fast jeder Zugang zum Internet über Computer oder Smartphones hat. Die Folgen können aber auch in den alltäglichen Fällen sehr belastend sein. Daher hat sich die Wissenschaft in den vergangenen Jahren darauf konzentriert, das Phänomen in seiner Breite und im Schulkontext zu erfassen. Dabei sind nicht nur Extremfälle betrachtet worden: Üblicherweise wird unter Cybermobbing all jenes aggressive Handeln oder Verhalten verstanden, das von einer Gruppe oder einem Einzelnen mittels elektronischer Hilfsmittel wiederholt und über einen längeren Zeitraum hinweg gegen ein Opfer gerichtet ist, das sich kaum wehren kann.\*

Zahlreiche Forscher aus unterschiedlichen Ländern haben zunächst zu bestimmen versucht, wie sich Cybermobbing im Schulalltag verbreitet. Die berichteten Zahlen schwanken jedoch stark: von wenigen Prozent bis zu einem Drittel der Befragten gaben an, schon einmal Opfer gewesen zu sein. Die Gründe für diese Differenzen sind vielfältig: Länderspezifische Unterschiede (z. B. im Schulsystem) spielen eine Rolle, aber auch die immer noch rasante Entwicklung der Online-Nutzung bei Jugendlichen. Große Unterschiede ergeben sich auch aufgrund unterschiedlicher Messverfahren. In einigen Studien werden Kinder und Jugendliche beispielsweise direkt gefragt, ob sie einen Mitschüler über das Internet gemobbt haben oder selbst gemobbt wurden. In der Regel liegt ergänzend zum Fragenkatalog eine Cybermobbing-Definition als Referenz bei. Diese sogenannte definitionsbasierte Erhebung hat den Vorteil, dass die Befragten genau wissen, worum es geht. Andererseits besteht gerade bei den Tätern die Gefahr, dass sie sich „ertappt“ fühlen, wenn sehr direkt nach Cybermobbing gefragt wird – und ihr Handeln lieber verschweigen. Definitionsbasierte Forschungen kommen so oft zum Ergebnis, dass weniger als zehn Prozent der befragten Schülerinnen und Schüler von Cybermobbing betroffen sind. Man muss allerdings mit einer hohen Dunkelziffer rechnen, d. h. das Phänomen wird möglicherweise systematisch unterschätzt.



Die Balken geben an, wie viel Prozent der befragten Schülerinnen und Schüler der jeweiligen Frage (z. B. „Schreiben beleidigender Nachrichten“) zugestimmt bzw. angegeben haben, dass sie dieses Verhalten im vergangenen Jahr mindestens manchmal ausgeübt haben.

Quelle: Quandt/Festl

## Häufige Mobbing-Formen

Daher greifen wir, Wissenschaftler an der Uni Münster, in unseren eigenen, von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) unterstützten Studien auf eine alternative verhaltensbasierte Messung des Problems zurück. Dabei



wird nicht direkt mit einer vorgegebenen Definition nach Cybermobbing gefragt. Vielmehr werden diverse Verhaltensweisen erhoben, die in Kombination und bei häufigem Auftreten auf Cybermobbing-Vorfälle verweisen.

Konkret haben wir beispielsweise im Februar 2013 über 5 500 Schülerinnen und Schüler aus dem Großraum Stuttgart danach gefragt, wie sie das Internet nutzen. Als Täter oder Opfer gelten dabei nur Mädchen und Jungen, die relevante Verhaltensweisen mindestens „manchmal“ ausgeübt beziehungsweise selbst erlitten haben. Nach den Befunden dieser Untersuchung ist die verbreitetste Form das Verfassen bzw. der Erhalt gehässiger und verletzender Mails, SMSs etc. (per WhatsApp oder Facebook zum Beispiel), gefolgt vom Weiterleiten vertraulicher Informationen einer Person an andere (s. Grafik S. 12). Insgesamt haben knapp 22 Prozent der Befragten mindestens eine dieser Handlungen im vergangenen Jahr aktiv ausgeübt. Insgesamt 23 Prozent der Jugendlichen waren Opfer mindestens einer dieser Mobbing-Formen. Zwar liegen die Zahlen aufgrund des verhaltensbasierten Ansatzes etwas über jenen definitionsbasierter Untersuchungen – doch sind Abweichungen weitaus weniger eklatant, als man vermuten könnte: In einer aktuellen Meta-Analyse zum Phänomen Cybermobbing hat eine

Forscherguppe die Verbreitungszahlen in über 80 internationalen Studien zusammengefasst und einen im Schnitt vorherrschenden Anteil von 16 Prozent (Täter), beziehungsweise 15 Prozent (Opfer) ermittelt.\*\*\*

Festzuhalten ist: Cybermobbing betrifft einen nicht zu unterschätzenden Anteil von Kindern und Jugendlichen direkt. Es scheint wohl auch fast eine „normale“ Erscheinung im Schulalltag zu sein. Das unterstützen Untersuchungen, die nachweisen konnten, dass Täter und Opfer oft von derselben Schule stammen.

Auch unsere eigenen Analysen zeigen, dass zwischen Täterverhalten und Opfererleben eine enge Verbindung besteht – jedoch nicht nur, weil Täter und Opfer gemeinsam eine Schule besuchen. Vielmehr vermischen sich Täter- und Opferrollen: So gibt es zahlreiche Täter, die in der Folge selbst gemobbt wurden, sowie umgekehrt viktimisierte Jugendliche, die selbst zum Täter werden. Dieser häufige Rollenwechsel scheint eine Besonderheit des Cybermobbings zu sein, weshalb klassische Täter- und Opferstereotype zu überdenken sind.

### Keine Außenseiter

Unsere Analysen haben beispielsweise ergeben, dass an Cybermobbing beteiligte Mädchen und Jungen keineswegs in einer Schule bzw. einer Klasse Außenseiter sind. Im Gegenteil: Es handelt sich um die beliebteren Mädchen und Jungen, die damit ihren eigenen sozialen Status in der Gruppe festigen oder ausbauen wollen. Dies trifft vor allem dann zu, wenn auch Freunde und Klassenkameraden Cybermobbing ausüben oder dies als akzeptables Verhalten ansehen. Ein derart beeinflussendes Umfeld kann als Katalysator für Mobbing-Attacken im Netz wirken.

Cybermobbing muss übrigens nicht immer darauf abzielen, direkt einen Mitschüler zu schädigen, sondern kann auch eine eher indirekte, aber viel weitreichendere Wirkung haben. Zumindest theoretisch ist das Publikum (z. B. von YouTube-Videos) nahezu unbegrenzt. Dadurch sind nicht nur gravierende Konsequenzen für die Opfer zu erwar-

ten, sondern Täter verfügen auch über eine größere Bühne, um sich zu inszenieren. Da sich Mobbing-Botschaften im Internet sehr schnell ausweiten, sind die Folgen selbst für die Täter kaum noch zu kontrollieren. Und: Gemeine und niederträchtige Botschaften verbleiben oft über Monate, gar Jahre im Netz. Cybermobbing wirkt also wesentlich länger als traditionelles Mobbing. Weitere Auswertungen sollen dabei helfen, Risikofaktoren für das Mobben im Netz zu identifizieren. Dies wäre auch ein wichtiger Schritt, um geeignete Maßnahmen für Prävention und Intervention zu entwickeln. Unsere vorläufigen Analysen aus einer mehrjährigen Befragungsreihe zeigen, dass es wohl kein Patentrezept geben wird, da wir unterschiedliche Risikofaktoren und -gruppen identifizieren können. Die Schulen haben jedoch eine wichtige Rolle (s. S. 6 ff. und 16 f.), das Problem zu mindern. Denn obwohl Cybermobbing „im“ Netz stattfindet, ist es nach unseren Erkenntnissen sehr eng „mit“ dem Klima an Schulen verbunden.

Thorsten Quandt,  
Professor am Institut für Kommunikationswissenschaft;  
Ruth Festl,  
wissenschaftliche Mitarbeiterin,  
beide Uni Münster

■  
\*Definition nach Smith, P. K., Mahdavi, J., Carvalho, M., Fisher, S., & Russell, S. (2008). *Cyberbullying: Its nature and impact in secondary school students. Journal of Child Psychology and Psychiatry, 49(4)*  
\*\*Cybermobbing an Schulen ([www.uni-muenster.de/Kowi/forschen/projekte/cyber-mobbing-an-schulen.html](http://www.uni-muenster.de/Kowi/forschen/projekte/cyber-mobbing-an-schulen.html)). Dieses Projekt wird seit Oktober 2012 (bis Ende September 2015) gefördert.  
\*\*\*Modecki, K. L., Minchin, J., Harbaugh, A. G., Guerra, N. G., & Runions, K. C. (2014). *Bullying prevalence across contexts: a meta-analysis measuring cyber and traditional bullying. Journal of Adolescent Health, 55*

# „Anonymität enthemmt“

// Ein Gespräch mit dem Berliner Schulpsychologen Klaus Seifried über Cybermobbing, die Motive der Täter und die Folgen für die Opfer //

**E&W:** Schülerinnen und Schüler werden via WhatsApp, Facebook und Co. beleidigt und bloßgestellt. Ist durch Internet und Smartphone Mobbing häufiger geworden?

**Klaus Seifried:** Nein, doch was vor den digitalen Medien nur auf Schulhof und Schulweg stattfand, passiert jetzt auch im Cyberspace. Nach wie vor kommt traditionelles Mobbing häufiger vor als Mobbing via Internet, aber Cybermobbing wirkt sich gravierender aus. In sozialen Netzwerken, auf Videoplattformen und in Chatrooms können böse Nachrichten und kompromittierende Bilder auf einen Klick an Hunderte Unbeteiligte geschickt werden ...

**E&W:** ... das Opfer ist so dem Spott vieler ausgesetzt ...

**Seifried:** ... ja, und es kann nichts dagegen tun. Die Täter können ihre Opfer rund um die Uhr kränken und beleidigen, oft unterstützt vom Beifall eines Publikums im virtuellen Raum. Die scheinbare Anonymität enthemmt. Vor 30 Jahren bekamen es nur zufällige Beobachter mit, wenn ein Mitschüler geschubst, beleidigt oder verprügelt wurde. Heute ist die Tat sichtbarer, öffentlicher geworden. Die ganze Schule kann zusehen, die Kränkung des Opfers vervielfacht sich.

**E&W:** Wie kommt es zu solchen Cybermobbing-Attacken?

**Seifried:** Mobbing tritt besonders häufig auf, wenn es Konkurrenz, Neid, Lan-



Foto: privat

**Klaus Seifried**

geweile oder großen Druck gibt. Oft ist Cybermobbing Indikator für das Sozialklima an einer Schule oder in einer Klasse. Es ist ein Warnsignal: Hier wird nicht wertschätzend miteinander umgegangen.

**E&W:** Was treibt die Täter dazu?

**Seifried:** Viele Mobbing-Täter haben verborgene Ängste. 30 Prozent der Täter waren selbst schon mal Opfer von Mobbing-Attacken (s. S. 12 f.). Durch Aggression fühlen sie sich stärker. Die meisten Mobber im Cyberspace fallen auch in der Offline-Welt durch aggressives und antisoziales Verhalten auf.

**E&W:** Wie reagieren die Opfer auf die Cybermobbing-Attacken?

**Seifried:** Mobbing erzeugt Scham. Es ist ungeheuer schwierig, sich zu offenbaren, wenn man im Fadenkreuz einer

Cybermobbing-Attacke steht. Nur bei 30 Prozent der Mobbingfälle wissen Eltern oder Lehrkräfte Bescheid. Meist ziehen sich die Kinder und Jugendlichen zurück, klagen über Bauchweh und wollen irgendwann nicht mehr zur Schule gehen. Im Extremfall werden sie psychisch krank. Wie stark es ein Opfer beeinträchtigt, dass es beleidigt und ausgegrenzt wird, ist unterschiedlich. Entscheidend ist: das Opfer zuerst wahrzunehmen und nicht den Täter, der sich oft herauszureden versucht, indem er behauptet: „War doch nur Spaß!“

**E&W:** Wie kann die Schule Betroffenen helfen?

**Seifried:** Pädagoginnen und Pädagogen müssen signalisieren: Wir nehmen dich ernst, wir sind für dich da. In der Schulordnung sollte stehen: Unsere Schule duldet kein Mobbing, jede Lehrkraft hat die Verpflichtung, in solchen Fällen einzuschreiten, jeder Schüler sollte Stopp sagen und es melden, sobald er Mobbing in der Klasse oder im Internet beobachtet. Es darf nicht sein, dass Jugendliche sich wegducken und Lehrerinnen und Lehrer Cybermobbing zur Privatsache erklären. Wichtig ist ein Netz niedrigschwelliger Angebote, die es Mobbing-Opfern leichter machen, sich Hilfe zu holen: Antimobbing-Beauftragte an den Schulen, Streitschlichter, regelmäßige Sprechstunden der Klassen- und Vertrauenslehrkräfte, Schulpsychologen und Sozialpädagogen.

**E&W:** Konkret: Wie sollte ein Kollegium vorgehen, wenn es von Cybermobbing erfährt?

**Seifried:** Es muss sofort und konsequent reagieren: den Klassenleiter informieren, bei den Schülern nachhaken. Wer weiß was? Cybermobbing muss öffentlich gemacht werden, die Täter müssen raus aus dem Schutz der Anonymität. Was dann jeweils zu tun ist, hängt vom Einzelfall ab. Wenn die Drohungen massiv sind – „Tina, du Missgeburt, du bist so Scheiße, wozu lebst du eigentlich?“ oder „Ich hasse euch

## Mehr zu Cybermobbing unter:

[www.cybermobbing-hilfe.de](http://www.cybermobbing-hilfe.de)

[www.polizeiberatung.de](http://www.polizeiberatung.de)

[www.mobbing-schluss-damit.de](http://www.mobbing-schluss-damit.de)

**Webkampagne gegen Cybermobbing:** Benjamin Drews war Opfer von Cybermobbing und drehte dieses Anti-Mobbing-Video:

[www.youtube.com/watch?v=sgRSO72u8aw](https://www.youtube.com/watch?v=sgRSO72u8aw)

alle, ich bringe euch um“ –, müssen die Schulleitung eingeschaltet, Strafanzeige gestellt, Schulpsychologen und Eltern kontaktiert oder die Polizei eingeschaltet werden. Die Täter müssen deutliche Grenzen spüren.

**E&W: Und weniger gravierende Vorfälle ...**

**Seifried:** ... lassen sich meist in einem Gespräch klären. Erst müssen Opfer und Täter getrennt befragt werden, das Opfer braucht emotionale Unterstützung und Verständnis, der Täter sehr klare Ansagen. Die meisten sehen schnell ein, dass sie etwas falsch gemacht haben. Anschließend gilt es, in einem gemeinsamen Gespräch, vielleicht mit einem Streitschlichter oder Schulpsychologen als Mediator, einen Täter-Opfer-Ausgleich zu vereinbaren. Neben der Entschuldigung kann das eine gemeinsame soziale Aktion sein, eine Einladung ins Kino oder zu einem Sportevent zum Beispiel.

**E&W: Sollte der Vorfall auch in der Klasse besprochen werden?**

**Seifried:** Unbedingt. Die Schülerinnen und Schüler müssen begreifen, wie sich Cyberattacken auf das Opfer auswirken. Ganz wichtig ist es aber auch, die Integrität des Täters zu wahren. Die meisten Täter sind ja nicht böse, sie haben einen schlimmen Fehler gemacht und die Folgen nicht übersehen. Außerdem müssen sie weiter in der Klassengemeinschaft leben. Lehrkräfte können den Schulpsychologen, Experten externer Beratungsstellen oder die Präventionsbeamten der Polizei dazu bitten.

**E&W: Welche Rolle spielt die Zusammenarbeit mit den Eltern?**

**Seifried:** Eltern müssen von Anfang an einbezogen werden, natürlich sollten sie bei den Klärungsgesprächen dabei sein. Die Opfer müssen merken, dass ihre Mütter und Väter hinter ihnen stehen, den Vorfall ernst nehmen. Das gibt ihnen Sicherheit. Wenn Eltern das Geschehene bagatellisieren oder sagen „damit wirst du auch alleine fertig“, tun sie ihrem Kind keinen Gefallen.

**E&W: Wie reagieren die Familien der Täter?**

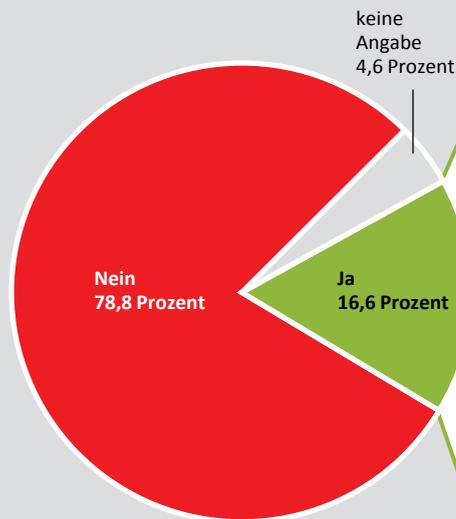
**Seifried:** Die sind meist sehr erschrocken und wissen nicht, was sie tun sollen. Viele haben überhaupt keine Vorstellung davon, was ihr Kind mit dem Handy so treibt. Generell merken wir immer wieder, wie unsicher Eltern sind, wenn es um neue Medien geht. Wie viel Computerspiel sollen wir erlauben? Was machen wir, wenn unser Kind noch nachts chattet? Sie brauchen dringend Austausch und pädagogischen Rat ...

**E&W: ... eine Aufgabe für die Schule?**

**Seifried:** Ja, Elternberatung sollte ein viel größeres Gewicht an den Schulen haben. Zum Beispiel, indem die Schule Elternabende zu Medienerziehung und Cybermobbing anbietet, in die Sprechstunden mit den Schulsozialarbeitern einlädt, Kontakt mit den Beratungsstellen vermittelt.

Interview: Anja Dilk,  
freie Journalistin

## Cybermobbingfälle



## Art und Weise des Cybermobbings



n = 6 739; Angaben in Prozent n = 1 117; Angaben in Prozent – Quelle: Schneider, C., Katzer, C., Leest, U.: Cyberlife – Spannungsfeld zwischen Faszination und Gefahr, S. 94

Grafik: zplusz

Von November 2012 bis Februar 2013 hat das „Bündnis gegen Cybermobbing“ mit Unterstützung der ARAG Versicherung die Studie „Cyberlife – Spannungsfeld zwischen Faszination und Gefahr“ erhoben: Knapp 7 000 Schülerinnen und Schüler zwischen zehn und 22 Jahren aus allen Bundesländern wurden befragt (s. S. 18 f.). Es ist die bis dahin größte Studie zu Cybermobbing, weil sie als erste Untersuchung nicht nur Schüler, sondern auch Eltern und Lehrkräfte befragt hat. Die Ergebnisse wurden getrennt ausgewertet. Die meisten Jugendlichen waren zwischen 13 und 16 Jahren und stammen aus Nordrhein-Westfalen (24,6 Prozent) und Hamburg (24,5 Prozent).

# „Vertrauensvolles Klima ist wichtig“

// Zwei Schulleiterinnen über den Umgang mit Cybermobbing //

## „Smartphone-Nutzung klein halten“

**Juliane Westphal, Schulleiterin  
Sophie-Scholl-Oberschule,  
Berlin-Schöneberg**

„Cybermobbing läuft oft unter der Hand, wir bekommen sicher nur einen kleinen Prozentsatz mit. Wir können ja nicht in die Handys der Schülerinnen und Schüler schauen. Grundsätzlich heißt unsere Strategie: Smartphone-Nutzung klein halten, analoge Kom-



Foto: privat

**Juliane Westphal**

munikation ist uns wichtiger. Handys müssen in der Tasche bleiben, nur im Freizeitbereich unserer Ganztagschule dürfen Schüler mit dem Smartphone Musik hören. Telefonieren und chatten sind nicht erlaubt.

Sichtbar werden Cybermobbing-Fälle vor allem, wenn sie die Klassengemeinschaft in Aufruhr versetzen. Im vergangenen Jahr zum Beispiel haben Achtklässler ein Video auf Instagramm verbreitet. Vor der Kamera machten sie sich über einen körperlich behinderten Klassenkameraden lustig, der wegen einer Operation im Krankenhaus war. ‚Haha, na du hast ja Schwein, dass du nicht in die Schule musst.‘ Den Schüler hat das sehr getroffen. Zum Glück hat er seinen Eltern davon erzählt, die sich an das Klassenleiterteam – zwei Lehrer, ein Sozialpädagoge – wandten. Das Team hat die Täter sofort zur Rede gestellt. Anschließend gab es ein pädagogisches Gespräch mit den Tätern, dem Opfer, ihren Eltern, den Klassenleitern und mir. Wir wollen dabei immer als Erstes verstehen: Wie kommt so etwas zustande? Es kam heraus: Die Idee war in einer Freistunde im Park entstanden, ‚aus Jux‘ – ‚Mensch, der ist doch im Krankenhaus, dem schicken wir jetzt etwas.‘ Dass sie sich dabei gründlich im Tonfall vergriffen und ihren Mitschüler sehr verletzt haben, wurde den Jungen erst durch unser Gespräch klar. Sie waren völlig zerknirscht, haben dem Opfer einen Entschuldigungsbrief geschrieben und sich nach seiner Rückkehr aus dem Krankenhaus noch mal vor der Klasse entschuldigt. Der Vorfall wurde im Unterricht ausführlich besprochen, alle Schüler mussten an einem Workshop über Cybermobbing teilnehmen. In den Monaten danach haben die Klassenleiter bei Opfer und Tätern immer wieder nachgehakt: Wie läuft es? Wie fühlst du dich?

Uns ist wichtig, dass Lehrkräfte mit feinen Antennen die Stimmung in einer Klasse wahrnehmen. Gibt es etwas Auffälliges? Sitzt ein Schüler in den Pausen alleine da? Ist er stiller als sonst? Was hilft noch? Wir haben ein Expertennetz an der Schule geschaffen: Eine Kollegin hat sich zur Cybermobbing-Expertin weitergebildet, eine andere ist auf Gewaltprävention spezialisiert. Wir haben zwei ausgebildete Beratungslehrer an der Schule, der Schulpsychologe bietet Schulungen und akute Hilfe. Wichtig ist auch der Austausch mit den Eltern. Die meisten sind sehr unsicher im Umgang mit neuen Medien, sie wissen nicht, was ihre Kinder online machen, ob und wie sie das Nutzen der Medien beschränken sollen. Da müsste es mehr Beratungsangebote geben. Das kann die Schule alleine nicht leisten.“

## „Sofort und konsequent handeln“

**Rita Schlegel, Schulleiterin  
Hermann Sander Grundschule,  
Berlin-Neukölln**

„Vor einer Weile hatten wir einen Fall von Cybermobbing in einer fünften Klasse: Schüler hatten einem Klassenkameraden die Hose runtergezogen, ein Bild davon gemacht und es über Social Media verbreitet. Auch der Junge fand das erst lustig und hat offenbar auch freiwillig mitgemacht. Weniger lustig fand er es, dass seine Mitschüler das bloßstellende Foto in der Klasse herumschickten, auch an Mädchen. Zum Glück hat eine Mitschülerin einem Erzieher die Nach-

richt gezeigt, wir konnten durch den Absender die Täter schnell ermitteln und zur Rede stellen. Konsequenz ist hier wichtig. Wir haben die Eltern informiert, die Täter mussten sich entschuldigen. Der Vorfall wurde intensiv in der Klasse thematisiert, wir haben Präventionsbeamte der Polizei dazu eingeladen sowie Experten der Präventionsstelle gegen sexuellen Missbrauch „Berliner Jungs“.

Wir sagen unseren Schülerinnen und Schülern immer wieder: Zeugnisaussagen haben nichts mit Petzen zu tun. Erzählt uns von Cybermobbing-Vorfällen. Nur dann können wir euch helfen. Ganz wichtig ist uns daher ein vertrauensvolles Klima. Die Kinder müssen das Gefühl haben, dass ihnen die Erwachsenen vertrauen und



Rita Schlegel

Foto: privat

dass sie sich umgekehrt auf uns verlassen können. Deshalb haben wir eine zusätzliche Wochenstunde „Schulsozialarbeit“ eingeführt: Lehrkräfte und Schüler tauschen sich über die Klassenatmosphäre aus, Konflikte kommen auf den Tisch. Auf Elternabenden diskutieren wir oft über Medienkonsum und Umgang mit dem Internet: Wie viel sollten Eltern erlauben, worauf müssen sie achten? Auch Cybermobbing ist dabei Thema. Müttern und Vätern raten wir zu konsequenten Sanktionen: ‚Nehmt euren Kindern eine Weile das Handy weg, wenn sie es missbrauchen.‘ In der Schule ist es ohnehin verboten.

Neulich wurde eine Erzieherin Opfer einer Cyberattacke. Eine Sechstklässlerin hatte die Kollegin gefilmt, als sie mit der Klasse schimpfte – und das Video über WhatsApp verbreitet. Als eine Mutter die Nachricht auf dem Handy ihrer Tochter sah, hat sie uns informiert. Die Erzieherin war geschockt, fühlte sich bloßgestellt. Wir haben sofort die Polizei eingeschaltet, die Täterin zur Rede gestellt, einen schriftlichen Verweis ausgesprochen. Mit Präventionsbeamten der Polizei wurde der Vorfall in der Klasse besprochen, über rechtliche Konsequenzen aufgeklärt. In so einem Fall gibt es nur eins: handeln. Sofort und konsequent.“

Aufgezeichnet von Anja Dilk, freie Journalistin



## Cybermobbing – Recht am eigenen Bild – Sexting

= Themen, die alle Schulen bundesweit beschäftigen

Law4school bietet bundesweit **live Online-Seminare**, interaktiv, tagesaktuell durch eine Rechtsanwältin, die seit 8 Jahren Fälle hierzu bearbeitet und in Schulen Schüler, Eltern, Lehrer aufklärt.

**Kosten: 50,00 €** je Klasse / Elternabend / Lehrerfortbildung

### Online-Seminar – wie geht das?

Kostenlose Probeteilnahme vereinbaren.



8 Uhr in der Kanzlei

### Geht das an unserer Schule?

Termin zum Techniktest vereinbaren.



8 Uhr in der Klasse

[www.law4school.de](http://www.law4school.de)

Tel: 0381-242430

[info@law4school.de](mailto:info@law4school.de)



Für unser Team in Stuttgart suchen wir zum 1. November 2015 Verstärkung:

## Gewerkschaftssekretärin/ Gewerkschaftssekretär

für den Bereich Nordwürttemberg

### Aufgabenbereiche:

- Mitgliederbetreuung, insbesondere auch der jüngeren Mitglieder (Hochschule, Seminare, Dienstanfänger)
- Organisation und Zuarbeit für ehrenamtliche Funktionäre

### Wir wünschen uns

- hohe Flexibilität und Mobilität
- Kontaktfreude und Bereitschaft zur Teamarbeit
- Kenntnisse/Erfahrungen im Angestellten- und Beamtenrecht

### Ihr Profil

- abgeschlossene Fachhochschul- oder Hochschulbildung
- Mitgliedschaft in einer DGB-Gewerkschaft
- PKW-Führerschein

### Wir bieten

- eine volle Stelle
- Bezahlung nach den Allgemeinen Anstellungsbedingungen der GEW
- überdurchschnittliche Sozialleistungen

Ihre Bewerbung richten Sie bitte – gerne per E-Mail – bis **30. Juni 2015** an: GEW-Bezirk Nordwürttemberg, Silcherstr. 7, 70176 Stuttgart, Ihre Ansprechpartnerin: Frau Inge Goerlich, Telefon: 0711 21030-43, E-Mail an: [bezirk.nw@gew-bw.de](mailto:bezirk.nw@gew-bw.de)

# Prävention professionalisieren

**// Schikanieren, Bloßstellen, Beleidigen, Ausgrenzen auf dem Schulhof – Mobbing in der Schule gibt es, seitdem es Schulen gibt – und seitdem es Internet gibt, gibt es Cybermobbing. Was früher vor den Augen der Lehrkräfte geschah, passiert jetzt in Chatforen und den sozialen Netzwerken im Internet. Wie sollen sich Pädagoginnen und Pädagogen verhalten? Neben schneller Intervention müssten Schulen verstärkt auf Prävention setzen, mahnen Medienpädagogen. //**

Ins Online-Seminar der „Digitalen Helden“ für Elternvertreter und Lehrkräfte zum Thema Cybermobbing haben sich heute zwar nicht viele Teilnehmende eingeloggt, dafür sind die Diskussionen umso intensiver. Die in Frankfurt am Main ansässige gemeinnützige GmbH hat zusammen mit der Stadt und dem Verein Eltern für Schule e. V. vor gut einem Jahr ein Programm zur Ausbildung von Schülerkonfliktlotsen entwickelt. Das Programm basiert auf dem sogenannten Peer-Education-Prinzip, d. h. Schülerinnen und Schüler werden als Streitschlichter ausgebildet, um Klassenkameraden bei Fällen von Cybergewalt zur Seite zu stehen. Das Projekt ist ausdrücklich nicht auf eine begrenzte Zeit angelegt, sondern als Dauereinrichtung in den Schulen konzipiert.

Ist der Aufwand nicht zu hoch?

Nein, sagt Gregory Grund, einer der drei Gesellschafter der „Digitalen Helden“. Viele Pädagoginnen und Pädagogen fühlen sich nicht ausreichend für das Problem Cybermobbing gewappnet und seien verunsichert, ergänzt sein Kollege Florian Borns. Er verweist auf eine Studie des „Bündnisses gegen Cybermobbing“ („Cyberlife – Spannungsfeld zwischen Faszination und Gefahr“, s. S. 14 f.)\*, nach der sich lediglich 40 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer ausreichend über die Gefahren des Cybermobbing informiert sehen. „Dabei sind die Schulen eigentlich aufgrund ihres Bildungsauftrages prädestiniert dafür, sich des Themas anzunehmen“, sagt Borns. Institutionelle Strukturen existieren laut der Bündnis-Untersuchung jedoch nur in wenigen Einrichtungen. So verfügt lediglich knapp ein Viertel der Schulen über einen Anti-Mobbing-Beauftragten, anonyme Anlaufstellen für Schülerinnen und Schüler finden sich nur in jeder siebten Schule.

## Schüler ziehen WhatsApp vor

Liegt das vielleicht daran, dass in vielen Lehrerkollegien Desinteresse vorherrscht? Nein, erwidert der Medienpädagoge Christoph Thiel. Er referiert regelmäßig an Berliner Schulen zu Themen der Medienbildung. Die Mehrheit der Lehrkräfte sei zwar nicht mit digitalen Medien aufge-

# MEDIENHELDEN

wachsen, doch mittlerweile, so seine Erfahrung, „sind Lehrerinnen und Lehrer technisch auf der Höhe der Zeit“. Das Problem bestehe eher darin, dass sie nicht unbedingt die gleichen neuen Medien benutzten wie die Schülerinnen und Schüler. So habe Facebook mittlerweile für die jüngere Generation an Attraktivität eingebüßt, weil es jetzt auch von Erwachsenen – der Generation Ü40 – genutzt werde. „Die Jugendlichen wollen aber unter sich sein und kommunizieren heute verstärkt über WhatsApp“, so Thiel. In diesem internetbasierten Nachrichtendienst fühlten sich die Jugendlichen von den Erwachsenen unbeobachtet. Fälle von Cybermobbing fielen Lehrkräften daher eher zufällig auf. Thiels Kollege Jens Wiemken berichtet über ähnliche Erfahrungen. Er ist seit mehr als 25 Jahren als Medienberater an Schulen in Niedersachsen unterwegs und betreut Fortbildungsprojekte des Landesmedieninstituts Niedersachsen. „Das Problem ist“, sagt Wiemken, „dass Medienbildung im Lehramtsstudium keine oder kaum eine Rolle spielt“. „Es fehlt zudem ein tragfähiges Präventionskonzept“, kritisiert die Leiterin des Organisationsbereichs Schule der GEW, Ilka Hoffmann. Vor allem aber bräuchten die Lehrkräfte mehr Zeit, um sich fortzubilden und präventive Projekte in der Schule umzusetzen (s. S. 6 ff.).

## „Es fehlt an Zeit“

„Wenn es an den Schulen etwas nicht gibt, ist es Zeit.“ Diese Erfahrung hat Herbert Scheithauer gemacht. Der Professor für Entwicklungspsychologie und Klinische Psychologie an der Freien Universität Berlin forscht seit Jahren über Cybermobbing. Unter seiner Federführung wurde in der Hauptstadt vor einigen Jahren das Programm „Medienhelden“ entwickelt, ein von der Europäischen Kommission geför-



# DIGITALE HELDEN

## Programme und Projekte gegen Cybermobbing

### „Digitale Helden“:

Ausbildung von Schülerinnen und Schülern zu Konfliktlotsen. In jeder Schule sind zwei Lehrkräfte als Mentoren in das Projekt eingebunden. Diese organisieren zusammen mit den „Digitalen Helden“ u. a. Elternabende zu Themen wie Umgang mit WhatsApp, Datensicherheit und Persönlichkeitsrechte im Netz.

Kosten: 690 Euro im ersten Jahr, im zweiten steigt die Gebühr auf 890 Euro, ab dem dritten Jahr sinkt sie. Fort- und Weiterbildung per Online-Seminar.

### Projekt „sICHTbar“:

Unter diesem Titel startete im Februar 2014 der in Mannheim ansässige Verein Starkmacher e. V. zusammen mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), der Hamburger Filmproduktionsfirma 18frames und der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg ein Jugendmedienprojekt. Umgesetzt wird das Programm zurzeit an vier Schulen, finanziert wird es durch Gelder der Europäischen Union sowie durch Sponsoren und private Spender.

15 bis 20 Schülerinnen und Schüler werden in Konfliktmanagement und Streitschlichtung ausgebildet. Ihnen zur Seite stehen zwei bis fünf Mentoren (Lehrkräfte). Die Ergebnisse werden u. a. in einem eigenen YouTube-Kanal präsentiert.

### „Medienhelden“:

Das „Medienhelden“-Curriculum wird in der Regel nicht von externen Fachkräften, sondern von einer dafür weitergebildeten Lehrkraft umgesetzt. Lehrende können das Programm selbstständig und dauerhaft im Unterricht einbauen (z. B. in den Fächern Ethik, Lebenskunde). Das Curriculum umfasst 15 bis 17 Unterrichtseinheiten zu je 45 bis 90 Minuten. Diese sind in acht Module gegliedert. Themen: Definition von Cybermobbing, rechtliche Fragen, Rollenspiele, Organisation von Elternabenden.

J.A.

iertes internationales Präventionsprojekt gegen Cybergewalt an Schulen. Viele Schulleitungen seien anfangs skeptisch gewesen, hätten den zeitlichen Aufwand gescheut, berichtet der Wissenschaftler. Die Projektevaluation ergab jedoch, dass bereits wenige Projekttag an den Schulen die Gefahr von Cybergewalt verringerten. Scheithauer hat dazu vor, während und nach Abschluss des Projekts rund 900 Berliner Schülerinnen und Schüler sowie 15 Lehrkräfte befragt. Das Ergebnis spricht für sich: Während in der sogenannten Kontrollgruppe, also bei jenen, die weder an einem Projekttag teilgenommen noch

# BÜNDNIS GEGEN CYBERMOBBING

Scheithauer warnt davor, nur auf kurzfristige Effekte zu setzen. „Wir haben in Deutschland leider noch immer die Situation, dass die Prävention zu wenig professionalisiert ist.“ So gebe es an vielen Schulen zwar Projekttag zum Thema Neue Medien, in denen es u. a. um Cybermobbing gehe, sagt der Berliner Entwicklungspsychologe. Im Vordergrund stehe dabei allerdings die Information. „Die meisten Schüler haben jedoch kein Informationsdefizit.

Im schlimmsten Fall geben solche Veranstaltungen potenziellen Tätern erst die Handlungsanleitungen für das Mobbing“, gibt Scheithauer zu bedenken.

das langfristige Medienhelden-Curriculum durchlaufen hatten, die Fälle von Cybermobbing zunahmen, blieb die Lage in der „Kurzinterventionsgruppe“ stabil.

Das Online-Seminar der „Digitalen Helden“ neigt sich dem Ende zu. Die für viele Schulen wichtigste Frage wird erst zum Schluss gestellt – die Frage nach der Finanzierung. 690 Euro kostet das

Kurspaket – im ersten Jahr (siehe Kasten). Bislang wurde das Programm an 36 Schulen im Rhein-Main-Gebiet und in Hessen umgesetzt.

Von solchen Zahlen kann Scheithauer nur träumen. Seine „Medienhelden“ werden

zwar bereits in Teilen Österreichs eingesetzt, auch aus Kolumbien gibt es nach seinen Angaben Interesse. Bei den deutschen Kultusministern geht Scheithauer zurzeit Klinkenputzen. Bislang erfolglos.

Jürgen Amendt,  
Redakteur „Neues Deutschland“

### Digitale Helden:

[www.digitale-helden.de](http://www.digitale-helden.de)

### Medienhelden:

[www.stravio.de](http://www.stravio.de),

[www.medienhelden-ausbildung.de](http://www.medienhelden-ausbildung.de)

**Starkmacher, Projekt „sICHTbar“:**

[www.starkmacher.eu/sichtbar](http://www.starkmacher.eu/sichtbar)

**Zu einem Teil des sICHTbar-Projekts**

**gehört die Medienkampagne**

**#Jeder zählt, unter:**

[www.jederzaehlt.de](http://www.jederzaehlt.de)

**\*Cyberlife-Studie: [www.buendnis-](http://www.buendnis-gegen-cybermobbing.de/Studie)**

**[gegen-cybermobbing.de/Studie](http://www.buendnis-gegen-cybermobbing.de/Studie)**

# Das Projekt Kita

ErzieherInnen verdienen mehr  
... für ein besseres



Alle Infos zur SuE-Tarifrunde und der GEW-Kampagne finden Sie auf der Website: [www.gew.de/EGO](http://www.gew.de/EGO).

**// Nur wenige Jahre ist es her, da galten Kindertagesstätten manchen als Teufelszeug. Der Kita-Ausbau? Eine perfide Idee einer Familienministerin namens Ursula von der Leyen (CDU). „Kinderfeindlich“ sei das, ein Instrument, um junge Frauen „als Arbeitsreserve für die Industrie zu rekrutieren“, wo doch die „wirklichen Profis“ für die Erziehung eines Kindes die Eltern seien, vor allem die Mutter – das sagte der damalige Augsburger Bischof Walter Mixa, vor gerade mal acht Jahren. //**

Überzeugend finden so etwas immer weniger Menschen; im Gegenteil: Mehr und mehr Eltern schicken ihre Kleinen in Krippen, Kindergärten oder zu Tagesmüttern. Kinder unter drei Jahren gehen heute dreimal so häufig dorthin wie damals, als Mixa gegen die „Fremd-

betreuung“ polterte. Umso gravierender sind nun die Folgen des Erzieher-Streiks. Der Ausbau war gewollt, und er trägt Früchte: Erzieherinnen und Kinderpflegerinnen – es sind fast immer Frauen – ermöglichen Millionen Müttern Arbeit und Karriere trotz Kindern, sie entlasten Eltern und besonders Alleinerziehende, die in ihren Jobs mehr und länger gefordert sind denn je. Kitas öffnen Kindern aus ärmeren und aus Migrantenfamilien den Weg nach oben in einem Land, in dem Aufstieg durch Bildung mutmaßlich immer seltener möglich ist. Zuwandererkinder, die eine Krippe besuchen, gehen später doppelt so häufig aufs Gymnasium wie jene, die zu Hause bleiben. Kitas können Startnachteile wettmachen, wenn zum Beispiel daheim kein Deutsch gesprochen wird oder keine Bücher gelesen werden. Das betrifft immer mehr Kinder: In vielen Stadtteilen stammt gut die Hälfte von ihnen aus Zuwandererfamilien. Defizite bei ihrer Einschulung

können Folgen für ein ganzes Leben haben: Verständnisschwierigkeiten in der ersten Klasse haben einen schlechten Notenschnitt in der vierten zur Folge, der die Kinder wiederum auf Schulen für Schwächere sortiert. Je früher man in Bildung investiert, desto mehr kann man bewirken. Das heißt: Der Aufwand für frühkindliche Bildung, für Krippen und Kindergärten, lohnt besonders. Viele Eltern spüren das. Sie fordern immer mehr vom Kita-Personal. Es reicht nicht mehr, nach dem Morgenkreis eine Kiste Bauklötze hinzustellen und nach dem Mittagessen die Gruppe in den Garten zu treiben, bis die Eltern kommen und endlich Ruhe einkehrt. Die Eltern wollen, dass ihr Nachwuchs optimal gefördert und auf die Schulkarriere vorbereitet wird, Zusatzangebote sollen den Grundstein für Technik- und Englischbegeisterung legen. Da können viele Erzieherinnen jedoch nicht mithalten. Die Zahl der Kitas ist



Kitas öffnen insbesondere Kindern aus ärmeren und Migrantenfamilien den Weg nach oben in einem Land, in dem Aufstieg durch Bildung immer seltener möglich ist.

Fotos: Dominik Buschardt

**„Auf Augenhöhe kooperieren“**

Susanne Viernickel, Professorin für Pädagogik der Frühen Kindheit,  
Alice Salomon Hochschule Berlin:

„Die Erzieherinnen und Erzieher stecken enorm viel Kraft in ihre Arbeit, von Kindern und Eltern bekommen sie viel zurück. Doch darüber hinaus? Zu wenig Geld, kaum Aufstiegschancen, zu wenig professionelle Anerkennung. Eine bessere Bezahlung von Erzieherinnen wäre ein wichtiges Zeichen. Diese Anerkennung ist auch deshalb dringend notwendig, damit sie endlich auf Augenhöhe mit Grundschullehrkräften kooperieren können. Bisher hat die mangelnde Anerkennung ein Ungleichgewicht zwischen beiden Berufsgruppen geschaffen, das die Zusammenarbeit im Alltag erheblich erschwert.“



Foto: privat

zwar enorm gewachsen, ebenso die Zahl derjenigen, die eine Ausbildung als Erzieher und Kinderpfleger anfangen. Die Qualität der Einrichtungen aber wuchs oft nicht mit: Gerade in teuren Ballungsräumen wie München fehlt Kita-Personal, eine Erzieherin muss sich um immer mehr Kinder kümmern. Da bleibt keine Zeit für individuelle Lesezeiten. Der Kita-Boom hat in manchen Regionen dazu geführt, dass die Betreuer schlechter ausgebildet sind als früher. So kann es nicht bleiben.

Wer Kitas nicht nur als Kinderverwahrestellen sieht, sondern als Bildungseinrichtungen, der muss das Gegenteil forcieren: Das Personal muss besser ausgebildet werden, um die zusätzlichen Aufgaben zu stemmen. Es ist nicht trivial, als Betreuer mit Flüchtlingskindern und deren Eltern richtig umzugehen, mit Fünfjährigen über Nachrichten vom Syrien-Krieg zu sprechen oder auf Anzeichen häuslicher Gewalt zu reagieren. Nicht zufällig verlangen viele europäische Staaten ein Studium für

Leitungsposten in Kitas: In Dänemark etwa sind 60 Prozent davon mit Akademikern besetzt, in Deutschland nur wenige. Dies zeigt die unterschiedliche Wertschätzung, die der Bildung und Betreuung entgegengebracht wird. Staat und Kita-Betreiber dürfen höhere Qualifikationen von ihrem Personal erwarten. Doch dies wird nur gelingen, wenn sie den Beruf attraktiver machen. Dazu gehören bessere Arbeitsbedingungen wie kleinere Gruppen, aber auch höhere Verdienstmöglichkeiten. Junge Betreuer, noch dazu mit einem Studium, werden sich nicht für 2 400 Euro brutto Einstiegsgehalt in diesen stresshaltigen Job locken lassen.

Höhere Einkommen für Erzieher sind eine Investition, die sich lohnt. Was nicht heißt, dass die Betreuer künftig vom ersten Lebensjahr an die Arbeitskräftereserve für Unternehmen heranziehen sollen. Kleine Kinder sind große Entdecker, sie brauchen keinen Drill, sondern Anregung und Möglichkeiten. Bildung dient dem Wohl der Kinder und damit der Gesellschaft. Gute Kitas können dies leisten.

Roland Preuß,  
Redakteur Süddeutsche Zeitung

Quelle: Süddeutsche Zeitung vom 8. Mai 2015; Nachdruck mit freundlicher Genehmigung der Süddeutschen Zeitung

ErzieherInnen verdienen mehr ... für ein besseres



Alle Infos zur SuE-Tarifrunde und der GEW-Kampagne finden Sie auf der Website: [www.gew.de/EGO](http://www.gew.de/EGO).



Wer vom Leben mehr will, bekommt jetzt neuen Spielraum.

Das ElterngeldPlus ist eine Familienleistung des Bundesfamilienministeriums - auf dem Weg zu mehr Partnerschaftlichkeit in Familie, Beruf und Gesellschaft. Für Geburten ab dem 1. Juli 2015 [www.elterngeld-plus.de](http://www.elterngeld-plus.de)

# Tarifverhandlungen fortgesetzt – Streiks auch

ErzieherInnen verdienen mehr  
... für ein besseres  
**EGO**

Alle Infos zur GEW-Kampagne finden Sie auf der Website [www.gew.de/EGO](http://www.gew.de/EGO).



16 000 streikende Kolleginnen und Kollegen auf dem Römerberg in Frankfurt a. M. – darunter mehrere Tausend GEW-Mitglieder aus Rheinland-Pfalz, Hessen und dem Saarland. Die Vorsitzende der GEW Hessen, Birgit Koch (rechtes Bild), bekräftigte noch einmal die Forderungen der Gewerkschaften nach einer höheren Eingruppierung aller Beschäftigtengruppen im SuE-Bereich: „Ich fordere die Arbeitgeber auf, endlich ein annehmbares Angebot vorzulegen.“

**// Die Tarifverhandlungen im Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) der Kommunen werden Anfang Juni fortgesetzt. Darauf verständigten sich Arbeitgeber und Gewerkschaften Ende Mai. Die Gewerkschaften stellten jedoch klar, dass die Streiks weitergehen, bis ein „annehmbares Ergebnis“ erreicht sei. Die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst streiken bundesweit seit dem 8. Mai unbefristet. Mehrere Hunderttausend Kolleginnen und Kollegen, insbesondere Erzieherinnen, legten die Arbeit nieder. Sie fordern eine kräftige Aufwertung des gesamten Berufsfeldes und eine deutlich bessere Bezahlung. Die Verhandlungen hatten bei Drucklegung der E&W noch nicht begonnen. Alle aktuellen Infos finden Sie auf der GEW-Website unter [www.gew.de/EGO](http://www.gew.de/EGO). //**

Der Verhandlungstermin kam nach der Mitgliederversammlung der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) am 28. Mai zustande. Die VKA erklärte, dass sie ein Angebot vorlegen wolle, das ihren bisherigen „Vorschlägen“ für „Verbesserungen“ entspricht. Dieses Vorschlagspapier hatten die Gewerkschaften in der fünften Verhandlungsrunde zurückgewiesen, weil es lediglich für einzelne kleine (Teil-)Berufsgruppen etwas gebracht hätte und weit entfernt von den materiellen Forderungen der Gewerkschaften war (s. E&W 5/2015, S. 34). Am 28. Mai gingen in Frankfurt a. M. und Hamburg – parallel zur VKA-Mitgliederversammlung – noch einmal über 30 000 Beschäftigte auf die Straße. Allein an diesem Tag streikten bundesweit 50 000 Erzieherinnen und Kita-Leitungen, Sozialarbeiter und -pädagoginnen, Kinderpflegerinnen, Heil- und Kindheitspädagogen

sowie Beschäftigte aus der Behindertenhilfe.

Die Vorgeschichte: In fünf Verhandlungsrunden legten die Arbeitgeber kein Angebot vor. Sie bestreiten, dass es im SuE-Bereich einen Aufwertungsbedarf gebe. Mit ihren „Vorschlägen“ für „Verbesserungen“, die sie in der fünften Verhandlungsrunde einbrachten, wollte die VKA die Gewerkschaften im Kleinklein verstricken. Die Runde endete ohne Ergebnis. Deshalb erklärten die Gewerkschaftsgremien die Verhandlungen Ende April für gescheitert und leiteten die Urabstimmung der Mitglieder ein. Ver.di- und GEW-Mitglieder votierten mit überwältigender Mehrheit für unbefristete Streiks: 93,44 bzw. 96,37 Prozent.

Die Forderungen der Gewerkschaften haben ein Gesamtvolumen, nach dem die Gehälter der SuE-Beschäftigten im Durchschnitt um zehn Prozent steigen. Sie wollen die Beschäftigtengruppen in

Fotos: Alexander Paul Englert

der SuE-Gehaltstabelle höher ein-  
gruppieren.

GEW-Vorsitzende Marlis Tepe unterstrich während einer Kundgebung in Ludwigshafen vor rund 7 000 Streikenden mit Blick auf die Erzieherinnen: „Erzieherin zu sein, ist ein Knochenjob – und es ist ein Frauenberuf! Der muss gut bezahlt werden.“ Das sehen die Arbeitgeber offenbar nicht so. Sie glauben, dass man Frauen mit viel weniger Geld als Männer in vergleichbaren Berufen abspesen kann. Dabei setzen sie darauf, dass das Verantwortungsbewusstsein der Kolleginnen für ihre Arbeit sie davon abhält, ihre legitimen Interessen durchzusetzen. „Nicht die Erzieherinnen und die Gewerkschaften handeln verantwortungslos, sondern die Arbeitgeber, die Rollenklischees bedienen und Frauen finanziell ausnutzen wollen“, sagte Tepe.

Die GEW lässt das Arbeitgeber-Argument leerer Kassen und überzogener Gewerkschaftsforderungen nicht gelten. Warum? Die Steuerquellen sprudeln auf allen Ebenen. Zudem, so der GEW-Vorschlag, solle der Bund stärker in die Finanzierung der Kitas einsteigen, um die Kommunen zu entlasten. „Wir brauchen jetzt eine gesamtgesellschaftliche Kraftanstrengung“, hob GEW-Vorstandsmitglied Norbert Hocke hervor.

### Solidaritätswelle

Die Beschäftigten im SuE-Bereich haben in den vergangenen Streikwochen viel Solidarität und Unterstützung erfahren: von Politikern, Eltern und anderen Gewerkschaften wie der Dachorganisation DGB, der IG Metall und der IG BAU, aber auch aus anderen Staaten, beispielsweise den USA von der „American Federation of Teachers“ (AFT)\*. So stärkte etwa SPD-Parteichef Sigmar Gabriel Gewerkschaften und besonders den Erzieherinnen den Rücken. „Die erste Frage ist doch: Werden die Erzieherinnen und ihre wenigen Kollegen heute für ihre wichtige

und zugleich schwierige Arbeit angemessen bezahlt? Meine Antwort lautet: Eindeutig nicht“, sagte der Vizekanzler „Bild am Sonntag“ vor Beginn der zweiten Streikwoche. Auch SPD-Familienministerin Manuela Schwesig wagte sich aus der Deckung. „Wir brauchen eine Debatte in Deutschland, wie viel uns die Arbeit mit Menschen und die frühe Bildung unserer Kinder wert ist“, sagte sie dem Magazin „Focus“. Die Fachkräfte in den Kindertagesstätten müssten „für ihre Leistungen auch entsprechend bezahlt werden“.

### Gemeinsam mit den Eltern

Zu Beginn der dritten Streikwoche appellierten GEW und die Bundeselternvertretung der Kinder in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege (BEVKi) in einer gemeinsamen Erklärung an die Arbeitgeber, „schnellstmöglich ein Angebot vorzulegen“. Sie betonten die partnerschaftliche Zusammenarbeit und die gemeinsame Verantwortung von Eltern und Erzieherinnen für das Aufwachsen der Kinder. „Wir stellen uns hinter unsere Erzieherinnen, denn ihre Forderungen sind längst überfällig“, betonte Norman Heise, Mitglied des fünfköpfigen Sprecherteams der BEVKi. „Dass die Gewerkschaften zum Mittel des Streiks greifen müssen, ist ein Armutszeugnis für Arbeitgeber und Politik. Es wird viel über die Bedeutung der frühen Bildung geredet und zu wenig getan. Erzieherinnen haben mehr verdient.“ Der Schlüssel, die Streiks zu beenden, liege bei den Arbeitgebern. Diese müssten sich jetzt bewegen.

Ulf Rödde,  
Redaktionsleiter der „Erziehung und  
Wissenschaft“

**\*Eine Übersicht der Solidaritätserklärungen finden Sie auf der GEW-Website unter [www.gew.de/SuE-Streiks\\_Grosse\\_Solidaritaet.html](http://www.gew.de/SuE-Streiks_Grosse_Solidaritaet.html).**

bonnü  
Feines aus der Natur



### Mit Alpakas den Alltag hinter sich lassen.

Große Kulleraugen, lange Wimpern, Wuschelköpfe und sanfte Töne. Alpakas, die Künstler der Ruhe und Gelassenheit, unterstützen Sie auf dem Weg in die Welt der Entschleunigung. Wege der Entspannung gibt es viele, in unseren Auszeitseminaren gehen Sie den Weg mit den Alpakas:

- \* inmitten der Herde, den Tieren ganz nah \*
- \* mit allen Sinnen aktiv und dennoch das Gefühl der Ruhe und Gelassenheit intensiv wahrnehmen \*
- \* beim Alpaka-Trekking die traumhaft schöne Umgebung des Filstals genießen \*
- \* abschalten und dennoch aktiv sein \*

Sie finden mit Hilfe der Tiere zu sich selbst und Ihren inneren Kräften. Sie schöpfen neue Energie für Ihr Leben und Ihren Alltag.

Unsere Seminare werden individuell auf Ihre Bedürfnisse abgestimmt und finden bei jedem Wetter statt. Die Anzahl der Teilnehmer ist auf 10-15 Personen begrenzt.

### Auszeit-Seminare mit Alpakas

Aktuelle Termine entnehmen Sie bitte der Homepage

[www.bonnue.de](http://www.bonnue.de)

Manuela Gansloser, [info@bonnue.de](mailto:info@bonnue.de), Sylvia Balbuchta, [salbuchta@aol.com](mailto:salbuchta@aol.com)

STAMM Verlag  
**E&W**  
Verlagsreisen

3-tägige  
Kulturreise vom  
18.09.- 20.09.15

### 1.000 JAHRE KAISERDOM MERSEBURG

Mit Ausflügen nach Naumburg, Memleben und Freyburg



Domschatz Merseburg, Wappensaal des Kapitelhauses  
© Bildarchiv der Vereinigten Domstifter, Foto: F. Boxler

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter  
[www.gew.de/verlagsreisen](http://www.gew.de/verlagsreisen)

Informationen und Buchung: 0521 / 96 768-0

Veranstalter: tsmedialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld

# Neue Randbelegschaften

**// Befristungen, Honorarverhältnisse, Minijobs – auch an Deutschlands Schulen arbeiten zunehmend mehr Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Statusübergreifende Solidarität ist mehr denn je gefragt. Anlass für E&W, eine neue Serie zu starten, die sowohl die Arbeitsbedingungen als auch die Formen der Zusammenarbeit unterschiedlicher Professionen in den Blick nimmt. Ein Problemaufriss. //**

Die „Dreiklassengesellschaft“ ist eine altbekannte Debatte in deutschen Lehrerzimmern: Neben Beamtinnen und Beamten arbeiten Tarifbeschäftigte mit unbefristeten Arbeitsverträgen und befristet Beschäftigte. In den vergangenen Jahren differenzierten sich die Professionen, die an Schulen pädagogisch tätig sind, zunehmend weiter aus. Das gilt auch für die Qualität der Beschäftigungsverhältnisse. Insbesondere im Kontext von Ganztags- und Inklusion sind Erwerbstätige in Minijobs oder mit Honorarverträgen keine Seltenheit. Auch Vertretungslehrkräfte sind teilweise „prekär“ beschäftigt. Solche Jobs sichern in der Regel nicht die Existenz der Beschäftigten, sondern überlassen diese der Perspektivlosigkeit sowie der planerischen und finanziellen Unsicherheit.

Der Trend: In den meisten Bundesländern werden die „nicht-unterrichtlichen“ pädagogischen Aufgaben – Schulsozialarbeit, Nachmittagsbetreuung, Inklusions- oder Einzelfallhilfen, Berufsberatung usw. – teilweise oder ganz von freien Trägern der Jugendhilfe übernommen. Die Schulleitungen haben nicht selten mit drei oder mehr externen Kooperationspartnern zu tun.

Das Problem: Lehrerinnen und Lehrer nehmen die Angestellten freier Träger oft nicht als Teil des Kollegiums wahr. Die Schulpersonalräte, in denen sich viele GEW-Kolleginnen und Kollegen engagieren, sind für die Beschäftigten anderer Arbeitgeber nicht zuständig und haben daher keine Möglichkeiten, sich für diese einzusetzen.

## Vorbild Industriegewerkschaften

Die Industriegewerkschaften haben im vergangenen Jahrzehnt viel darüber debattiert, wie mit dem Zerfall der Belegschaft in sogenannte Kern- (mit vollem tariflichen und arbeitsrechtlichen Schutz) und Randbelegschaften (Leiharbeiter, Scheinselbstständige, Subunternehmer) umzugehen sei. Sie haben erkannt, dass früher oder später auch die Arbeitsbedingungen der Kernbelegschaften unter Druck

geraten können. Das Ergebnis waren sowohl tarifvertragliche Regelungen als auch politische Initiativen, um den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen zu bekämpfen. Parallel dazu wurde unter den prekär Beschäftigten verstärkt um Beitritt zur und Engagement in der Gewerkschaft geworben.

Das sollte uns für den Bildungsbereich auch gelingen – aus bildungspolitischen Gründen ebenso wie mit Blick auf die Arbeitsbedingungen. Fest steht: Die von der GEW seit langem geforderte professionsübergreifende Zusammenarbeit im Arbeitsfeld Schule wird durch zersplitterte organisatorische Strukturen sehr erschwert. Gleiches gilt hier aber auch für eine gewerkschaftliche Zusammenarbeit unterschiedlich Beschäftigter.

Zudem: Nicht alle Pädagoginnen und Pädagogen, die für freie Träger an Schulen tätig sind, arbeiten „prekär“. Für etliche passt die Beschäftigungsform Minijob auch zu ihrer aktuellen Lebenslage, z. B. Studierender. Manche Jugendhelfer\*innen haben eigene Haustarifverträge, andere wenden das Tarifrecht des öffentlichen Dienstes ganz oder teilweise an. Doch schon die Kooperationsbeziehungen zwischen Schul- und Jugendhelfer\*innen – kurze Laufzeiten der Kooperationsverträge und unzureichende Refinanzierung

setzen auch gutwilligen Jugendhelfer\*innen vielerorts enge Grenzen. Die Anbieter können die geforderte Dienstleistung zum gezahlten Preis teilweise nur mit Fristverträgen oder durch erheblichen Einsatz von „Minijobbern“ ermöglichen. Darunter leiden die Kontinuität pädagogischer Arbeit sowie der Aufbau verlässlicher Zusammenarbeit und nicht zuletzt die gewerkschaftliche Solidarität zwischen den Professionen.

Wie im föderalen deutschen Bildungswesen nicht anders zu erwarten, gibt es auch in der Frage, wer zu welchen Bedingungen was an Schulen arbeitet, deutliche Unterschiede zwischen den Bundesländern, teilweise sogar von Stadt zu Stadt. Diese transparenter zu machen, Daten und Fakten zu sammeln, birgt Chancen: Wo gibt es gute Beispiele, von denen die Verantwortlichen lernen können? Welche Fehler sind bei Kooperationen zu vermeiden? Auch der Blick auf den eigenen Arbeitsplatz kann aufschlussreich sein: Zu welchen Bedingungen arbeiten die Kolleginnen und Kollegen anderer Professionen an meiner Schule?

Gesa Bruno-Latocha,  
Referentin im GEW-Arbeitsbereich Tarif- und Beamtenpolitik



MARLIS TEPE



Foto: Kay Herschelmann

# Wir sagen nein!

Bildung, öffentlicher Dienst, sichere Arbeitsplätze – das schien bis vor gut 20 Jahren ein Synonym. Inzwischen gilt das nicht mehr. Mit dem öffentlichen Dienst werden längst andere Schlagworte verbunden: geringer Verdienst, Nullrunden, Stellenabbau, Schuldenbremse, prekäre Beschäftigung.

Mit dieser Ausgabe startet eine E&W-Reihe über prekäre Beschäftigung und die politischen Gegenstrategien der GEW. Außer in der Weiterbildung, den Hochschulen sowie dem Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) nehmen jetzt auch im Schulbereich befristete Beschäftigung und Zwangsteilzeit zu. Klar ist: Mit prekären, atypischen Arbeitsverhältnissen – Zwangsteilzeit, Befristungen, Honorar- und Werkverträgen oder Leiharbeit – können wir die Bildungsziele in unserem Land nicht erreichen.

Die autonome Steuerung der Hochschulen sowie die zunehmende Bedeutung der Drittmittelinwerbung haben dazu geführt, befristete Arbeitsverträge und weitere Formen atypischer und prekärer Beschäftigung massiv auszuweiten (s. S. 32 ff.). Die GEW-Kampagne vom „Templiner Manifest“ bis zur Vorlage eines Entwurfs für ein reformiertes Wissenschaftszeitvertragsgesetz hat Bewegung in die Sache gebracht: Sie ist Top-Thema in den Medien und selbst Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) verspricht Besserung.

Die Situation Lehrbeauftragter mit Honorarverträgen, deren Zahl sich seit 2000 auf 94 000 verdoppelt (s. S. 36/37) hat, ist, wie auch die der 410 000 Honorarkräfte in der Weiterbildung – fast 80 Prozent sind Frauen! –, dramatisch: ohne Tarifvertrag, Lohnfortzahlung, Renten-, Arbeitslosen- Kranken- und Pflegeversicherung. Die skandalösen Arbeitsbedingungen in der öffentlich finanzierten Weiterbildung kritisieren wir in den „Weimarer Thesen“ und engagieren uns für ein besseres Vergaberecht. Mit dem Mindestlohn in der Branche nach dem Entsendegesetz ist der Einstieg in eine gerechtere Bezahlung gelungen.

Im SuE-Bereich bieten die Arbeitgeber oft nur Arbeitsplätze in Zwangsteilzeit an. Hinzu kommt, dass ein „Frauen“-Beruf wie der der Erzieherin erkennbar schlechter bezahlt wird als

vergleichbare „Männer“-Berufe. Deshalb streiken wir für eine bessere Eingruppierung der SuE-Berufe und eine deutliche Aufwertung ihrer Arbeit.

„Außen hui, innen pfui!“, so sehen wir die Lage in den Goethe-Instituten. Die GEW sorgt auch hier dafür, dass die oft miserablen Vertragsverhältnisse ans Licht kommen. Im Auslandsschuldendienst sind vor allem die sogenannten Ortslehrkräfte von zunehmender Prekarisierung betroffen.

Auch in den Schulen nimmt atypische Beschäftigung zu (s. S. 24) – eine Folge der Schuldenbremse. Ein Beispiel: Deutschland rühmt sich, das Ganztagsangebot an Schulen ausgebaut zu haben, aber gerade im offenen Ganztage häufen sich Dumpinglohnverträge. Private Bildungsträger heuern pädagogische Fachkräfte an, ohne dass Fragen der Bezahlung, der Mitbestimmung oder der Vertretung in den Lehrkräftekonferenzen geregelt sind. Fest steht: Schulen brauchen multiprofessionelle Teams, ohne diese ist Inklusion kaum umzusetzen. Ihre Mitglieder haben aber meist verschiedene Arbeitgeber und deshalb höchst unterschiedliche Arbeits- und Einkommensbedingungen. Insgesamt führt die Schuldenbremse dazu, dass Länder und Kommunen weniger eigene Fachkräfte einstellen und auf freie Träger mit befristet vergebenen Aufträgen ausweichen.

Die Bildungsgewerkschaft tritt für gute Arbeit im Bildungsbereich ein. Ein erster Schritt: Missstände offenzulegen und anzuprangern. Der nächste: Die Rahmenbedingungen Betroffener tarifvertraglich oder gesetzlich konkret zu verbessern. Diesen Weg setzt die GEW fort. Kontinuität und Verlässlichkeit sind in der Pädagogik ein wertvolles Gut, denn Lernen findet in Beziehungen statt. Wer sich am Arbeitsplatz sicher fühlt, strahlt mehr Ruhe aus und kann sich dauerhaft und intensiver auf die Bildung unterschiedlicher Menschen einlassen. In prekärer Beschäftigung ist das nicht möglich.

Marlis Tepe,  
GEW-Vorsitzende



# Unattraktiv!

**// Landauf, landab fehlen in Deutschland Schulleiterinnen und Schulleiter, besonders an Grundschulen. Kein Wunder: Der Job ist stressig, lohnt sich finanziell so gut wie nie und wird mit immer mehr Aufgaben überfrachtet. //**

Dorothee Menges-Wilms in Kalkar-Rheinberg, Nordrhein-Westfalen (NRW),

hat es getan. Undine Mecklenburg in Aukrug, Schleswig-Holstein, ebenfalls: Beide sind im vergangenen Jahr Schulleiterinnen geworden – freiwillig, wenn auch nach einiger Überlegung. Sie sind damit fast schon Exoten: An Hunderten, wenn nicht sogar Tausenden deutscher Schulen sind die Leitungsposten verwaist. Genaue Zahlen kennt niemand, doch klar ist: Trotz wiederholter Ausschreibungsrunden finden sich einfach

nicht genügend Bewerberinnen und Bewerber, flächendeckend bleiben zahlreiche Leitungsposten vor allem an Grundschulen unbesetzt.

Fast wäre es auch in Aukrug so gewesen. Ein kleiner Ort im nördlichsten Bundesland, entsprechend übersichtlich die Grundschule: Knapp 140 Schülerinnen und Schüler, das Kollegium besteht aus einem Dutzend Lehrerinnen. Als der bisherige Rektor im Sommer 2013 in

den Ruhestand ging, übernahmen drei Kolleginnen – unter ihnen auch Mecklenburg – kommissarisch die Schulleitung. Das ist bundesweit so üblich, um Vakanzen zu überbrücken. Üblich ist allerdings auch, dass diese Vertretungen trotz erheblicher zusätzlicher Arbeit zumeist keine besondere Vergütung erhalten.

Als der Direktorenposten dann bundesweit ausgeschrieben wurde, meldete sich – niemand. Auch ein zweiter Versuch blieb ergebnislos. Erst beim dritten Anlauf gab sich die Aukruger Lehrerin für Mathe, Deutsch, Sozialkunde und Biologie einen Ruck, reichte ihre Bewerbung ein – und bekam den Zuschlag. Stolz ist die neue Rektorin auf ihr Kollegium, auf „gut ausgestattete Fachräume“ und vor allem darauf, „dass wir den Schülern vielfältige, attraktive Lernmöglichkeiten eröffnen“. Den Blick auf die Kinder hat sie nicht verloren, trotzdem kommt sie wegen der neuen Aufgaben viel weniger zum Unterrichten als früher.

Menges-Wilms kannte das bereits, als sie sich um den Direktorenposten an der Gemeinschaftsgrundschule Rheinberg bewarb. Die 51-Jährige war vorher schon elf Jahre lang Leiterin einer anderen Grundschule in Kalkar gewesen, hatte dann eine neue Herausforderung gesucht. „Das macht ja alles Spaß“, sagt sie über ihre Aufgaben – eine Aussage, die immer wieder fällt, wenn man sich

mit Schulleiterinnen und -leitern über ihren Alltag unterhält. Ideen zu entwickeln und umzusetzen, Entscheidungen zu treffen, Kontakte zu knüpfen und das Schulleben zu prägen: Das sind die Pluspunkte der Rolle als Rektorin oder Rektor.

**„Finanzieller Anreiz gleich null“**

Doch es gibt auch die andere, weniger attraktive Seite. Die kommt immer dann zur Sprache, wenn Schulleitungen Bilanz ziehen – so wie im Landkreis Schwäbisch Hall, hier gingen im vergangenen Herbst gleich mehrere Direktoren in den Ruhestand. Sie sparten zum Ende ihrer Amtszeit nicht mit kritischen Anmerkungen: „Der finanzielle Anreiz für den Posten ist gleich null“, schimpfte ein scheidender Grundschulchef und verwies unter anderem auf einen „enorm gestiegenen Verwaltungsaufwand, ständige ‚Runde Tische‘ und dauernde Umfragen unter Eltern, Schülern und Lehrkräften zur vermeintlichen Qualitätsverbesserung des Unterrichts“. Außerdem sei er noch für Sponsorengewinnung, regionale Kontaktpflege, die Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern etwa im Ganztagsbereich und die Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich – viel zu viel für jemanden, der laut Schulgesetz auch noch regulär unterrichten soll, mit nur leicht verringerter Stundenzahl (s. Kasten S. 28). Ein ebenfalls in Pen-

sion gehender Kollege pflichtete ihm bei: „Verwaltungsaufwand und Verantwortung passen mit der Bezahlung nicht zusammen.“

Dabei sind diese Erkenntnisse keineswegs neu. In einer Denkschrift beschrieb der Landesrechnungshof Baden-Württemberg bereits 2003 die miserable Lage vieler Schulleitungen. Und schon damals zeigte sich die fehlende Attraktivität vor allem im Grundschulbereich: So unterrichteten Grundschuldirektoren im Schnitt immer noch mit fast zwei Dritteln ihres ursprünglichen Deputats, während die Leiter von Gymnasien gerade einmal ein Viertel ihres Deputats zu erfüllen hatten. Stellvertreter an Grundschulen kamen sogar auf knapp 85 Prozent Unterricht (Gymnasien: 50,3 Prozent). Als weitere Missstände wurden die fehlende Versorgung mit Sekretariatskräften (nur 0,2 Stellen pro Grundschule) und die mangelnde Vorbereitung auf den administrativen Job genannt. Einen Punkt hoben die Rechnungsprüfer besonders hervor: Die Verwaltungsabläufe wurden von fast allen Schulleitungen kritisiert. „Sie werden gleichermaßen als belastend und ineffizient angesehen, nicht zuletzt wegen redundanter Datenerhebungen“, heißt es in dem Bericht. Befunde, die immer noch gültig sind. Tatsächlich trifft der Schulleitermangel alle Bundesländer, vor allem auf dem Land und bei den Primarschulen.

**Beamtenkredite 10.000 € - 120.000 €**

- Extra günstige Kredite für Sparfüchse
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Baufinanzierungen gigantisch günstig

**0800 - 1000 500** Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns.  
**Seit über 35 Jahren.**

Deutschlands günstiger Autokredit

**3,47%** effektiver Jahreszins  
5.000 € bis 50.000 €  
Laufzeit 48 bis 120 Monate

Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 3,47% eff. Jahreszins, fester Sollzins 3,42% p.a., Rate 447,- €, Gesamtkosten 21.425,62 €

[www.Autokredit.center](http://www.Autokredit.center)

**AK FINANZ**

Kapitalvermittlungs-GmbH

E3, 11 Planken  
68159 Mannheim  
Fax: (0621) 178180-25  
Info@AK-Finanz.de

[www.AK-Finanz.de](http://www.AK-Finanz.de)

**Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker**

Äußerst günstige Darlehen z.B. 40.000 €, Sollzins (fest gebunden) 3,89%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 544,73 €, effektiver Jahreszins 3,96%, Bruttobetrag 45.757,09 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung, Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldversicherung.

120 JAHRE  
**NÜRNBERGER**

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!

[www.1a-Beamtenkredite.de](http://www.1a-Beamtenkredite.de)

Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

**0800-0404041**

Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

**NÜRNBERGER**

Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung  
Andreas Wendholt  
Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken-Weseke

Beamtenkredite für Beamte auf Lebenszeit, Beamte auf Probe und Tarifbeschäftigte im Öffentlichen Dienst

**[www.kredite-fuer-beamte.de](http://www.kredite-fuer-beamte.de)**

oder fordern Sie Ihr persönliches Angebot telefonisch an unter 0800-500 9880

So waren etwa in Thüringen zu Beginn des laufenden Schuljahres rund 60 Leitungsstellen nicht besetzt, die Hälfte davon an Grundschulen. Einzelne Posten mussten wegen fehlender Bewerbungen bis zu sieben Mal ausgeschrieben werden, bevor sich ein Interessent fand. „Es klemmt vor allem in Grundschulen auf dem Land“, so der stellvertretende thüringische GEW-Vorsitzende Rüdiger Schütz. Anders sei die Situation in den Städten: Dort gebe es mitunter regelrechte juristische Gefechte um die Stellen, sodass die Posten dann aufgrund der Konkurrentenklagen nicht besetzt werden können.

Niedersachsen meldete im vergangenen Frühjahr mehr als 200 unbesetzte Rektorenposten – bei 3 000 Schulen landesweit. Dafür verantwortlich ist auch die Tatsache, dass es gerade an kleinen Grundschulen oft nicht einmal eine Stellvertretung oder ständig anwesende Sekretärinnen gibt. Ein Großteil der Verwaltungsarbeit bleibt am Rektor oder der Rektorin hängen. GEW-Landeschef Eberhardt Brandt: „Wir müssen die Schulleiter gerade der kleinen Schulen besser bezahlen und sie weniger zum Unterricht verpflichten.“

### Schonungslose Analyse

In Nordrhein-Westfalen fehlt an mindestens jeder zehnten Grundschule der Chef oder die Chefin, bei den Stellvertretungen ist die Zahl noch höher. Der GEW-Landesverband hat deshalb im vergangenen Sommer eine umfangreiche Stellungnahme für den Schulausschuss des Düsseldorfer Landtags verfasst: eine schonungslose Analyse der aktuellen Missstände – und gleichzeitig eine Art Blaupause, wie es besser laufen könnte\*. Die nordrhein-westfälischen GEW-Experten beschreiben die „fatale Lage“ anschaulich und kontrastieren sie mit den Bekenntnissen der grünen Schulministerin Sylvia Löhrmann: Die betone ja schließlich immer wieder die große Bedeutung der Schulleiterinnen und -leiter für die Unterrichtsqualität. „Ihr Einsatz und ihre Innovationsbereitschaft verdienen es, stärker ins öffentliche Bewusstsein gerückt zu werden“, hatte Löhrmann die Rektorinnen und Rektoren öffentlich gelobt. Aber auch ins Bewusstsein der Landespolitiker, er-

### Was Schulleitungen (nicht) verdienen

Schulen sind Landessache – die Bezahlung der Schulleitungen unterscheidet sich deshalb von Bundesland zu Bundesland. Bei der Besoldung spielen zahlreiche Faktoren eine Rolle: Handelt es sich um einen kommissarischen oder einen Dauerposten? Um welche Schulart geht es? Wie viele Kinder hat die Schule? Einige Beispiele:

- In Baden-Württemberg erhält eine Grund- oder Hauptschul-Rektorin an einer Schule mit weniger als 80 Schülerinnen und Schülern nur rund 160 Euro brutto mehr als ihre lehrenden Kolleginnen und Kollegen. Das Lehrdeputat wird leicht gekürzt, liegt aber immer noch bei vier bis fünf Unterrichtsstunden pro Tag.
- In Hessen beträgt das normale Unterrichtsdeputat an Grundschulen 29 Wochenstunden; Schulleitungen bekommen sechs Stunden Ermäßigung als Sockelentlastung.
- In Mecklenburg-Vorpommern erhalten kommissarische stellvertretende Schulleitungen im Angestelltenverhältnis eine monatliche Zulage von 80 bis 200 Euro, abhängig von der Schulform. Kommissarische Leiter bekommen zwischen 130 und 400 Euro mehr (alle Werte brutto). Eine vergleichsweise gute Regelung – wer in anderen Bundesländern als Beamter vertretungsweise eine Leitungsstelle wahrnimmt, bekommt oft jahrelang gar nichts.
- Die Sockelentlastung für Grundschulrektoren in NRW liegt bei elf Stunden pro Woche; weitere Deputatsermäßigungen gibt es je nach Schulgröße. Hinzu kommt eine Amtszulage von gut 150 Euro brutto.
- In Rheinland-Pfalz hängt die Zahl der Anrechnungsstunden für Schulleitungsaufgaben von der Zahl der Klassen an der Schule ab. An kleinen Grundschulen bis sechs Klassen gibt es acht Stunden, bei zehn Klassen 13 Stunden, ab 21 Klassen 26 Stunden Deputatsermäßigung.
- Grund- und Hauptschullehrer werden in aller Regel nach A12 bezahlt, Schulleitungen erhalten in den meisten Bundesländern A13 – ein Unterschied von rund 450 Euro plus eventueller Zulage. In mehreren Bundesländern (u. a. Berlin, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein) erhalten Schulleitungen sehr kleiner Schulen (weniger als 80 Schüler) aber lediglich die Amtszulage. Da A12 brutto zwischen gut 3 200 und 4 200 Euro liegt, bringt eine Brutto-Zulage in Höhe von 154 Euro (Schleswig-Holstein) nicht viel – zumal das Lehrdeputat kaum oder gar nicht reduziert wird.

A.H.

gänzt die GEW NRW – und fordert deshalb neben einer angemessenen Vergütung unter anderem:

- Konrektorstellen an allen Schulen: Die Frage, ob es einen Stellvertreter oder eine Stellvertreterin in der Schulleitung gibt, dürfe nicht an die Schülerzahl gekoppelt sein;
- tägliche Anwesenheit der Schulsekretärinnen, damit der Leiter oder die Leiterin permanente Unterstützung bei der Arbeit erfährt;
- mehr Verwaltungsstunden, um die anfallenden Aufgaben angemessen erledigen zu können;
- keine Wartezeiten zwischen der Übernahme einer Schulleitungstätigkeit und der Bezahlung bei kommissarischer Leitungstätigkeit.

Ein Forderungskatalog, der nicht nur für Schulpolitiker an Rhein und Ruhr Gültigkeit habe, erklärt Ilka Hoffmann, im GEW-Vorstand für den Schulbereich verantwortlich: „Es muss mehr politische Unterstützung für Schulleiterinnen und -leiter geben, eine Anerkennung in Form von Zeit und Geld.“

Armin Himmelrath,  
freier Journalist

**\*Analyse und Stellungnahme der GEW zur NRW-Landtagsanhörung im Juni 2014:**

[www.gew-nrw.de/uploads/tx\\_files/SP\\_GS\\_Schulleitung\\_2014-06-17.pdf](http://www.gew-nrw.de/uploads/tx_files/SP_GS_Schulleitung_2014-06-17.pdf)

# „Kultur des Hinschauens“

**// Seit 20 Jahren gibt es „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“\* (SOR-SMC): Das größte Schülernetzwerk in Deutschland ist gefragt wie nie zuvor. //**

So sollten die Flüchtlinge in ihrem Ort nicht empfangen werden: Als Nachbarn gegen ein neues Asylbewerberheim in Filderstadt (Baden-Württemberg) wetterten, wurden viele Schülerinnen und Schüler des Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasiums aktiv. „Wir wollten eine Aktion gegen diese Feindseligkeit starten“, berichtet Felicitas Doll. Kurz vorher war ihr Gymnasium offiziell zur „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ ernannt worden. „Das hat gut dazu gepasst“, sagt die Zwölftklässlerin. Seit 20 Jahren unterstützt SOR-SMC Kinder und Jugendliche dabei, das Klima an ihrer Schule mitzugestalten. Mit großem Erfolg: Inzwischen gehören dem Netzwerk über 1 700 Schulen an, die von mehr als einer Million Schülerinnen und Schülern besucht werden.

Die Aktivitäten sehen ganz unterschiedlich aus: So begrüßen die Jungen und Mädchen des Gymnasiums in Filderstadt alle neuen Flüchtlinge persönlich, überreichen ihnen einen Korb mit Obst und Schokolade. Sie sammeln Kleidung, vermitteln Deutschkurse und veranstalten einmal im Monat ein Asyl-Café, damit man sich bei Kaffee und Kuchen gegenseitig kennenlernt. „Das findet großen Anklang“, sagt Doll. Mitunter werden Flüchtlinge auch in den Unterricht eingeladen, damit sie von ihren Erlebnissen berichten. „Davon haben alle etwas.“ Viele Schülerinnen und Schüler hätten jetzt einen genaueren Blick dafür, was Rassismus ist, seien besser über die Lage der Flüchtlinge informiert.

Der Verein Aktion Courage hat im Juni 1995 das Netzwerk gegründet – als Reaktion auf die rechtsextremen Anschläge auf Asylbewerberunterkünfte. Jetzt – 20 Jahre später – werden in Deutschland wieder verstärkt Flüchtlinge angegriffen. „Die Situation spitzt sich sehr zu“, so der Geschäftsführer von „Schule ohne

Rassismus – Schule mit Courage“, Eberhard Seidel. Trotzdem ist er überzeugt: Seit den 1990er-Jahren sei eine Menge passiert. Breite Kreise der Gesellschaft hätten ihre Lektion gelernt, reagierten wachsender auf Rassismus. Dazu trägt das Netzwerk bei: Es bietet einen Rahmen, in dem Jungen und Mädchen sich engagieren können – „und zwar dort, wo sie sind: in der Schule“. Bedingung ist, dass sich 70 Prozent aller Schüler, Lehrkräfte und Mitarbeiter einer Einrichtung mit ihrer Unterschrift verpflichten, sich gegen jede Diskriminierung stark zu machen. Dabei geht es nicht allein um Rassismus, sondern um „alle Ideologien der Ungleichheit“.

## Beratung vor Ort

Die Projekte sollen Ideen entwickeln, um Vorurteile und Diskriminierungen zu bekämpfen, dabei unterstützt sie das Netzwerk: In fast allen Bundesländern gibt es Landeskoordinatoren, die Schulen vor Ort beraten. Die können

auf ein Netz aus bundesweit rund 300 Kooperationspartnern zurückgreifen. Ob Antirassismus-Trainings für Klassen, Workshops über rechte Jugendkultur, Fortbildungen zu sexueller Orientierung oder Infomaterial über Antisemitismus: Zu jedem Thema stehen Expertinnen und Experten bereit. „Das Interesse nimmt kontinuierlich zu“, berichtet Seidel. Vor allem jetzt: Noch nie seien so viele Schulen beigetreten wie in den vergangenen zwölf Monaten. Seinen Angaben zufolge gibt es keinen Unterschied zwischen Ost und West, auch alle Schultypen sind vertreten. Neu ist, dass immer mehr Grundschulen mitmachen.

Und: Wo das Schild „Schule ohne Rassismus“ am Gebäude hängt, verändert sich das Schulklima: Auch wenn nicht alle Schulen zu jeder Zeit intensiv an dem Projekt mitarbeiteten, würden die Schülerinnen und Schüler doch sensibler im Umgang untereinander, so Seidel. Die Selbstverpflichtung bedeute



**Der Brandenburger Bildungsminister Günter Baaske (SPD) hat die Schülerinnen und Schüler der Spree-Oberschule in Fürstenwalde als „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ (SOR-SMC) ausgezeichnet. Damit gehört die Einrichtung zusammen mit 1 700 anderen Schulen dem bundesweit größten Schülernetzwerk an. SOR-SMC engagiert sich seit 20 Jahren mit Erfolg gegen Rassismus und Rechtsextremismus.**

Foto: dpa

aber nicht, dass es an den Schulen keinen Rassismus gibt, „sondern nur, dass nicht weggeschaut wird, wenn etwas passiert“. Der Geschäftsführer ist überzeugt, dass sich an den SOR-SMC-Schulen langsam eine „Kultur des Hinschauens“ etabliert.

Die GEW hat das Projekt von Beginn an unterstützt, nicht nur finanziell. Die Leiterin von „Schule ohne Rassismus“, Sanem Kleff, wird gerne als „GEW-

Urgestein“ bezeichnet (s. Interview unten). Sie war lange Vorsitzende des GEW-Bundesausschusses für Multikulturelle Angelegenheiten (BAMA) – und hat das Netzwerk zu dem gemacht, was es heute ist. „Das Projekt ist wichtiger denn je“, so GEW-Vorstandsmitglied Ilka Hoffmann. Das zeigten Pegida-Demonstrationen und Angriffe auf Flüchtlinge. Die Schulen müssten sich mit den Ursachen von Flucht und Vertreibung

auseinandersetzen, sich den Problemen der Migration öffnen. Das stärke Toleranz und Respekt. „Das bleibt“, fügt Hoffmann hinzu, „über die Schulzeit hinaus.“

Kathrin Hedtke,  
freie Journalistin

[\\*www.schule-ohne-rassismus.org](http://www.schule-ohne-rassismus.org)

## „Tausende positive Aktivitäten“

**// Am 21. Juni 1995 wurde in Deutschland die erste „Schule ohne Rassismus“ ausgezeichnet. Seitdem hat sich viel getan. Die Leiterin des Netzwerks, Sanem Kleff, über großes Engagement an Schulen – und neue Feindbilder. //**

**E&W:** Hoyerswerda, Solingen, Mölln, Rostock: Lange her, dachten viele. Doch jetzt häufen sich wieder Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte.

**Sanem Kleff:** Ich würde die gesellschaftliche Stimmung damals und heute nicht gleichsetzen. Anfang der 1990er war die Situation in Deutschland kurz nach der Wiedervereinigung nicht einfach – sowohl im Osten als auch im Westen. Wenn sich Angst, Wut, Vorurteile und Aggressionen mit menschenverachtenden Ideologien verbinden, ist das immer gefährlich. Das Fatale war, dass sich die Politik der zunehmenden Menschenfeindlichkeit zunächst nicht aktiv entgegenstellte, und es dann zu diesen schlimmen Vorfällen kam.

**E&W:** Ist das heute anders?

**Kleff:** Es gab in den vergangenen 20 Jahren keinen Stillstand. Zum Glück kam es 2000 zum „Aufstand der Anständigen“. Das war das lange vermisste Signal der Politik, dass wir so etwas in Deutschland nicht haben wollen – und sie hat den Erklärungen einige Taten folgen lassen. So wurden erstmals bundesweite Förderprogramme gegen Rechtsextremismus und für demokratische Erziehung aufgelegt. Klar – viel zu spät. Aber immerhin ein Schritt nach vorne.

**E&W:** Was hat sich speziell an Schulen getan?

**Kleff:** Im Umgang mit Rechtsextremismus können Lehrkräfte heute auf eine Vielzahl von Publikationen, Methoden, Trainings und Organisationen zurückgreifen, die ihnen dabei helfen, diese Themen zu bearbeiten. Das ist ein riesiger Fortschritt. Auch im Bereich sexueller Vielfalt stehen uns heute geeignete Konzepte und Materialien zur Verfügung. Ist damit alles erledigt? Nein. Wir haben immer noch Lücken. Aber wir stehen an einem anderen Punkt als vor 20 Jahren.

**E&W:** Wo sehen Sie die größten Defizite?

**Kleff:** Nach dem 11. September 2001 – nicht unmittelbar danach, aber in der Folge – wurden in ganz Europa Ressentiments gegenüber muslimischen Menschen geschürt. Das führte dazu, dass heute auf den „Pegida“-Demonstrationen vor einer angeblichen „Islamisierung des Abendlandes“ gewarnt wird. Da werden fiktive Gefahren und Feindbilder geschaffen – eine irrationale negative Entwicklung.



Sanem Kleff

Foto: dpa

**E&W:** Wie wirkt sich diese Entwicklung auf die Arbeit von „Schule ohne Rassismus“ aus?

**Kleff:** Wir setzen einen inhaltlichen Schwerpunkt auf die Prävention gegen Islamismus – und den Respekt gegenüber Muslimen. Wir haben dazu kürzlich das Handbuch „Islam und Schule“ veröffentlicht. Die Reaktionen der Kolleginnen und Kollegen sind überwältigend positiv. Das zeigt: Es gibt einen deutlichen Bedarf an Schulen, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen.

**E&W:** Inwiefern trägt das Netzwerk dazu bei, dass sich das Klima verändert?

**Kleff:** Jetzt sprechen wir – zu Recht – über die Angriffe auf Flüchtlinge und Wohnheime. Aber ich möchte unseren Blick auch auf all die Schulen richten, in deren Umgebung vielleicht ebenfalls ein Wohnheim eingerichtet wird. Sie bereiten sich monatelang auf die Begegnung mit ihren neuen Mitschülern vor, gestalten Freizeitaktivitäten für junge Flüchtlinge oder vermitteln Sprachkurse. Es gibt tausende solcher positiven Aktivitäten. Ich bin überzeugt, dass die Schüler und Kollegen im Courage-Netzwerk erheblich dazu beitragen, dass Deutschland mehr zu der Gesellschaft wird, wie wir sie uns wünschen.

Interview: Kathrin Hedtke,  
freie Journalistin

[\\*www.schule-ohne-rassismus.org](http://www.schule-ohne-rassismus.org)

# Politisches Alarmsignal

**// Alle Berliner Grundschulen sind 2005 auf Ganztagsbetrieb umgestellt, die Schulhorte in die Schulen eingegliedert worden. Seitdem arbeiten Erzieherinnen und Lehrkräfte in einem Team. Was sich in der Theorie gut anhört, funktioniert in der Praxis nur bedingt. Mit ein Grund offensichtlich, warum die Arbeitszufriedenheit der Horterzieherinnen geringer ist als die anderer pädagogischer Professionen. Zu dem Ergebnis kommt eine von der GEW und der Max-Traeger-Stiftung in Auftrag gegebene Studie des Arbeitswissenschaftlers Bernd Rudow, die jetzt in Berlin veröffentlicht worden ist.\*//**

Annette Stark arbeitet seit 25 Jahren als Horterzieherin an einer Berliner Grundschule. Sie mache ihren Job gerne, sagt sie, obwohl die Belastungen von Jahr zu Jahr zunehmen. So müsse sie immer häufiger für eine erkrankte Lehrkraft als Aufsicht in den Klassen einspringen (s. Interview „Zwischen allen Stühlen“, Schwerpunkt „Belastung und Druck“, E&W 4/2015). Gleichzeitig sei der Krankenstand im Hort ebenfalls hoch. Viele von Starks Kolleginnen sind bereits 50 Jahre oder älter. „In diesem Alter steckt man die körperlichen Belastungen, den Lärm und den Stress nicht mehr so leicht weg wie mit 30“, so Stark. „Mein Schulleiter hat zwar viel Verständnis für uns Erzieherinnen“, die Ursache der Misere – die schlechte Personalausstattung sowohl an den Horten wie in den Lehrerkollegien – könne jedoch auch er nicht lösen. Von ihrem Arbeitgeber, dem Berliner Senat, fühlt sie sich im Stich gelassen.

Die 55-Jährige steht mit ihrer Kritik repräsentativ für die knapp 5 000 Erzieherinnen und Erzieher an den Berliner Ganztagsgrundschulen. Das geht aus der Studie von Prof. Bernd Rudow hervor, in der er 1 435 Erzieherinnen und Erzieher der Berliner Ganztagsgrundschulen nach ihrer Arbeitszufriedenheit und -belastung befragt hat. Neben Lärm, kleinen Räumen und der schlechten Bezahlung kritisierten die meisten Befragten fehlende verbindliche Regelungen für den Personaleinsatz. Mehr als zwei Drittel (69 Prozent) fühlten sich täglich überfordert, 13 Prozent emotional ausgelaugt, 16 Prozent an der Schwelle zum sogenannten Burnout. Als problematisch bezeichnet der Arbeitswissenschaftler den hohen Altersdurchschnitt in den Schulhorten: Im Schnitt sind die Berliner Horterzieherinnen 47, ein Viertel ist über 55 Jahre alt.

## Kritik an Schulleitungen

Im Vergleich mit anderen pädagogischen Fachkräften sei die Arbeitszufriedenheit der Horterzieherinnen an den 374 Grundschulen des Landes Berlin gering, stellt der Arbeitswissenschaftler in seiner Untersuchung fest. Die meisten Befragten bemängelten insbesondere Schulleitungen, die der Unterrichtsversorgung Priorität einräumten, aber wenig Interesse an der professionellen Tätigkeit der Erzieherinnen zeigten. 83 Prozent gaben an, dass sie in der Regel mehr als



Prof. Bernd Rudow

vier Stunden in der Woche unterrichtsbegleitend tätig sind, ein Großteil geht dieser Tätigkeit bis zu zehn Stunden wöchentlich nach.

## Ressourcen verbessern

Die Berliner GEW bezeichnet die Umfrage-Ergebnisse als politisches Alarmsignal. Die Vorsitzende der GEW Berlin, Doreen Siebernik, forderte den Senat auf, die personellen Ressourcen an den Schulen in allen Bereichen – bei den Lehrkräften wie bei den Erzieherinnen – zu verbessern. Notwendig sei eine Stellenausstattung von mindestens 110 Prozent, damit der krankheitsbedingte Ausfall von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern kompensiert werden könne. GEW-Vorstandsmitglied Norbert Hocke mahnt zudem an, Hort und Schule besser zu verknüpfen. „Erzieherinnen sind keine Feuerwehrtruppe, sondern gleichberechtigte Partner der Lehrerinnen und Lehrer“, betont der Leiter des Organisationsbereichs Jugendhilfe und Sozialarbeit. Notwendig seien daher gemeinsame Fort- und Weiterbildungen beider Berufsgruppen. Berlin habe mit den Ganztagsgrundschulen, an denen der Schulalltag „konsequent von Pädagogen gestaltet wird“, einen Weg eingeschlagen, der zum Vorbild für andere Bundesländer werden könne. Allerdings zeige die Rudow-Studie, dass die strukturellen Arbeitsbedingungen für Erzieherinnen wie für Lehrkräfte verbessert werden müssen.

Jürgen Amendt,  
Redakteur „Neues Deutschland“

**\* „Belastung von Erzieherinnen in der Arbeit an der Schule (Berliner Modellprojekt)“, April 2014**



# Überlastet durch Bologna

**// Eines der Themen des Bologna-Gipfels der Bildungsminister in Jerewan waren die schlechten Arbeitsbedingungen der Hochschulbeschäftigten. Eine von der Max-Traeger-Stiftung geförderte GEW-Studie\*, die die europäischen Bildungsgewerkschaften Mitte Mai in der armenischen Hauptstadt vorgelegt haben, zeigt: Die 2010 in Wien und Budapest beschlossene „Schaffung eines förderlichen Arbeitsumfeldes an Hochschulen“ ist bis heute nicht gelungen. //**

„Selbst wenn ich jetzt ins Ausland gehe und dort zwei bis drei Jahre bleibe, was mache ich dann hinterher? Dann bewerbe ich mich wieder auf irgendein Stipendium oder eine Drittmittelstelle und habe dann wieder einen Zwei- bis Dreijahresvertrag.“ – „Ja, die Zeit für die Verwaltung ist immer mehr angestiegen. Und zwar deutlich.“ Zwei Statements aus Hochschulen, die zeigen, dass es mit der Stimmung unter dem wissenschaftlichen Personal nicht zum Besten bestellt ist. Ursachen sind dramatisch viele befristete Arbeitsverträge mit häufig extrem kurzen Laufzeiten und der Zwang, zunehmend Forschungsgelder einzuwerben. Dazu kommt das Gefühl, bei der Umsetzung der Bologna-Reform – ebenso wie die Studierenden – alleingelassen zu werden. Diese lange vernachlässigten Missstände belegt jetzt die GEW-Umfrage unter rund 1 100 Hochschulbeschäftigten von Franziska Leischner (Humboldt-Universität Berlin) und Julia Rüthemann (Universität Mannheim). Sie ist Teil einer groß angelegten Untersuchung der europäischen Bildungsgewerkschaften zum Thema „förderliches Arbeitsumfeld“. In Jerewan sollte damit der Handlungsbedarf für bessere Arbeitsbedingungen an Hochschulen untermauert werden.

Tatsächlich sehen sich die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler durch die Einführung der gestuften Studiengänge bis heute stark belastet. So geben 53,7 Prozent der Befragten in Deutschland an, ihr Arbeitsaufwand habe sich durch



Kaskaden-Komplex im Stadtzentrum von Jerewan – Ort des jüngsten Treffens der Bildungsminister zum Stand der Bologna-Reform. Wie diese umgesetzt wird, hängt nicht zuletzt von besseren Arbeitsbedingungen der Hochschulbeschäftigten ab.

die Anforderungen des Bologna-Prozesses erhöht. Beklagt wird eine Zunahme der Verwaltungstätigkeit, etwa durch die höhere Zahl von Prüfungen und die Rückmeldungen an die Studierenden. Verändert hat sich das Arbeitsumfeld zudem durch finanzielle Zwänge und Vorgaben. 78 Prozent der Wissenschaftler berichten, der Druck, Drittmittel einzuwerben, habe seit ihrer ersten Einstellung zugenommen. Das gilt auch für Publikationen in international renommierten Zeitschriften, hier fühlen sich 74 Prozent zunehmend unter Druck. Dass sich ihre Arbeitsbedingungen verschlechtert haben, geben immerhin 58,6 Prozent der Professoren, 50 Prozent der Juniorprofessoren und 48 Prozent der wissenschaftlichen Mitarbeiter mit Promotion an. Die Zufriedenheitswerte steigen und fallen mit dem Status der Befragten: Wer unbefristet beschäftigt ist, erklärt sich in weit höherem Maße zufrieden mit seiner beruflichen Tätigkeit.

## „Mehr aktive Unterstützung“

Was muss geschehen, damit ein „förderliches Arbeitsumfeld“ an der Hochschule Realität wird? Unter den Zielen, die die Minister im Abschlusskommuniqué von Jerewan festgehalten haben, sind innovative Lehr- und Lernformen und eine entsprechende Weiterbildung für das wissenschaftliche Personal. „Sich für die Weiterentwicklung der Qualität der Lehre einzusetzen, gehört zum Selbstverständnis der Lehrenden“, kommentiert GEW-Vize Andreas Keller, der Mitglied der Gewerkschaftsdelegation war. Im Gegenzug aber müssten Bund, Länder und Hochschulen die Lehrenden bei ihrer Arbeit aktiv unterstützen und sie vom bürokratischen Mehraufwand entlasten. So sollten den Beschäftigten in Forschung und Lehre Wissenschaftsmanager zur Seite gestellt werden. Für eine bessere Betreuung der Studierenden würden zudem mehr Dauerstellen gebraucht.

Politik und Hochschulleitungen haben in Jerewan das Arbeitsumfeld immerhin – im Zusammenhang mit der internationalen Mobilität – thematisiert. In einer gemeinsamen Erklärung von Kultusministerkonferenz (KMK), Bundesbildungsministerium (BMBF) und Hochschulrektorenkonferenz (HRK) heißt es, die „Attraktivität der Arbeitsbedingungen für akademisches und nichtakademisches Personal“ sei der Schlüssel, um internationale Experten zu gewinnen. Und, möchte man hinzufügen, zweifellos der Schlüssel, um die vorhandenen Fachleute dafür zu gewinnen, die Bologna-Reform erfolgreich umzusetzen.

Amory Burchard,  
Redakteurin des Berliner „Tagesspiegel“

**Die vollständige Fassung des von Franziska Leischner, Humboldt-Universität Berlin, und Julia Rüthemann, Universität Mannheim, erstellten deutschen Beitrags kann online abgerufen werden unter: [www.gew.de/Bologna-Prozess\\_3.html](http://www.gew.de/Bologna-Prozess_3.html)**

# „Es gibt keinen Grund, länger zu warten“

**// Die baden-württembergische Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) will die Karrierebedingungen für Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler noch in diesem Jahr verbessern. Befristete Stellen für Doktoranden und Post-Docs werden jedoch weiter die Regel sein. //**

**E&W:** Frau Bauer, der Deutsche Hochschulverband hat Sie erneut zur Wissenschaftsministerin des Jahres gewählt. Was haben Sie getan, um sich bei den Hochschulen so beliebt zu machen?  
**Theresia Bauer:** Ich glaube, dass der Draht zwischen uns stimmt und die

Hochschulen erleben, dass ich Leidenschaft für die Sache und auch die nötige Kompetenz mitbringe. Ich suche den Kontakt zu den Hochschulbeschäftigten und höre zu. Wir haben nicht immer dieselbe Meinung, aber das Grundvertrauen ist da, dass ich zum Wohl der Universitäten und Fachhochschulen agiere.

**E&W:** Die Große Koalition will ab 2017 eine Milliarde Euro in einen Pakt für Nachwuchswissenschaftler investieren. Wie sinnvoll ist ein erneutes Bundesprogramm für einen begrenzten Zeitraum von zehn Jahren?

**Bauer:** Sehr sinnvoll. Diese Initiative ist dringend und bitter nötig. Meine einzi-



Foto: dpa

Die Grünen-Politikerin Theresia Bauer, 50, ist seit 2011 Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst in Baden-Württemberg.

STAMM Verlag  
**E&W**  
 Verlagsreisen

## 500 Jahre Cranach der Jüngere Wenn die Lutherstadt Wittenberg zur Cranach-Stadt wird 03.07. - 05.07.2015 – 3-tägige Kulturreise

ab € 358,-  
 p. P. im DZ  
 EZ-Zuschlag € 47,- p. P.



© Stadtverwaltung Dessau-Roßlau



© Stadtkirche St. Marien, Foto: M. Pietsch



© WittenbergKultur e.V.

Lucas Cranach d. Ä. (1472 - 1553) ist neben Albrecht Dürer der herausragende Maler der Renaissance. In Wittenberg lebte und wirkte Cranach seit 1505 als Hofmaler der sächsischen Kurfürsten und schuf jene Gemälde, die heute in den großen Museen der Welt zu finden sind. Ab 1550 führte sein Sohn Lucas Cranach d. J. (1515 - 1586) seine Werkstatt fort. Mit der Landesausstellung „Cranach der Jüngere 2015“ feiert das Ursprungsland der Reformation den 500. Geburtstag von Lucas Cranach dem Jüngeren. Es ist die weltweit erste Ausstellung, die sich dem Leben und Wirken des Meisters widmet. An originalen Schauplätzen präsentieren die Ausstellungsmacher die wichtigsten und wertvollsten Kunstwerke der deutschen Renaissance. Neben den wichtigsten Ausstellungen in Cranachs Geburtsstadt Wittenberg führt Sie unsere Reise auch zu bedeutenden Cranach-Stätten in Dessau und Wörlitz.

### Das beinhaltet unsere Reise

- ✓ Bahnreise (2. Klasse) ab gewünschtem Abfahrtsort nach Wittenberg und zurück (bis 400 km, darüber hinaus zzgl. € 50,- p. P.)
- ✓ 2 Übernachtungen inklusive Frühstück im Hotel Best Western Stadtpalais Wittenberg (\*\*\*\*), oder gleichwertig
- ✓ 1-std. kulturhistorische Führung durch die Cranach-Höfe und durch das Geburtshaus Lucas Cranachs des Jüngeren mit der Ausstellung „Cranachs Welt“
- ✓ Besuch der Ausstellung „Cranach im Gotischen Haus“ in Wörlitz
- ✓ Besuch der Ausstellung „Cranach in Anhalt“ in Dessau

- ✓ 1-std. Führung durch die Ausstellung „Lucas Cranach der Jüngere - Entdeckung eines Meisters“
- ✓ 1-std. Führung „Cranachs Kirche“
- ✓ alle Transfers und Eintritte lt. Programm
- ✓ ts | medialog-Reisebegleitung

### Zusätzlich buchbar

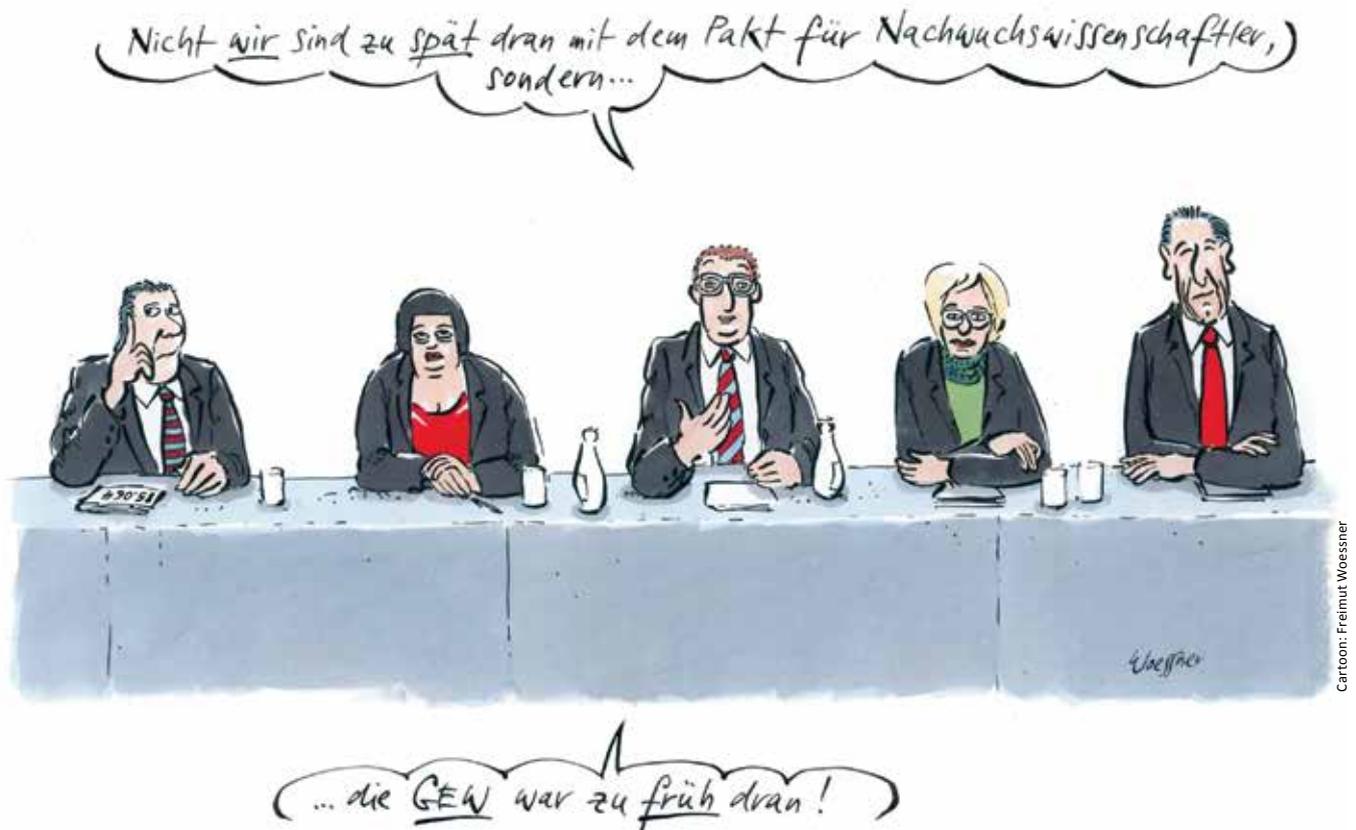
- Sitzplatzreservierung (Bahn Hin- und Rückfahrt) € 10,- p. P.
- 2 x Abendessen im Hotel:
  - 1 x 3-Gang-Menü oder Dinnerbüfett
  - 1 x Luthermal nach Art des 16. Jhd. (bei mind. 10 Personen) € 42,- p. P.

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter [www.gew.de/verlagsreisen](http://www.gew.de/verlagsreisen)

Informationen und Buchung ☎ 0180 / 577 27 28

(0,14 €/Min. aus dem Festnetz;  
 max. 0,42 €/Min. aus den Mobilfunknetzen)

Veranstalter: ts|medialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld



Cartoon: Freimut Woessner

ge Kritik daran: Sie startet zu spät. Bund und Länder sollten sofort anfangen, den Pakt umzusetzen und nicht erst 2017. Es gibt keinen Grund, länger zu warten. Die jungen Nachwuchswissenschaftler haben jetzt eine Chance verdient.

**E&W:** Soll man zusätzliche Stellen schaffen oder reicht es, befristete in Tenure-Track-Stellen\* umzuwandeln, bei denen eine Festanstellung winkt, wenn alle Leistungskriterien erfüllt sind?

**Bauer:** Diese Frage stellt sich in den Ländern unterschiedlich. Ich halte einen Aufwuchs für nötig, denn wir wollen jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ja zusätzliche Chancen geben. Das kann natürlich in Sachsen-Anhalt oder im Saarland, also in Ländern mit gewaltigen demografischen Problemen, anders sein. Aber in den vergangenen Jahren haben sich die Betreuungsrelationen an den Hochschulen so verschlechtert, dass wir die Pflicht haben, diese zu verbessern.

**E&W:** Wissen Sie schon, wie viele neue Stellen Sie in Baden-Württemberg schaffen wollen?

**Bauer:** Ich habe das noch nicht durchgerechnet, denn es gibt ja noch kein

Angebot des Bundes. Aber wir wollen in diesem und im nächsten Jahr in Baden-Württemberg 2 217 neue Stellen in der Grundfinanzierung einrichten. Wir fangen also schon mal an.

**E&W:** Was sind das für Stellen?

**Bauer:** Das sind nicht nur Stellen für den wissenschaftlichen Nachwuchs, sondern vor allem auch für den wissenschaftsunterstützenden Bereich. Sie stehen den Hochschulen dauerhaft zur Verfügung und können grundsätzlich unbefristet besetzt werden.

**E&W:** Welche neuen Arbeitsverhältnisse sollte es für Nachwuchswissenschaftler geben, die in Forschung und Lehre arbeiten wollen? Nur solche, die zur Professur führen oder auch andere?

**Bauer:** Für vordringlich und wichtig halte ich, Juniorprofessuren mit verlässlicher Perspektive zu bieten, um leistungsstarken jungen Menschen frühzeitig selbstständiges Forschen und Lehren zu ermöglichen. Ich bin aber auch offen für andere Arbeitsverhältnisse, sofern sie Hochschulen in die Lage versetzen, Personalentwicklung innovativ voranzubringen.

**E&W:** Woran denken Sie?

**Bauer:** An Stellen, die nicht an eine Professur gebunden sind, sondern die eine Fakultät oder ein Institut insgesamt benötigt.

**E&W:** Das heißt, Sie wollen das Lehrstuhlprinzip teilweise aufheben?

**Bauer:** Perspektivisch sollten wir weniger im Lehrstuhlprinzip denken, sondern eher auf Fakultäts- und Instituts-ebene.

**E&W:** Soll der Bund das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) ändern, oder müssen die Länder als Gesetzgeber mit Personalhoheit über die Hochschulen für gute Karrierebedingungen sorgen?

**Bauer:** Eine Änderung des WissZeitVG ist auf jeden Fall nötig. Der Rahmen für Befristungen und die Laufzeiten der Verträge müssen bundesgesetzlich geregelt werden. Aber ohne Dauerstellen und attraktive Karrierewege nützt auch ein solches Gesetz nichts. Beides muss kommen.

**E&W:** Aber den Pakt wird es nur geben, wenn die Länder bereit sind, einen substanziellen Beitrag zu leisten. Wie gewillt ist Baden-Württemberg, ein paar Millionen locker zu machen?

**Bauer:** Wenn wir junge Menschen früher in aussichtsreiche Positionen befördern wollen, bedeutet das, dass sie länger auf der Payroll der Länder sind. Man sollte sich darauf verständigen, dass sich die Länder verpflichten, Tenure-Track-Stellen dauerhaft zu finanzieren.

**E&W:** Das heißt: Der Bund finanziert 1 500 Juniorprofessuren, so der Vorschlag der SPD. Aber nur aus seiner Kasse?

**Bauer:** Ja. Wenn der Bund die ersten zehn Jahre übernimmt, dann übernehmen die Länder die restlichen 30 Jahre inklusive der Pensionslasten. Das ist ein gewaltiger Anteil.

**E&W:** Könnte der Pakt daran scheitern, dass sich Bund und Länder nicht einig sind, wer was zahlt?

**Bauer:** Ich hoffe nicht. Im Grundsatz herrscht Konsens.

**E&W:** Unbefristete Stellen für Daueraufgaben – sind Sie sich da auch einig mit den Hochschulen?

**Bauer:** Ja. Es ist eine enorme Erleichterung für die Hochschulen, dass sie qualifiziertes Personal nun dauerhaft anstellen können. In Baden-Württemberg wurden früher Stellen im Gegenwert von 50 Millionen Euro nicht besetzt, weil dieses Geld in Bewirtschaftungskosten für Energie und Mieten floss. Das hat dazu geführt, dass die Hochschulen mit Notkonstrukten und befristeten Varianten arbeiten mussten, um ihre Aufgaben zu erfüllen. Jetzt geht ein Aufatmen durch die Unis, weil sie eine Möglichkeit sehen, ihren Beschäftigten faire Arbeitsbedingungen zu bieten.

**E&W:** Sie meinen: Die Hochschulen konnten also nicht anders, als 90 Prozent ihrer wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf Zeit anzustellen. Nehmen Sie diese nicht zu sehr in Schutz?

**Bauer:** Dass das Befristungswesen so ausartet, ist eine unmittelbare Folge unzureichender Grundfinanzierung der Hochschulen und der Versuche der Universitäten, innerhalb des gesetzlichen Rahmens – und den gibt das WissZeitVG vor – damit umzugehen. Auch deshalb hat der Wissenschaftsrat ja empfohlen, die Grundfinanzierung der Hochschulen verlässlich um drei Prozent pro Jahr zu erhöhen. Wir sind

das erste Land, das diese Empfehlung umgesetzt hat.

**E&W:** Werden Zeitverträge langfristig die Ausnahme sein?

**Bauer:** Auch künftig werden befristete Verträge für wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Promotionsphase und den zwei, drei Jahren danach die Regel sein. Entscheidend ist, dass die Laufzeiten der Verträge wieder

angemessen werden, und es jenseits der Professur nicht nur befristete Stellen gibt.

Anna Lehmann,  
Redakteurin der taz

**\*Tenure-Track bedeutet, nach einer befristeten Bewährungszeit eine Lebenszeitprofessur zu erhalten.**

### Pakt für den wissenschaftlichen Nachwuchs

Das schlägt die Große Koalition vor: Während ihrer Sitzung am 16. April in Göttingen haben die Vorstände von Unions- und SPD-Fraktion eine Personaloffensive beschlossen. Mit rund einer Milliarde Euro wollen sie die Hochschulen ab 2017 dabei unterstützen, „moderne Personalentwicklungskonzepte“ aufzulegen und „neue Karrierewege“ für den wissenschaftlichen Nachwuchs zu fördern. Das Geld sollen Bund und Länder gemeinsam aufbringen.

Das will die SPD: Wenige Tage nach dem Beschluss der Fraktionsvorsitzenden legten die Bildungspolitiker der SPD-Fraktion erste Eckpunkte für die Ausgestaltung des Paktes vor. Demnach sollen bundesweit 1 500 neue Stellen für Juniorprofessorinnen und -professoren geschaffen werden, alle mit einem Tenure-Track – der Garantie, dass die Stelle in eine Festanstellung mündet, sobald die vereinbarten Kriterien innerhalb der Bewährungszeit erfüllt worden sind. Ferner will die SPD einen 400 Millionen Euro teuren Wettbewerb um die modernsten Personalentwicklungskonzepte ausschreiben und so die Hochschulen ermuntern, neue dauerhafte Personalstrukturen unterhalb der Professur zu schaffen. Besonders engagierte Hochschulen sollen mit je 500 000 Euro belohnt werden. Das sagt die Union: Mit dem Begriff der „Juniorprofessur“ sind die Konservativen nicht so glücklich, aber im Grundsatz sei man sich mit der SPD einig, meint die hochschulpolitische Sprecherin der Unionsfraktion, Alexandra Dinges-Dierig. Auch die Union ist der Ansicht, dass der Anteil der Dauerstellen an den Hochschulen steigen müsse und es zudem weiterer Karrierestufen unterhalb der Professur bedürfe. Man könne sich vorstellen, so Dinges-Dierig, dass deutsche Hochschulen die im angelsächsischen Raum üblichen Karrierestufen des Assistant und des Associate Professors übernehmen.

Das fordert die GEW: Viele Vorschläge, die Sozialdemokraten und Christdemokraten jetzt präsentieren, orientieren sich an dem von der GEW 2010 während ihrer Wissenschaftskonferenz in Templin (s. E&W 10/2010) erarbeiteten Zehn-Punkte-Plan für „berechenbare Karrierewege und bessere Arbeitsbedingungen in Hochschule und Forschung“. Im Templiner Manifest\* fordert die GEW etwa, Postdocs eine verlässliche Perspektive zu geben und den dauerhaften Verbleib in Hochschule und Forschung durch Tenure-Tracks zu ermöglichen. Bereits 2013 hatte die Gewerkschaft in ihrem „Köpenicker Appell“\*\* einen kleinen „Pakt für verlässliche Karrierewege in der Wissenschaft“ vorgeschlagen. Diese Idee haben Union und SPD nun aufgegriffen. Die GEW mahnt allerdings an, dass eine Personaloffensive auf Nachhaltigkeit angelegt sein müsse und gezielt stabile Beschäftigung fördern sollte. Für die Bildungsgewerkschaft sei entscheidend, sagt GEW-Vize Andreas Keller, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen verändert werden. Ein neues Bund-Länder-Programm könne die überfällige Reform des Wissenschaftszeitvertrages nicht ersetzen, so Hochschulexperte Keller, finanzielle Anreize und rechtliche Vorgaben seien zwei Seiten einer Medaille. ale

\*[www.gew.de/Templiner\\_Manifest.html](http://www.gew.de/Templiner_Manifest.html)

\*\*[www.gew.de/Koepenicker\\_Appell.html](http://www.gew.de/Koepenicker_Appell.html)

# Dumpinglöhne für Doktoranden

**// Der Mindestlohn an den Hochschulen: Betroffen sind nahezu alle Statusgruppen. //**

Der anonyme Brief, der im Februar bei Gewerkschaften und in Münchner Redaktionen eintrudelte, klang kaum glaubhaft, so bizarr waren die geschilderten Vorwürfe. In der Kleintierklinik der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München herrschten „sittenwidrige Arbeitsumstände der meisten Tierärzte“: Da arbeiteten Doktoranden, die bereits ausgebildete Tierärzte seien, nicht selten so viel wie reguläre Vollzeitkräfte – für gerade einmal zehn Euro Monatslohn. Das entspräche, bei 170 Arbeitsstunden im Monat, einem Stundenlohn von nicht einmal sechs Cent. Kann das wirklich sein? Für ihn, schrieb der Verfasser des Briefes, sei es ein „moralisches Dilemma“, dass er sich für seine eigene Doktorarbeit auf diesen Dumpinglohn habe einlassen müssen. Das wolle er seinen Nachfolgern ersparen, daher erstatte er anonym Anzeige wegen Verstoßes gegen das Mindestlohngesetz. Kurz danach rückten Zollbeamte an der LMU an, um die Mindestlohn-Bedingungen zu überprüfen. Und tatsächlich: Von den 53 tierärztlichen Doktoranden der Kleintierklinik haben 26 einen Zehn-Euro-Vertrag, weitere 24 erhalten bis zu 451 Euro im Monat und liegen damit immer noch deutlich unter 8,50 Euro pro Stunde.

Lediglich drei Tierärzte bekommen nach Angaben der „Süddeutschen Zeitung“ bis zu 850 Euro. Die Klinik begründete die de facto unbezahlten Arbeitsverträge damit, dass für Doktoranden Behandlungen und Operationen zur Promotionsausbildung gehörten und deshalb nicht bezahlt werden müssten. Nur begleitende Büroarbeiten würden von den Arbeitsverträgen erfasst – und weil diese nur rund eine Stunde pro Monat ausmachten, komme eben ein Monatslohn von zehn Euro zustande. Mittlerweile hat die LMU eingelenkt und will ein neues Konzept für die Bezahlung ihrer Doktoranden entwickeln. Der Fall zeigt: Die Mindestlohn-Debatte ist in den Köpfen vieler Hochschul-Verantwortlicher noch gar nicht angekommen. „Dabei gilt der Mindestlohn grundsätzlich auch an Hochschulen“, stellt GEW-Vize Andreas Keller klar. Doch es gibt zahlreiche Ausnahmeregelungen.

## Studierende

Vom Mindestlohn gehört hat Hannah schon viel. Doch im Portemonnaie der 27-jährigen Masterstudentin aus Berlin kommt davon bisher nichts an: Sie jobbt in einer Kneipe. „Am Monatsende stehen immer genau so viele Stunden auf der Gehaltsabrechnung, dass ich laut Papier den Mindestlohn bekomme“, erzählt sie. In Wirklichkeit arbeite sie aber mehr, ihr realer Verdienst liegt deshalb nur bei 7,50 Euro.

## Mindestlohn und Ausnahmen beim Praktikum

Am 1. Januar 2015 ist das Gesetz über den Mindestlohn in Kraft getreten. Es gilt grundsätzlich auch im Hochschulbereich und für Praktika. Ausnahmen bei einem Praktikum gelten jedoch dann, wenn dieses ...

- ... durch die Studienordnung vorgeschrieben ist,
- ... auf freiwilliger Basis beruht, aber nicht länger als drei Monate dauert,
- ... vor dem Erreichen des 18. Lebensjahres absolviert wird.

Die GEW weist außerdem darauf hin, dass Praktikumsverträge jetzt schriftlich vereinbart werden und Informationen über Dauer, Arbeitszeiten, Vergütung, Urlaub und Lernziele enthalten müssen.

A.H. und E.P.



Probleme gibt es aber nicht nur mit Jobs außerhalb der Unis. Auch studentische Hilfskräfte erhielten längst nicht überall den Mindestlohn. „Das betrifft besonders die Fachhochschulen – da gibt es einige Länder, die bisher drunter lagen“, so GEW-Hochschulexperte Keller. Für die betroffenen Hochschulen ist das ein finanzielles Problem. So gibt es etwa an der Universität Würzburg rund 1 500 studentische Hilfskräfte. Die Uni hatte im Herbst angekündigt, dass aufgrund höherer Personalkosten Stellen entweder abgebaut oder zeitlich beschränkt werden müssten. Tricksereien beim Stundenkontingent jedenfalls will die Hochschule ausschließen. „Für die Dienststellen gibt es eine klare Anweisung der Universitätsleitung, dass die Vergütung nach den tatsächlich geleisteten Stunden zu erfolgen hat“, sagt Uni-Sprecherin Esther Knemeyer Pereira, „es liegt jeweils im Entscheidungsbereich und in der Verantwortung der einzelnen Lehrstühle, wie sie die ihnen zur Verfügung stehenden Gelder einsetzen.“ Große Entlassungswellen habe es seit Einführung des Mindestlohns nicht

Die Mindestlohn-  
debatte ist in den  
Köpfen vieler  
Hochschul-Verant-  
wortlicher noch  
nicht angekommen.



Foto: imago

gegeben; für die einzelne Hilfskraft blieben damit jedoch weniger Einsatzstunden übrig als zuvor.

### Nachwuchskräfte an Unis

Die Zahlen im BuWiN, dem Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs, sind erschreckend: Rund 90 Prozent der Nachwuchskräfte an Hochschulen haben nur Zeitverträge – und die laufen zum Großteil nicht einmal ein Jahr. Häufig handelt es sich offiziell auch nur um halbe oder gar Viertelstellen. Doch diese zeitliche Befristung existiert oft nur auf dem Papier – so wie bei Francesca, die als Doktorandin an einer nordrhein-westfälischen Uni tätig ist.

„Meine Stelle umfasst laut Arbeitsvertrag 13,5 Wochenstunden“, berichtet die 27-jährige Sozialwissenschaftlerin, „von mir wird aber ganz selbstverständlich erwartet, dass ich mindestens an vier Tagen pro Woche Vollzeit im Institut bin. Sonst könnte es, so die implizite Drohung, mit der Verlängerung meines Vertrags nach einem Jahr schwierig werden.“ Klar, dass bei solchen Arbeitsbedingungen auch schnell

der Mindestlohn unterlaufen wird. Mit dem „Templiner Manifest“\* hat die GEW prekäre Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft auf die politische Agenda gesetzt und zuletzt auch einen eigenen Entwurf für ein neues Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG, s. S. 32 ff.) vorgelegt.

### Lehrbeauftragte

153 Euro – das ist für Elisabeth Meyer-Renschhausen seit Jahren der Lohn für ein Seminar an der FU Berlin. Allerdings nicht pro Monat, sondern für ein ganzes Semester, inklusive der Vor- und Nachbereitung. Die habilitierte Soziologin ist Privatdozentin und arbeitet auf der Grundlage eines Lehrauftrags. Die sogenannte „Titellehre“ verpflichtet sie dazu, an der eigenen Hochschule unentgeltlich Seminare zu geben, um ihre Lehrerlaubnis zu behalten – vom Mindestlohn ist sie damit weit entfernt. Denn wie viele Lehrbeauftragte aus der Praxis gilt Elisabeth Meyer-Renschhausen nicht als Arbeitnehmerin, sondern als Selbstständige. „Die Privatdozenten gehen beim Mindestlohn leider leer aus“, ärgert sich

GEW-Hochschulexperte Keller über diese große Lücke im neuen Gesetz.

90 000 wissenschaftliche Lehrbeauftragte, schätzen Hochschulkenner, hielten an Unis und Fachhochschulen in Deutschland mindestens ein Drittel der Seminare: „Sie sind unverzichtbar, um den Lehrbetrieb aufrechtzuerhalten“, betont Politikwissenschaftler Peter Grottian. Wer aber zur Vorbereitung eines Seminars 40 Bücher und 50 Aufsätze lesen müsse, komme selbst bei 700 Euro Honorar pro Semester nur auf einen Stundenlohn von zwei oder drei Euro, rechnet Grottian vor: „An Deutschlands Universitäten gibt es keinen Mindestlohn, sondern maximale Ausbeutung“ – zumal der Arbeitgeber weder für Kranken- und Pflege- noch für die Renten- und Arbeitslosenversicherung der Lehrbeauftragten und Privatdozenten zahle.

„Natürlich gilt der Mindestlohn auch für Zeitarbeitsfirmen, deren Mitarbeiter an Hochschulen eingesetzt werden“, fügt Keller hinzu. Das gelte unabhängig davon, ob die Zeitarbeiter in der Gebäudereinigung oder als Hausmeister arbeiten. „Zwar wäre eine Kontrolle externer Dienstleister durch die Hochschulen wünschenswert – aber das ist nicht deren Aufgabe. Die Firmen sind selbst verpflichtet, sich darum zu kümmern.“ Für die Kontrolle ist der Zoll zuständig; der sei aber personell nicht ausreichend ausgestattet, um den Mindestlohn flächendeckend zu überprüfen. Abhilfe können – auch anonyme – Beschwerden schaffen, wie sie an der LMU Erfolg hatten.

Und wenn ein Hochschulangehöriger trotzdem den Mindestlohn nicht bekommt? Dann sollte man den Personalrat einschalten, empfiehlt die GEW. Vor allem braucht niemand Angst zu haben, mit seiner Klage zu spät zu kommen: Der Anspruch auf Mindestlohn kann innerhalb von drei Jahren nachträglich geltend gemacht werden.

Armin Himmelrath, freier Journalist

Eleonora Pauli, freie Journalistin

\*[www.gew.de/Templiner\\_Manifest.html](http://www.gew.de/Templiner_Manifest.html)

**Grundsätzliche Informationen:**

[www.mindestlohn.de](http://www.mindestlohn.de)

**Online-Beratung für alle Studierenden:**

[www.students-at-work.de](http://www.students-at-work.de)

# Engagement unter widrigen Bedingungen

**// Der Kita-Besuch statusloser Kinder ist rechtlich möglich, doch nur wenige Einrichtungen nehmen diese Kinder auf. Problematisch ist, ihnen einen Kita-Platz zu finanzieren. Nach dem Schwerpunktthema „Bildungslos – Junge Flüchtlinge in Deutschland“ (s. E&W 1/2015) startet E&W in dieser Ausgabe die Serie „Willkommen in Deutschland“, die die Themen Flucht, Asyl und Migration beleuchtet. //**

„Karibuni watoto!“, ertönt es aus 20 Kinderkehlen. Das ist Kisuaheli und heißt: „Seid willkommen, Kinder!“ Die sechsjährige Tilda\* klatscht in die Hände, ihre Augen strahlen. „Sie ist hier sehr glücklich“, erzählt ihre Mutter Sophia Jackson. „Es ist ein fester Ort mit Kindern, die sie jeden Tag wieder trifft.“ Die 29-jährige Jamaikanerin ist froh, dass ihre Tochter im Kinderladen Maimouna in Hamburg St. Pauli Normalität und Beständigkeit gefunden hat. Denn während Tildas ersten vier Lebensjahren wechselten Mutter und Tochter häufig die Wohnung, ebenso häufig wechselten die Bezugspersonen des Kindes. Das einzig Beständige im Leben des Mädchens waren die Liebe der Mutter, aber auch deren Sorgen. Denn beide sind Statuslose, wie Menschen ohne Aufenthaltspapiere genannt werden. Vor neun Jahren kam Sophia mit einem Besucher-Visum nach Hamburg und blieb. Nach Tildas Geburt war sie auf Hilfe angewiesen und schlief bei Bekannten. Es gab kaum Raum zum Spielen und nur selten sah Tilda andere Kinder. „Sie war ein ängstliches Kind, das viel weinte und niemandem vertraute“, erzählt ihre Mutter. Ein Kita-Besuch? Nicht vorzustellen. 2013, kurz vor Tildas viertem Geburtstag, traf der Hamburger Senat eine weitreichende Entscheidung: Seitdem dürfen auch Kinder wie sie ganz offiziell eine Kita besuchen, um



„die Chance auf ein eigenständiges Leben und gesellschaftliche Teilhabe zu eröffnen“, heißt es in der Stellungnahme des Senats. Die Kosten übernimmt die Stadt. Mit dieser vorschulischen Bildungsinitiative hat Hamburg einen bundesweit einmaligen Weg eingeschlagen. Zwar ist der Kita-Besuch im gesamten Bundesgebiet seit 2011 rechtlich möglich. Seitdem müssen Schulen, Bildungs- und Erziehungseinrichtungen der Ausländerbehörde nicht mehr melden, wenn ihnen bekannt wird, dass ein Kind keine Aufenthaltsgenehmigung hat. Dennoch kommt der Kita-Besuch für viele Betroffene nicht in Betracht – aus Angst vor Entdeckung. Auch für die Einrichtungen gibt es eine große Hürde: die Kostenübernahme. Denn statuslose Kinder sind von den Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe ausgeschlossen. Das bedeutet: Wenn die Eltern keinen Verdienstnachweis vorlegen können, werden die Kosten für den Kita-Platz nicht übernommen. Sie müssten also den Höchstsatz zahlen. Lediglich einige kirchliche Träger und engagierte private Einrichtungen sind trotzdem bereit, die Kinder zusätzlich aufzunehmen und die Kosten nicht über das Jugendamt abzurechnen. „Die Einrichtungen stehen unter großem finanziellem und personellem Druck, trotzdem sehen sie die Notwendigkeit der Betreuung“, beschreibt die Osnabrücker Migrations-

forscherin Maren Wilmes das Dilemma der Verantwortlichen. Die finanzielle Hürde hat Hamburg jetzt für alle Kitas aus dem Weg geräumt. Seit zwei Jahren erhält Tilda einen anonymen Kita-Gutschein (s. Kasten) für einen Fünf-Stunden-Platz inklusive Mittagessen. Ausgestellt hat ihn die zuständige Clearingstelle im Flüchtlingszentrum, ein Zusammenschluss von Arbeiterwohlfahrt

## Hamburger Modell: anonyme Gutscheine

Die Clearingstelle des Flüchtlingszentrums in der Hansestadt stellt eine Bescheinigung mit allen für die Aufnahme in eine Kita notwendigen Angaben aus. Nach der Anmeldung berechnet der Träger dem Flüchtlingszentrum die Betreuungsleistung von fünf Stunden sowie einem Mittagessen – an allen Werktagen – analog der Kostensätze des Kita-Gutschein-Systems. Gezahlt wird aus dem Budget, das die Stadt jährlich zur Verfügung stellt. M.L.

(AWO), Caritas und Deutschem Roten Kreuz (DRK).

Was Sophia Jackson nicht wusste: Der Kinderladen Maimouna hat seit seiner Gründung vor 22 Jahren ständig bis zu fünf statuslose Kinder betreut. Kita-Plätze waren für Eltern, die schlecht bezahlten Jobs nachgingen, kostenlos. Das Leitungsteam finanzierte den politischen Anspruch durch unbezahlte Arbeitsstunden. Daraus machte es keinen Hehl, im Gegenteil: „Wir haben es immer offen ausgesprochen, um auf die Diskriminierung aufmerksam zu machen“, erzählt Mitgründerin Elke Straub. „Es sollte sich endlich etwas bewegen.“ Dass die Betreuungskosten nun über den anonymen Kita-Gutschein finanziert werden können, bedeutet eine

### Recht auf Bildung für statuslose Kinder

Nach Einschätzung der Bremer Wissenschaftlerin Dita Vogel leben in deutschen Großstädten 150 000 bis 450 000 Menschen ohne Aufenthaltsstatus. Angesichts aktueller Fluchtbewegung und zunehmender Abschiebungen Asylsuchender wird die Zahl der Menschen „ohne Papiere“ weiter steigen. Der Anteil der Kinder dürfte sich laut Vogel zwischen mehreren Tausend und einigen Zehntausend bewegen. In Hamburg gehen Experten von 240 bis 2 400 statuslosen Kindern aus, die jünger als 16 Jahre sind. Gemäß der UN-Kinderrechtskonvention gilt das Recht auf Bildung für alle Kinder – unabhängig vom Aufenthaltsstatus.

M.L.

erhebliche finanzielle Erleichterung für die Kita. Heute sind es vermehrt Flüchtlingskinder, die ihr Recht auf frühkindliche Bildung in dem Kinderladen wahrnehmen. Ihre Familien sind als Flüchtlinge in der Regel über Italien (Lampedusa) in die Europäische Union (EU) eingereist und, weil sie dort keine Arbeit fanden, nach Hamburg weitergezogen. Ihr Aufenthalt ist hier jedoch nicht anerkannt.

Buchstäblich über Nacht wurden die Erzieherinnen einer anderen Hamburger Kita mit dem Problem „ohne Aufenthaltsstatus“ konfrontiert. Im vergangenen Winter sollten zwei Geschwisterkinder im Morgengrauen in den Kosovo abgeschoben werden. Weil die Polizei sich in der Tür irrte, konnte die sechsköpfige Familie untertauchen und versteckt sich seither bei Verwandten. „Wir kennen die Familie seit Jahren, sie ist uns sehr ans Herz gewachsen“, berichtet Erzieher Florian Pohlmann\*. „Es war keine Frage, dass wir deren Kinder weiter betreuen.“ Den Mitarbeitern kam der anonyme Kita-Gutschein zu Hilfe. Auf diesem Wege konnten sie die Geschwister wieder in ihren vertrauten Gruppen aufnehmen. Für die Familie ist das eine erhebliche Entlastung. „Die Kita bietet den Kindern Halt in dieser ungewissen Situation“, sagt Pohlmann.

### „Agreement auf der Kippe“

Wissenschaftlerin Wilmes nennt die Kitabetreuung statusloser Kinder ein „Agreement auf der Kippe“. Es sei eine Vereinbarung, die jederzeit abrupt enden kann. So erleben es auch Pohlmann und seine Kolleginnen: Die Angst vor einer Abschiebung sei immer präsent, so der Pädagoge. Auch deshalb haben sie weder die anderen Kita-Kinder noch

deren Eltern eingeweiht. „Ein Anruf bei der Polizei reicht und die Familie wird abgeholt.“ Wie sich der plötzliche Beziehungsabbruch im Fall einer Abschiebung auf die gesamte Einrichtung auswirkt, wissen sie nur zu gut. Dann heißt es, Trost zu spenden und den verbliebenen Kindern Raum zum Trauern zu geben. Für ihr pädagogisches Engagement braucht die Kita ein gut funktionierendes Netzwerk aus Beratungsstellen und eingespielte Abläufe bei Unfällen und Erkrankungen. Bei einem Unfall zahlt die Unfallkasse. Doch bei allen anderen Erkrankungen werden Ärzte konsultiert, die unentgeltlich behandeln und über

Beratungsstellen vermittelt werden, da statuslose Kinder bzw. ihre Familien keine Krankenkassenkarte haben.

Fest steht: Das Hamburger Modell des anonymen Gutscheins ist ein erster Schritt auf dem Weg, um das Recht auf frühkindliche Bildung auch für statuslose Kinder umzusetzen. Obwohl der Bedarf erheblich höher geschätzt wird, nutzen ihn seit der Einführung vor zwei Jahren aber erst 40 Kinder in der Hansestadt. Tobias Mohr, Referent für Migration und Integration beim Deutschen Caritasverband, nimmt die Bundespolitik in die Pflicht. Er fordert, das Sozialgesetzbuch so zu ändern, dass auch Statuslose in die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe einbezogen werden. Dann könnten alle Kitas die Betreuung über das Jugendamt abrechnen. Mohr: „Das Recht auf Bildung muss so umgesetzt werden, dass es alle Flüchtlingskinder in Anspruch nehmen können“.

Michaela Ludwig,  
freie Journalistin

\*Namen von der Redaktion geändert.



Foto: Jörg Böhling

**Pädagogisches Engagement seit 22 Jahren: Der Kinderladen Maimouna in Hamburg hat ständig bis zu fünf statuslose Kinder betreut.**



ständig mit sprachlich komplizierten Gesetzestexten zu tun, erläutert Schäfer: „Die formuliert ihr niemand um.“ Wer den Text verstehen wolle, müsse entsprechende Strategien beherrschen. Und diese lernen und üben die Berufsschülerinnen und -schüler in Düren von Anfang an: Wie funktioniert überfliegendes Lesen, gründliches und lernendes Lesen? Schreibförderung findet am Berufskolleg dagegen eher nebenbei statt. Aus zwei Gründen: „Die Informationsverarbeitung, also das Lesen, ist die Schlüsselkompetenz“, sagt Schäfer, „im Vergleich dazu ist Schreiben nachgelagert.“ Außerdem ist es eine Frage der Ressourcen, da müsse man sich auf ein Feld spezialisieren, ergänzt Mertens-Eymael. „Entscheidend ist, dass die Schulleitung das mitträgt.“ Denn so ein Kernteam brauche zeitliche Freiräume, nicht nur für die laufende Konzeptentwicklung. Wichtig seien ebenso wissenschaftliche Begleitung, Erfahrungsaustausch und Vernetzung sowie genug Geld für gute Bücher und Texte.

Das Beispiel Düren macht zwei bisherige Tendenzen deutlich: Berufsschulen, die bislang Programme entwickelt haben, wie sich sprachliche Defizite Jugendlicher verringern lassen, haben sich zumeist auf die Leseförderung konzentriert. Und: Zielgruppe ist die gesamte Schülerschaft; sprachsensibler Fachunterricht und Ähnliches werden nicht als „Benachteiligtenprogramm“ für Azubis aus Migrantenfamilien oder junge Flüchtlinge verstanden. Schließlich haben die PISA-Ergebnisse gezeigt, wie schwach die Lese- und Schreibkompetenzen auch bei vielen deutschstämmigen Berufseinsteigerinnen und -einsteigern entwickelt sind. Genau hier setzen Schulen und engagierte Lehrkräfte an.

### Neue Trends

Nun zeichnen sich zwei neue Trends ab: Kenntnisse und Erfahrungen, die im Unterricht „Deutsch als Zweitsprache“ für Migrantinnen und Migranten sowie für Flüchtlinge bereits gesammelt wurden,

fließen zunehmend in das Sprach-Programm für alle ein. Und: Das Kommunizieren – mündlich wie schriftlich – rückt stärker ins Blickfeld.

Forscher wie Prof. Christian Efing, Germanist an der Uni Wuppertal, befassen sich beispielsweise mit der Frage, auf welche sprachlich-kommunikativen Kompetenzen es in der beruflichen Bildung ankommt. Am Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) hat Anke Sattelmeyer mit ihrem Team gerade die Feldforschung beendet: Durch teilnehmende Beobachtung und in Gesprächen mit Azubis, Ausbildern und Lehrkräften fanden die Wissenschaftler heraus, welche sprachlich-kommunikativen Anforderungen angehende Einzelhandelskaufleute, Medizinische Fachangestellte und Kfz-Mechatronikerinnen und -mechaniker bewältigen müssen. Bis November soll das Material ausgewertet sein. Auf ein Detail stoßen übrigens alle Forschungen schnell: Während in der Berufsschule die korrekte und für viele gewöhnungsbedürftige Fachsprache unterrichtet wird, geht es im betrieblichen Alltag lockerer zu; man „bedient“ sich – quer durch alle Branchen – einer „Werkstattsprache“. Zurechtkommen müssen die Azubis mit beiden Sprachebenen.

### Projekt in Rheinland-Pfalz

Unter dem Slogan „Lesekompetenz ist Lernkompetenz“\* unterstützt das Pädagogische Landesinstitut Rheinland-Pfalz die Berufsschulen bereits seit knapp zehn Jahren. Künftig soll das Angebot auf fachübergreifende Schreibförderung ausgedehnt werden, berichtet der zuständige Referent Stefan Siggas. Ein Förderantrag bei der Europäischen Union (EU) ist gestellt; europäische Projektpartner und potenzielle Modellschulen in Rheinland-Pfalz sind gefunden. „Unterstützung allein beim Lesen reicht nicht aus“, sagt Siggas, „die Schüler müssen das Gelernte auch in ein schriftliches Produkt umsetzen können.“ Er erinnert daran, woran Berufsschülerinnen und -schüler in einer Klassenarbeit oft scheiterten: „Sie können die Zu-

sammenhänge, die sie im Kopf haben, schriftlich nicht klar ausdrücken.“ Förderung des Schreibens sei deshalb „ein logischer Schritt“; man könne dabei an das anknüpfen, was in der Leseförderung gelernt wurde.

Bisher bietet das Landesinstitut Fortbildungen für Deutsch- und Fachlehrkräfte an, wie Texte für den Unterricht lesedidaktisch aufbereitet und wie Jugendliche effiziente Lesestrategien erlernen können. Außerdem gibt es Seminarangebote, die vermitteln sollen, wie sich Prüfungsaufgaben sprachlich optimieren lassen. Oft seien diese zu wortreich gestaltet, berichtet Siggas. Es gehe daher um einen Perspektivwechsel: „Lehrkräfte denken und formulieren vom Inhalt her. Danach folgt die Struktur, dann die Form. Prüflinge dagegen stoßen zunächst auf die Form. Wenn diese verwirrend ist, dringen sie gar nicht mehr zum Inhalt durch.“

Auch das ist „Schreibförderung“. Und sie macht Schule.

Unter dem Titel „Berufssprache Deutsch“ leitet etwa das bayerische Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung (ISB) Lehrkräfte zur „Formulierung von sprachsensiblen Aufgaben“ an.\*\* Ein Beispiel aus der Praxis: „Füllen Sie das beiliegende einseitige Unfallformular der Berufsgenossenschaft Nahrungsmittel ordnungsgemäß aus. Fehlende Daten ergänzen Sie bitte.“ So lautet die alte Formulierung. Vorgeschlagen wird stattdessen schlicht: „a) Füllen Sie das Unfallformular aus. b) Ergänzen Sie fehlende Daten.“

Inzwischen setzt sich bei Schulen und den Industrie- und Handelskammern die Einsicht durch: Verständliche Prüfungsaufgaben nützen allen.

Helga Ballauf,  
freie Journalistin

\*<http://berufsbildendeschule.bildung-rp.de/unterstuetzung-und-beratung-fuerschulen/lesekompetenzfoerderung.html>  
www.isb.bayern.de/schulartspezifisches/materialien/berufssprache-deutsch/

# „Stress am Übergang“

**// Schulwechsel macht Stress – besonders, wenn nur – wie in Bayern – der Notenschnitt zählt. Das zeigt eine aktuelle Studie von Heinz Reinders, Professor für empirische Bildungsforschung an der Universität Würzburg. //**

**E&W:** Herr Reinders, Sie sind Professor in Bayern. Ich unterstelle, Sie sind es gern – wären Sie auch gern Viertklässler in Bayern?

**Heinz Reinders:** Ich war Viertklässler in Niedersachsen und muss mir bis heute anhören, dass man dort das Abitur damals praktisch geschenkt bekommen habe. Aber Scherz beiseite: Es spricht nichts dagegen, Viertklässler in Bayern zu sein. Das System ist nicht dazu da, Kinder zu quälen. Aber in der Studie „Stress am Übergang“, in der meine Kolleginnen und ich Eltern und Kinder in zwei Bundesländern befragt haben, stellen wir auch Schwachpunkte fest. Dazu gehört ein Stresslevel in der dritten und vierten Klasse, der in Bayern messbar höher ist als in Hessen (s. Kasten).

**E&W:** Warum?

**Reinders:** Vor allem, weil sich Eltern und Kinder nicht als Handelnde erleben. Denn anders als in Hessen, wo der Elternwille entscheidet, welche weiterführende Schule der Nachwuchs besucht, gilt in Bayern verbindlich allein die Notenentscheidung. Damit erleben Mütter und Väter, dass sie an einer maßgeblichen Schnittstelle des Bildungsweges ihrer Kinder keinen Einfluss nehmen dürfen.

**E&W:** Nach Ihren Befunden stehen aber nicht alle Eltern gleichermaßen unter Stress – welche Faktoren spielen beim Übertritt eine Rolle?

**Reinders:** Neben der Frage, in welchem Bundesland man lebt, sind in Bayern besonders die Familien belastet, in denen das Kind zwischen Hauptschule – die hier Mittelschule heißt – und Realschule schwankt. Denn es besteht ein Zusammenhang zum Bildungsniveau der Mütter und Väter: Je höher, desto geringer die Belastung der Eltern und Kinder.



Foto: Gunnar Bartsch

Heinz Reinders

**E&W:** Sie erklären das damit, dass das Bildungsbürgertum Stress besser bewältigen könne. Oder ist es so, dass Herr Doktor oder Frau Studienrätin wissen, dass ihr Kind es sowieso einfacher hat, zum Gymnasium zu wechseln?

**Reinders:** Es stimmt, dass es beim Übergang eben nicht nur auf die Leistungen der Schülerinnen und Schüler ankommt, sondern dieser zu gut einem

Viertel vom Bildungsabschluss der Eltern abhängig ist. Auch gehen Lehrkräfte immer noch davon aus, dass es ein Kind aus einem Akademikerhaushalt auf dem Gymnasium leichter hat als das aus einer bildungsfernen Familie – bei wohl gemerkt gleicher Leistung. Oft sind die besser gebildeten Eltern auch in der Schule präsenter, was sich möglicherweise positiv auf die Schulempfehlung auswirken kann. Alles in allem führt das in Bayern dazu, dass ein Akademikerkind eine sechsmal höhere Chance hat, das Gymnasium zu besuchen, als ein Arbeiterkind. (s. PISA-Studien – Anm. d. R.)

**E&W:** Eines Ihrer Ergebnisse: In Bayern gehen Eltern mit niedrigem Bildungsabschluss eher davon aus, dass ihre Kinder es nicht schaffen könnten, eine bessere Bildungskarriere zu machen – ist das Resignation oder Realismus?

**Reinders:** Es ist das, was wir soziale Vererbung von Bildung nennen. Menschen neigen dazu, das für richtig zu halten, was sie kennen. Wer die Hauptschule besucht hat, für den ist das Gymnasium ein unbekannter Kosmos.

**E&W:** Das Land Bayern argumentiert, dass die Schulentscheidung in der vier-

## Zur Studie:

Für die Studie „Stressfaktoren bei Eltern und Schülern am Übergang zur Sekundarstufe“ befragten Professor Heinz Reinders und sein wissenschaftliches Team 1 620 Eltern in Bayern und Hessen. Die Würzburger Forschergruppe fand heraus, dass die an Schulnoten gekoppelte und bindende Übertrittsregelung in Bayern zu einer größeren Belastung der Familien führt als die hessische, bei der die Schule Eltern beratend unterstützt. Auf die Frage „Das Übertrittsverfahren ist für mich belastend“ antworten mit „Ja“ Eltern von Drittklässlern in Bayern: 55,6 Prozent; in Hessen: 39,7 Prozent; Eltern von Viertklässlern in Bayern: 54,6 Prozent; in Hessen: 33,1 Prozent. Auf die Frage nach dem Stress des Kindes beim Übergang antworten mit „Ja“: Eltern von Drittklässlern in Bayern: 51,7 Prozent; in Hessen: 29,8 Prozent; Viertklässler in Bayern: 49,7 Prozent; in Hessen: 25,8 Prozent. Kurz: In Bayern leidet mehr als die Hälfte der Eltern und gut die Hälfte der Kinder unter dem bevorstehenden Schulwechsel, in Hessen ist es ein Drittel der Eltern und weniger als ein Drittel der Kinder. Den etwas geringeren Stresslevel in der vierten Klasse erklärt Reinders damit, dass die Unsicherheit bei Eltern und Schülern der dritten Klasse am größten sei.

E.G.

ten Klasse ja nicht für immer gelte, sondern dass das Bildungssystem andere Aufstiegsformen ermögliche. Überzeugt das Kinder und Eltern?

**Reinders:** Die bayerische Politik trägt die Formel wie ein Mantra vor sich her: kein Abschluss ohne Anschluss. Formal ist das richtig. So können Kinder durch Teilnahme am Probeunterricht ihr Zeugnis sozusagen überschreiben. Aber nur drei Prozent derer, die diese Prüfung an der Realschule durchlaufen, schaffen den Sprung und im Fall des Gymnasiums ist es sogar nur ein Prozent. Es bestätigt sich auch hier wieder: Es ist viel leichter, im Schulsystem ab- als aufzusteigen.

**E&W:** Ist das Zuweisen der Kinder über die Note die logische Folge des mehrgliedrigen und hochselektiven Systems in Bayern?

**Reinders:** Gegenfrage: Muss dieses System überhaupt erhalten bleiben? Aber wenn man das unbedingt will, ist zu prüfen, ob der Übertritt der Schülerinnen und Schüler auch fair passiert. Sicher, jedes Modell produziert Fehler: Wenn allein die Eltern über die Schulwahl bestimmen dürfen, wird der Professor sein Kind zum Gymnasium schicken, egal, ob es gut oder grotten-schlecht ist. Zudem: In einer Stadt mit vielen Gymnasien schaffen mehr Kinder den Sprung dorthin als auf dem Land. Solche Ungerechtigkeiten sind zu minimieren, etwa durch ein Übergangskonzept, das Elternwillen, Beratung und Noten kombiniert. Wichtig ist, dass das Kind im Mittelpunkt steht. Aber ein Restrisiko bleibt, solange wir ein System haben, das Mädchen und Jungen in unterschiedliche Schulformen einsortiert.

**E&W:** Bayern schneidet bei fast allen Bildungstests sehr gut ab. Führt der Leistungsdruck zu besseren Leistungen?

**Reinders:** Unsere Studie sagt ja nicht, dass die Kinder in Bayern doof sind, sondern beschreibt die emotionalen „Kosten“ des Überganges. Wir wissen über Stress, dass er sich negativ auf den Lernerfolg auswirkt. Wenn er also geringer wäre, könnten die Schüler im Freistaat vielleicht noch besser sein (zum Thema s. auch Schwerpunkt „Übergänge“ E&W 3/2015).

Interview: Esther Geißlinger, freie Journalistin

\*[https://opus.bibliothek.uni-wuerzburg.de/files/11187/Schriftenreihe\\_Empirische\\_Bildungsforschung\\_Band33.pdf](https://opus.bibliothek.uni-wuerzburg.de/files/11187/Schriftenreihe_Empirische_Bildungsforschung_Band33.pdf)

**Die Wollmarshöhe**

**Klinik Wollmarshöhe**

**Akutfachkrankenhaus für psychosomatische Medizin**

Kurzzeittherapie bei Burn-out und Stressfolgeerkrankungen

Für Privatversicherte, Beihilferechtigte, Selbstzahler

Stationär, teilstationär, ambulant

Therapeutisch-ganzheitliches Konzept - moderne Diagnostik und Therapieplanung

Neurologische und psychokardiologische Abklärung

Zeitgemäße Einrichtung und Ausstattung, schönes Ambiente, Nähe Bodensee (Bodnegg)

**Gerne senden wir Ihnen unser Exposé.**

info@klinik-wollmarshoehe.de

**Information / Auskunft:**  
07520 927-0

[www.wollmarshoehe.de](http://www.wollmarshoehe.de)



**Perry Paul**

Begeistern Sie Kinder

**BAUCHREDEN LERNEN**

**Perry Paul lehrt Sie**

- ★ Easy-Vent Sprechtechnik
- ★ Puppenführung und -spiel
- ★ Dialog- und Geschichten-konzeption

Anfängerkurse:

22. - 23. August 2015  
10. - 11. Oktober 2015

[www.perry-paul.de/brkurs](http://www.perry-paul.de/brkurs)

**Eine kleine Anzeige. Für eine große Tat. Werden Sie Lebensspender.**

Kämpfen Sie mit uns gegen Blutkrebs. Lassen Sie sich jetzt als Stammzellspender registrieren. Alle Infos zur Stammzellspende finden Sie unter [www.dkms.de](http://www.dkms.de).

**DKMS**  
Deutsche Knochenmarkspenderdatei gGmbH



Wir besiegen Blutkrebs.

**System-Schulplaner 2015/16**

- Formate A4 + A5 + A6
- Flexible Formblätter für Schüler-Notenverwaltung
- bis 12 Klassen à 6 Seiten
- Tagesplan bis 11 Unterrichtsstunden
- Jahrespläne für 15/16 u. 16/17, Stundenpläne, Vertretungsübersicht etc.
- Einstecktasche für lose Blätter
- Insgesamt 198 Seiten

**Ab 5,95 €**

Tel.: 09442 / 922 090 Besuchen Sie uns: [www.timetex.de](http://www.timetex.de)

**Klinik am Leisberg**

**Private Akutklinik für Psychologische Medizin Baden-Baden**

**Von hier an geht es aufwärts**

Die familiäre Größe der Klinik, eine wunderschöne Umgebung, der herzliche Umgangsstil unserer Mitarbeiter und die professionelle Begleitung bieten Ihnen eine Wohlfühlumgebung zur Bearbeitung Ihrer Themen.

Kurzfristige Akutaufnahme-möglichkeiten!

Indikationen: Depressionen, Schlafstörungen, Ängste und Zwänge, Burn-Out, Essstörungen

KÜ: Private Krankenversicherungen, Beihilfe

**Hotline: 07221 / 39 39 30**

Klinik am Leisberg, Gunzenbachstr. 8, 76530 Baden-Baden  
[www.leisberg-klinik.de](http://www.leisberg-klinik.de)



# UN-Bildungsziele verfehlt

**// Klassenziel verpasst: Nur jedes dritte Land erreicht die Ziele des Aktionsprogramms „Bildung für alle“. Der Weltbildungsbericht 2015 der UN-Bildungs- und Kulturorganisation (UNESCO) zieht eine ernüchternde Bilanz: Nur in jedem zweiten Land besuchen Mädchen und Jungen eine Grundschule. Fast 100 Millionen Kinder schließen diese nicht ab. Beim Weltbildungsforum in Dakar im Jahr 2000 hatten sich 164 Staaten auf sechs Bildungsziele geeinigt, die bis 2015 verwirklicht werden sollten. //**

Nach Ansicht der UNESCO-Generaldirektorin Irina Bokowa hat die Weltgemeinschaft „große Fortschritte“ gemacht. So würden 50 Millionen Kinder mehr eine Schule besuchen als 1999. Der Anteil der Mädchen sei deutlich gestiegen, die frühkindliche Erziehung um zwei Drittel auf 184 Millionen Kinder geklettert. „Doch wir sind weit entfernt, unsere Ziele erfüllt zu haben“, konstatiert Bokowa. Notwendig seien „spezifische, mit ausreichenden Mitteln vorgebrachte Strategien, welche den Schwerpunkt auf die Ärmsten – insbesondere Mädchen – legen, die Bildungsqualität verbessern und die Analphabetenrate reduzieren.“ Nach wie vor hängt der Zugang zu Bildung vom Einkommen der Eltern und dem Geschlecht ab: Die Wahrscheinlichkeit, keine Grundschule zu besuchen, ist weltweit unter den Ärmsten fünfmal höher als unter den Reichsten. Es verwundert daher nicht: Bildungsnotstand herrscht vor allem in den afrikanischen Ländern südlich der Sahara und in Südostasien. Ein Drittel der Kinder, die nicht zur Schule



**Wie schnell mühsam erkämpfte Bildungserfolge zunichte gemacht werden können, zeigt Nepal. In den schwer betroffenen Distrikten hat das Erdbeben zirka 90 Prozent der Schulen zerstört. Hier versuchen Helfer, ein provisorisches Klassenzimmer zu errichten.**

gehen, lebt in Konfliktgebieten. Frauen stellen weltweit fast zwei Drittel der 781 Millionen erwachsenen Analphabeten. Nur jedes vierte Land schaffte es, die Analphabetenrate zu halbieren.

## Rückschlag durch Erdbeben

Wie schnell mühsam erkämpfte Erfolge zerstört werden können, zeigt Nepal. Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen UNICEF befürchtet, dass das jüngste Erdbeben die Fortschritte der vergangenen 25 Jahre – die Einschulungsrate stieg von 64 in 1990 auf heute über 95 Prozent – zunichte gemacht hat. „In den schwer betroffenen Distrikten hat das Erdbeben schätzungsweise 90 Prozent der Schulen zerstört“, sagt Tomoo Hozumi, Leiter von UNICEF Nepal. „950 000 Kinder können nicht zurück zur Schule.“ Noch intakte Einrichtungen würden häufig als Notunterkünfte genutzt (s. Spendenaufruf S. 4).

„Es fehlt an der Überzeugung, dass die Ausgaben sinnvoll sind“, sagt Walter Hirche, bei der UNESCO für Alphabetisierung zuständig. 20 Milliarden Euro wären jährlich nötig, um vier Millionen zusätzliche Pädagoginnen und Pädagogen einzustellen und Bildung für alle Kinder bis 2030 zu erreichen. Zum Vergleich: 18,2 Milliarden hat sich allein Berlin 2008 die Rettung der Commerzbank kosten lassen. UN-Experten beziffern die volkswirtschaftlichen Verluste auf 129 Milliarden US-Dollar im Jahr, wenn 250 Millionen Kinder nicht lesen, schreiben und rechnen können.

Nicht akzeptabel, findet Fred van Leeuwen, Generalsekretär der Bildungsinternationale (BI). Er hat als Mitglied eines Expertenteams den UNESCO-Bericht „Rethinking Education: Towards a Global Common Good?“ („Bildung überdenken: Auf dem Weg zum globalen Gemeinwohl?“) mit verfasst. Der Bericht definiert Bildung als Menschenrecht und öffentliches Gut. Eine ganzheitliche Betrachtung ist aus Sicht der Fachleute nötig, um Defizite auszuräumen und die Basis für eine Bildung zu legen, die den Anforderungen einer immer komplexeren, unsicherer werdenden Welt gerecht wird.

In Dakar hatten sich die Teilnehmenden darauf geeinigt, die frühkindliche Bildung auszubauen, allen Kindern eine Grundschulbildung zu vermitteln, die Lernbedürfnisse von Jugendlichen zu gewährleisten, die Analphabetenrate bei Erwachsenen um die Hälfte zu senken, die Geschlechterungleichheit zu überwinden sowie die Qualität der Bildung zu verbessern. Auf dem Weltbildungsforum Ende Mai in Incheon in Südkorea betonte die Präsidentin der Bildungsinternationale, Susan Hopgood, dass diese Agenda ohne größeres Engagement der Politik und stärkeren Einbezug der Lehrkräfte nicht zu realisieren sei.

Norbert Glaser,  
freier Journalist

[\\*www.unesco.org](http://www.unesco.org)

**„Selbstkarikatur“**

(E&W 4/2015, Seite 44: Leserbrief „An’s Herz und in’s Gehirn“)

Schon mutig von Dorothea Bähr aus Hannover, dem Zentrum der lupenreinen deutschen Hochsprache, sich mit derart holperigen Satzkonstruktionen, die jedem Mittelstufenschüler mehrfach angekreidet würden, als Sprachliebhaberin zu outen und der Redaktion oben-dreien noch den erfundenen Plural „Apostrophs“ um die Ohren zu hauen. Sehr kreativ! Da verkümmert die berechtigte Kritik am falsch gesetzten Auslassungszeichen schon in den ersten Formulierungsversuchen zur Selbstkarikatur.

Detlef Monska (per E-Mail)

**„Her mit den sexy Klamotten“**

(E&W 4/2015, Seite 46: Leserbrief „Auf dem Rücken der Frauen“)

Nicht zu glauben: Die Sätze des Lesers Dieter Schneyinck werden allen Ernstes in der E&W gedruckt. Ohne Kommentar. Ohne Einschränkung. Ich zitiere: „Und: Ist der vermeintliche Pascha, der Ehemann nicht weit mehr als die Frau Leidtragender der religiösen Forderungen? Denn welcher Mann möchte nicht mit seiner Frau glänzen! Mit der ‚Einheitsmaus‘ ist so etwas nicht zu bewerkstelligen.“

Klar, mit einer „Einheitsmaus“ kann der Mann nicht glänzen. Deshalb: Her mit den sexy Klamotten für Frauen. Denn Frauen haben ja nur eine Aufgabe: ihrem Mann und „Herrn“ einen glanzvollen Auftritt vor Seinesgleichen zu bescheren. Da sind alle Frauen dann gleich, ob in Ost oder West, ob als Christin oder Muslimin. Ich lasse mir übrigens gern den Witz von Dieter Schneyinck oder anderen, die ihn verstanden haben, erklären.

Veronika Siebert, Aachen

**„... unter ferner liefen ...“**

(E&W 4/2015, Seite 4: „Eingriff in das Streikrecht“)

In einer merkwürdig distanzierten Art wird über die Position der GEW zum geplanten „Tarifeinheitsgesetz“ berichtet: „Kritiker wie die GEW hoffen nun, dass der Entwurf doch noch gekippt wird.“ Dabei handelt es sich bei dem Gesetzesvorhaben um den größten Eingriff der vergangenen Jahrzehnte, das Streikrecht weiter einzuschränken. Gewerkschaften, die in einem „Betrieb“ nicht über

die Mehrheit der Mitglieder verfügen, haben demnach kein Recht mehr auf Arbeitskampf und Tarifabschluss. Dagegen hilft kein stillhaltendes „hoffen“. Auch Unterschriftenlisten reichen keineswegs, um diesen Anschlag auf gewerkschaftliche Grundrechte zu verhindern. Der Arbeitsrechtler Wolfgang Däubler hat völlig richtig erklärt, dass dieses Vorhaben juristisch nur noch durch ein Gewerkschaftsverbot getoppt werden könnte. Massive gewerkschaftliche Gegenwehr ist notwendig. Der Paragraph 323c des deutschen Strafgesetzbuches enthält den Straftatbestand „Unterlassene Hilfeleistung“. Wer etwa bei „gemeiner Gefahr oder Not nicht Hilfe leistet, obwohl dies erforderlich und ihm den Umständen nach zuzumuten“ ist, macht sich schuldig. Hier geht es nun nicht um Strafrecht, sondern um elementare gewerkschaftliche Verpflichtungen. „Unterlassene Hilfeleistung“ ist es aber allemal.

Wolfgang Häberle, Lehrer in Aschaffenburg  
Anm. d. Red.: Die Positionierung der GEW zum Thema „Tarifeinheit“ und alle weiteren Informationen u. a. zur Unterschriftenaktion gegen den Gesetzentwurf von ver.di, NGG und

>> Fortsetzung auf Seite 46



**Z A R B** Arbeitsblätter kreativ & schnell erstellen

Das unentbehrliche Basiswerkzeug für Lehrkräfte: Mit ZARB erstellen Sie differenzierte Lernaufgaben aus deutschen oder fremdsprachigen Texten, alltagstaugliche Arbeitsblätter, die fördern und fordern. Direkt im Textprogramm erzeugen Sie neue Rätsel, Lücken- und Fehlertexte, Schüttel- oder Schlangentexte und mehr. Kompetenzorientierte Übungen zu Wortschatz, Rechtschreibung, Grammatik, Satzbau, Textaufbau und Inhalt entstehen mit wenigen Mausklicks.

hans zybur software Waldquellenweg 52 • 33649 Bielefeld • Fon 0521.45366590 • info@zybura.com • www.zybura.com

Heilpädagogin - Erzieherin sucht neue Tätigkeit.  
Chiffre 16561 an Stamm Verlag, Goldammerweg 16, 45134 Essen.

Unterrichtsmaterialien-Shop.de  
Ihr Shop für klassische und kreative Lehrerunterlagen

**Schul-Organisation**  
Gesetzlich vorgeschriebene Aushänge in Schulen

mit Vorschriften zum Sicherheits- und Gesundheitsschutz, Broschur, 11,80 €.

Bei uns erhältlich!

www.schulorganisation.com

FL SCHULORGANISATION  
Verlage Flöttmann & Langenkämper

AKUTKLINIK URBACHTAL  
PRIVATKRANKENHAUS FÜR PSYCHOSOMATIK UND PSYCHOTHERAPIE

Burnout  
Lebenskrisen  
Depressionen  
Ängste  
Chronische Schmerzen  
Traumafolgestörungen

- Hochfrequente Therapie
- Herzlichkeit und Mitgefühl
- Individualität in familiärem Kreise
- 60 Betten / 30 Therapeuten

Psychosomatisches Privatkrankenhaus beihilfefähig 88339 Bad Waldsee 0 75 24 990 - 222 akutklinik.de

Private Akutklinik für Psychologische Medizin  
wunderschön gelegen im westlichen Münsterland

**SCHLOSSKLINIK PRÖBSTING**

Geben Sie Ihrem Leben eine neue Richtung!

Gute Kontakte, freundliche Mitarbeiter, schönes Ambiente, überschaubare Größe, ein erfolgreicher Therapieansatz: Beste Voraussetzungen, um effektiv Ihre Gesundheitsziele zu verfolgen.

**Indikationen:** Depressionen, Essstörungen, Schlafstörungen, Angst und Panik, Belastungsreaktionen („Burn-Out“), Zwänge, Schmerzsyndrome.

Pröbstinger Allee 14, 46325 Borken  
info@schlossklinik.de  
www.schlossklinik.de

Info-Telefon  
0 28 61 / 80 00 - 0

>> Fortsetzung von Seite 45

GEW finden Sie auf der GEW-Website:  
www.gew.de/Rund\_um\_den\_Streik\_3.html.

**„... ich halt' sie arm!“**  
(E&W 5/2015)

beim Lesen der Mai-Ausgabe dachte ich an eine Zeile von Reinhard Mey: „Der Minister nimmt flüsternd den Bischof beim Arm: Halt du sie dumm – ich halt' sie arm!“ (Lied: Sei wachsam, www.reinhard-mey.de/start/texte/alben/sei-wachsam)

Frage (ernst gemeint!): Warum wird in unserem Land bei Bildung und bei Kindern (20 Prozent Kinderarmut) so gespart? Kann ein Regierungsmitglied bei solchen Zahlen abends in den Spiegel schauen? Ist das nicht ein Bruch des Amtseides („... zum Wohl des Volkes ...“)?  
Jürgen Wingert (per E-Mail)

**„Augenwischerei“**  
(E&W 5/2015, Seite 4: „Gauck kritisiert ungerechtes Bildungssystem“)

Gut, dass Bundespräsident Joachim Gauck die Ungerechtigkeit des Bildungssystems anspricht. Es wird Zeit, dass alle Kinder die gleichen Bildungschancen erhalten. Es ist aber genauso an der Zeit, dass endlich die Zweiklassengesellschaft in der Lehrerschaft, der Unterschied zwischen Angestellten und Beamten, abgeschafft wird. Bis dahin sollten sich auch die GEW und alle anderen Gerechtigkeitsapostel mit Sprüchen zur Bildungsgerechtigkeit zurückhalten und dort anfangen, wo es mindestens genauso Not tut: bei den Lehrkräften. Alles andere ist Augenwischerei und deshalb höchst unglaubwürdig. Wobei ich in meiner Lehrerlaufbahn noch keine verbeamteten Kollegen oder Kolleginnen getroffen habe, die auch nur ein „Gramm“ mehr an Engagement an den Tag gelegt hätten als ich als Angestellter. Wie wäre es denn, wenn nicht immer nur die angestellten Lehrkräfte sich für bessere Bezüge ihrer verbeamteten Kolleginnen und Kollegen stark machten, sondern



umgekehrt auch die Beamten sich für ihre angestellten Kolleginnen und Kollegen ins Zeug legten.

Stefan Wendrock (per E-Mail)

**„Besseres im Kopf“**  
(E&W 5/2015, Seite 18 f.: „Es mangelt uns an der richtigen Bildung“)

Das Interview mit Prof. Andreas Zick war sehr gut; zumal er ja davor warnt, die rechten und rechtsextremen Vorfälle nicht überzubewerten. Klar, man muss diese sehr ernst nehmen, aber ein wenig auch in Beziehung setzen zu dem, was drum herum noch geschieht. Tolerieren darf man sie freilich nicht. Aber: Es bringt wenig, sich darauf zu konzentrieren, was man gegen diesen „rechten Pöbel“ tun kann: Aufklärung und so. Ja, keine Frage, aber die reine Abwehr einer Gefahr greift doch etwas kurz. Man muss doch fragen: Woher kommt das alles? Solange unsere Gesellschaft jungen Menschen vor allem Konsum und die Hoffnung auf wirtschaftlichen Aufstieg anbietet und die Schule vor allem möglichst viel Faktenwissen vermittelt, bleibt eine große emotionale Lücke und innere Leere. Liegt nicht genau darin der Erfolg aller extremistischen Bewegungen, dass sie – scheinbar – emotional befriedigende Inhalte anbieten? Heranwachsende suchen nach etwas wie Sinn im Leben und Lernen; da helfen ihnen doch recht abstrakte Begriffe wie „Demokratie“ oder „Menschenrechte“ wenig. Sie brauchen Themen, die sie interessieren und berühren. Denn, wer bereit ist, sich für etwas wirklich zu interessieren, wird weniger anfällig für extremistische Ideen sein; er weiß: Ich habe Besseres im Kopf.  
Peter Reinhardt, Neckartenzlingen

**„Entwicklung ignoriert“**  
(E&W 5/2015, Seite 22 f.: „Gefahr droht von rechts“)

In dem Glossar zum Interview mit Prof. Wolfgang Benz erläutert E&W-Redakteurin Helga Haas-Rietschel den Begriff des Antizionismus. Ihre Erklärung beruht nicht nur auf einer sinnlosen legalistischen Behauptung, sie ignoriert auch völlig die historische Entwicklung des Zionismus in der jüdischen Diaspora sowie die heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der zionistischen Bewegung, aus der der Antizionismus resultierte –

und zwar innerhalb der zionistischen Bewegung. Wer den Zionismus ignoriert oder nicht versteht, sollte zum Thema Antizionismus schweigen. Was E&W an dieser Stelle ihren Leserinnen und Lesern zumutet, ist allenfalls geeignet, die offizielle Aphasie angesichts des unsäglich Unrechts gegenüber dem palästinensischen Volk zu beschönigen. Es ist noch unter BILD-Niveau.

Klaus Ried (per E-Mail)

**„Bologna war ein Flop“**  
(E&W 5/2015, Seite 43 f.: „Nicht Bologna ist gescheitert, sondern Bonn!“)

Der Beitrag des Kollegen Andreas Keller ähnelt dem Versuch einer Reanimation, obwohl der Patient schon im Sarg liegt. Keller lobt die verbesserte Durchlässigkeit im Hochschulwesen, um dann an anderer Stelle zu konstatieren, dass diese durch massive Hürden behindert würde. Auch bleibt er die Antwort schuldig, in welchen Bereichen denn das „zweistufige“ Studiensystem vorteilhaft wäre. Außerdem: Wo liegt die „Qualität“ der Lehre, wenn der Bachelor ein verschultes Paukstudium ist, was der Autor selbst beklagt? Keller erkennt zwar an, dass die „Mobilität“, eines der zentralen Ziele, „krachend gescheitert“ ist, ebenso wie der Versuch, die Leistungsbewertungen international zu vereinheitlichen. Worin dann aber die „fortschrittliche Hochschulentwicklung“ bestehen soll, erschließt sich aus dem Beitrag nicht. Heute scheinen zumindest die Arbeitgeber zuzugeben, dass die Bologna-Reform ein Flop war. Wie denn auch anders, wenn jegliche Entwicklung eigener Persönlichkeit, selbstständiger Arbeitsformen u. v. a. dem Druck des Paukens zum Opfer fällt. „Bildung statt Bologna“ – beides zugleich schließt sich aus. Also Sargdeckel zu.

Fritz Köbler, Höchststadt

**E&W-Briefkasten**

**Postanschrift der Redaktion:**  
**Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft,**  
**Postfach 900409, 60444 Frankfurt a. M.,**  
**E-Mail: renaete.koerner@gew.de**  
**Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Anonym zugesandte Leserbriefe werden nicht veröffentlicht.**

**Behutsam die Welt entdecken**

- ✓ Fernreisen weltweit
- ✓ Studien- und Begegnungsreisen
- ✓ preiswerte Flugtickets für Schüleraustausch



**www.Alternativ-Tours.de**

Alternativ-Tours Otto-Suhr-Allee 59  
Tel. (030) 21 23 41 90 10585 Berlin

**AMERIKA · ASIEN · AUSTRALIEN**

**Klassenfahrten Versailles**  
mit oder ohne Sprachkurs  
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm  
versailles@reichardt.eu, T: 06181 424830  
**www.reichardt.eu**

Ihre Anzeige in der  
**E&W Erziehung und Wissenschaft**  
**www.erziehungundwissenschaft.de**  
oder rufen Sie uns an:  
0201 843 00 - 31

**AGARIA TOURS**  
Fachveranstalter für Pragreisen

**PRAHA**

**Prag? Nur mit uns!**  
Keine Vorkasse: Sie zahlen die gesamte Reise erst nach der Fahrt.



Infos: 040 / 280 95 90 • **www.agaria.de** • **prag@agaria.de**

**KLASSENFAHRTEN SEGEL- und SURFKURSE**

1 Woche (5 Tg.) Kurs + Vollpension € 169,-  
1 Woche (5 Tg.) Kurs + Übernachtung € 129,-  
Je 12 Personen - 1 Begleiter frei

03.10.-30.04.:  
5 Tage Übernachtung/  
Vollpension € 79,-

**www.ostwind.com**  
anerkannt vom DSV, anerkannt vom DMVY, Mitglied im VDS

Ostwind Segelsport GmbH  
Am Brackstock  
24321 Hohwacht / Ostsee  
T 04381 / 9051-0, Fax -10  
info@ostwind.com



**MESO** Klassenfahrten und Individualreisen mit dem Kanu

LAHN LOIRE MECKLENBURG MASUREN T 02408 / 31 96 0172 / 242 20 80  
**www.meso-reisen.de**

**TOSCANA**  
Weingut zw. Florenz u. Pisa, Zi. mit HP, FeWos und Häuschen, gr. Pool. Ermäß. für GEW-Mitgl.  
Tel. und Fax: 0039 - 0571 - 408041  
info@aglioni.it, **www.aglioni.it**

**Nordsee/Norddeich Freizeitgruppenhaus**

Für Selbstversorger (max. 28 Pers.), ideal für Klassenfahrten/Freizeiten/Seminare, tolle Freizeitangebote, kompl. eingerichtet, Strandnähe.  
**www.selbstversorgerhaus-nordsee.de** Tel. 04941 / 68865

**CJD MALENTE -BILDUNGSZENTRUM-**  
die-chancengeber.de

**Erlebnis-Klassenfahrten nach Malente / Holsteinische Schweiz**  
Teamentwicklung für Schulklassen:

- Selbstvertrauen und Körperbeherrschung
- Training im Hochseilgarten Malente
- Ein Tag im Outdoor-Camp / GPS-Rallye

Infos, Flyer und Präsentationshilfen: Godenbergstr. 7b, 23714 Malente Fon 04523 / 9916-0, Fax / 9916-16 **www.cjd-malente.de** info@cjd-malente.de

**Französisch int. in der Provence:**  
27. Juli - 02. August 2015  
Preis: 450,- Euro - inkl. Kurs + HP+ Ü  
Tel: **0174 6273600**; E-Mail: uriel1@yahoo.de

**Klassenfahrten London**  
mit oder ohne Sprachkurs  
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm  
london@reichardt.eu, T: 06181 424830  
**www.reichardt.eu**

**Friesland Charter**  
Seit 1966

**Gruppenfahrten auf traditionellen Segelschiffen**  
Auf IJsselmeer und Binnengewässer  
8 bis 60 Personen  
• Klassenfahrten  
• Wochenendarrangements  
Familie Koopmans  
De Slinke 19, NL 9011 WV Jimsum  
Ruf 0031-566-631604  
An Bord 0031-6-50681864  
E-mail: info@frieslandcharter.nl  
Internet: **www.frieslandcharter.nl**  
**Klipper DE HOOP\*\*\*\***



**Exklusive Kultur-Leserreisen**  
Musik und Literatur  
an besonderen Orten erleben  
**www.gew.de/Verlagsreisen**

**REAL-TOURS S.R.L.**  
Tel 0039 / 0547 / 672727 · Fax / 672767  
Via Bartolini 12 · 47042 Cesenatico/Italia  
**www.real-tours.de**  
24 h online buchen · info@real-tours.de

**SCHULFAHRTEN 2015**

Busfahrten → nach **Cesenatico** mit Ausflügen ab Euro 240,- HP

Busfahrten  
→ zur **Toskana-Küste**, → zum **Gardasee**, → nach **Rom**, → nach **Sorrent**,  
→ nach **Südtirol**, → nach **Spanien**, → nach **Griechenland**, → nach **Prag**,  
→ nach **Paris**, → nach **London**, → nach **Berlin**, → nach **München**.

Pakete für Fahrten bei eigener Anreise z. B. per Flugzeug. Bitte fragen Sie nach unserem Katalog 2015.

**Weitere Informationen auch bei:**  
R. Peverada · Im Steinach 30 · 87561 Oberstdorf  
Tel 08322 / 800 222 · Fax 08322 / 800 223

**KLASSENREISEN**

**Super-Auswahl an Zielen in ganz Europa – zum Beispiel:**

Toscana, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab EUR 235,-
Spanien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab EUR 220,-
Oder Österreich...Holland...Frankreich...Kroatien...Deutschland	
<b>Städtereisen: Berlin, München, Hamburg, Köln, Dresden, Weimar, Freiburg</b>	
<b>Amsterdam, Brüssel, Paris, London, Straßburg, Wien, Krakau, Rom, Prag...</b>	
✈ <b>Günstige Flugreisen in viele europäische Metropolen...</b>	

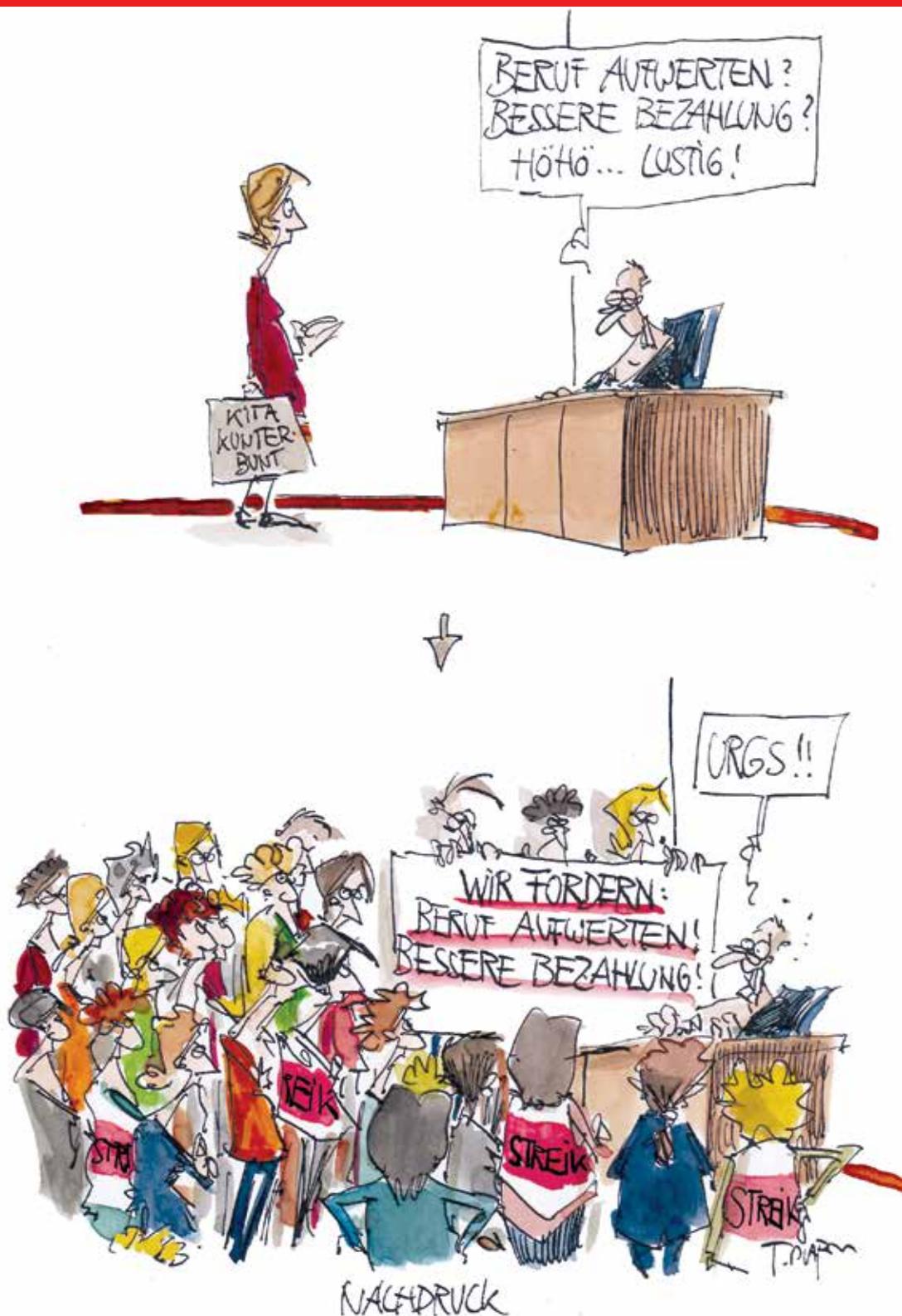
Tel. 030/3030836

**KLASSE REISEN GmbH** • **www.klasse-reisen.com** • **mail@klasse-reisen.com**

**S-E-T**

**STUDY - EXPLORE - TRAVEL**  
**STUDIENREISEN LONDON**  
**KLASSENFAHRTEN ENGLAND**  
**www.s-e-t.de**

# Diesmal



Cartoon: Thomas Plagmann